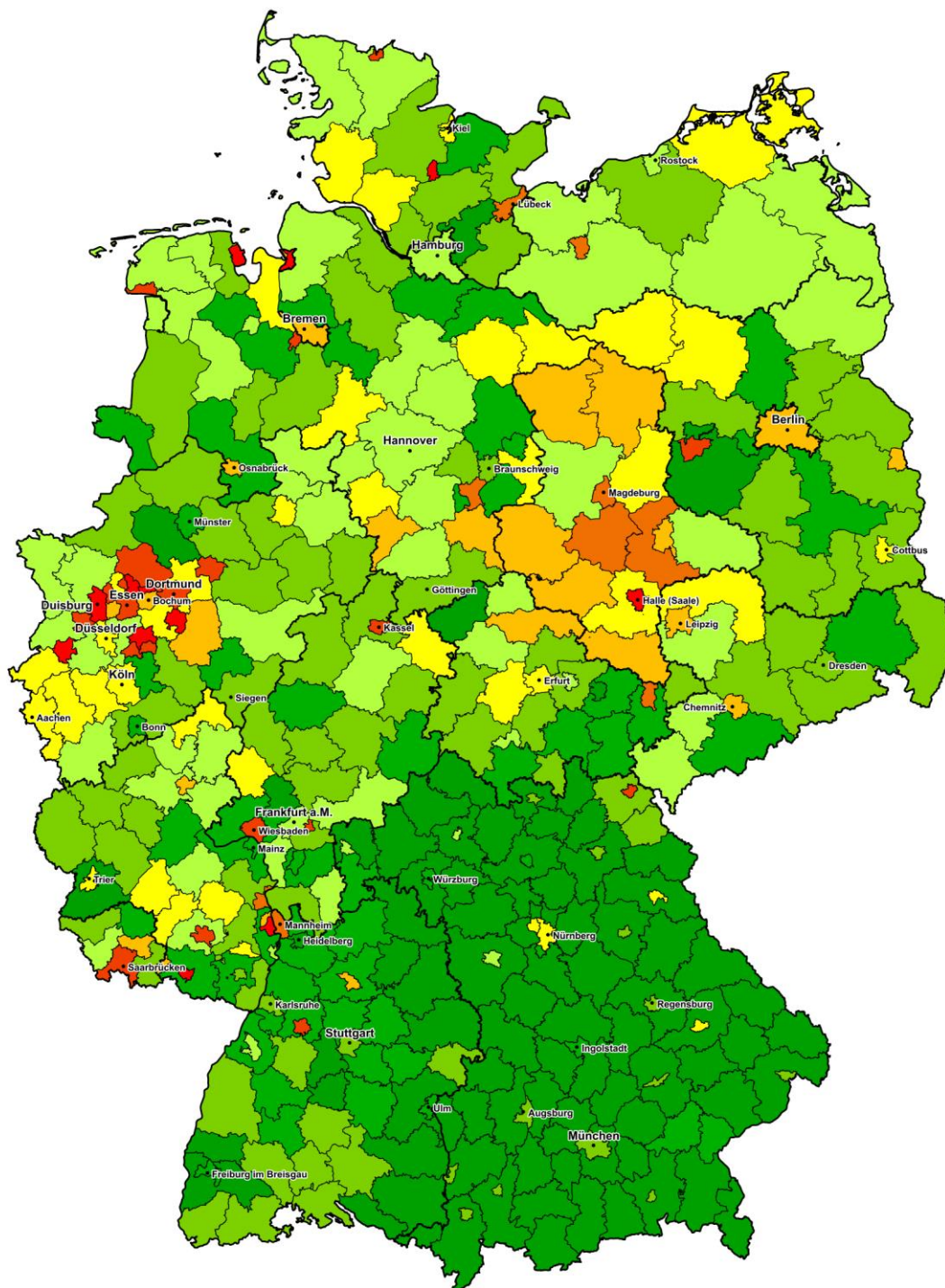


SchuldnerAtlas Deutschland

2023

Überschuldung von Verbrauchern



Inhalt

Vorwort	5
Trends kompakt: Überschuldung nimmt 2023 nochmals ab	7
1 Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland	9
1.1 Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern nimmt 2023 nochmals ab, aber „verdeckte Trendumkehr“	13
1.2 Der Basistrend ändert sich: Harte Überschuldung sinkt nochmals, weiche Überschuldung steigt erstmals wieder seit 2020	23
1.3 Nochmals Positivtrend in Ost- und Westdeutschland und auf (fast) allen räumlichen Ebenen	27
2 Das Verbraucher verhalten im Sog des „multiplen Krisen modus“ zwischen Rezession, Ausgabenvorsicht und Nachholkonsum	31
2.1 Ergebniseinordnung: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren in den letzten 12 Monaten	32
2.2 Rückblick 2019 / 2022: Die Überschuldungsbetroffenheit der Verbraucher nach Einkommen vor dem Hintergrund der Auswirkungen von Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und Energiepreiskrise	37
3 microm Überschuldungstypologie: Aktuelle Detailanalysen	41
3.1 Status: Die Überschuldungsbetroffenheit der acht Überschuldungstypen – aktuell und im Dreijahresvergleich	43
4 Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel bleibt 2023 „hellgrün“, aber „verdeckte Trendumkehr“ mit trüben Perspektiven für die Überschuldungsentwicklung	49
5 Ergebnisse kompakt	53
6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder	57

Wichtige Definitionen

Ansatz und Basisbegriffe

Der SchuldnerAtlas Deutschland untersucht, wie sich die Überschuldung von Verbrauchern innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt und entwickelt. Überschuldung liegt dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhalts weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen. Mit Hilfe der Überschuldungsquoten, das heißt dem Anteil der Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren, kann die Überschuldung in ihrer geographischen Verteilung bis hin auf die Ebene von Straßenabschnitten dargestellt werden.

Negativmerkmale

Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen – Nichtabgabe der Vermögensauskunft, früher: Haftanordnung und Eidesstattliche Versicherung – und Privatinsolvenzen), unstrittigen Inkasso-Fällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen. Nachhaltige Zahlungsstörungen werden in einer Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger. Die Speicherung der Daten ist durch die EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO), Art. 6, Abs. 1f, geregelt.

Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher Überschuldungsintensität“ basieren ausschließlich auf juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen und Privatinsolvenzen). Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, in der Regel so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

Datenquellen

Die vorliegende Analyse basiert auf den Daten und Karten der Creditreform Tochterfirmen Creditreform Boniversum GmbH und microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH (beide Neuss).

Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

„Welt in Aufruhr“ heißt das neue Buch des renommierten Politikwissenschaftlers Herfried Münkler. Der seit Anfang 2020 bestehende „multiple Krisenmodus“ hat sich auch in Deutschland Anfang Oktober durch die Hamas-Attacken auf Israel nochmals verschärft. Die Vielzahl an Krisenlagen der vergangenen drei Jahre, von der Corona-Pandemie über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bis hin zur Energiepreiskrise, verschärfen die sozioökonomischen und politischen Unwägbarkeiten, die sich derzeit besonders deutlich in Deutschland entfalten. Deutschland befindet sich seit über einem Jahr in einer rezessiven Phase und bleibt 2023 laut dem „Weltwirtschaftsausblick“ (WEO) des Internationalen Währungsfonds (IWF) von Mitte Oktober unter den großen Volkswirtschaften der Welt „Klassenletzter“ (Süddeutsche). Als einziges Land hat Deutschland einen Rückgang der Wirtschaftsleistung zu verkraften.

Dabei hatte sich die Überschuldungslage der deutschen Verbraucher in den letzten drei Jahren deutlich entspannt. Mehr als eine Million Überschuldete sind zwischen 2019 und 2022 einer Überschuldungsspirale entkommen – teils in Folge der staatlichen Unterstützungsprogramme, teils aus krisenbedingter Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung der Verbraucher. Auch wenn die aktuellen Überschuldungszahlen auf den ersten Blick nochmals positiv aussehen, zeigt sich beim zweiten Blick eine „verdeckte Trendumkehr“. Die Zahl überschuldeter Verbraucher ist 2023 nochmals um rund 233.000 Fälle zurückgegangen. Die Überschuldungsquote sinkt erneut um einen Drittel Prozentpunkt auf 8,15 Prozent. Allerdings ist auch in den Creditreform Datenbanken die Speicherdauer für die Einträge zu abgeschlossenen Privatinsolvenzen von drei Jahren auf sechs Monate verkürzt worden, so dass bei einer Gesamtbetrachtung im Vergleich zum Vorjahr rund 250.000 Überschuldungsfälle mehr zu berücksichtigen wären. Demnach wäre die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland in diesem Jahr erstmalig seit 2019 wieder um etwa 17.000 Fälle angestiegen. Die Überschuldungsquote läge mit 8,51 Prozent leicht über der des Vorjahres.

Zu guter Letzt: Wir feiern in diesem Jahr ein kleines Jubiläum. Im Creditreform „Risikomanagement-Newsletter“, Ausgabe VI, November / Dezember 2003, erschien eine erste Ausgabe, die seinerzeit noch „Schuldenatlas Deutschland“ hieß. Dieser wird seit 2006 jährlich als „SchuldnerAtlas Deutschland“ veröffentlicht und kann inzwischen als ein Standardwerk der Überschuldungsforschung gelten. Die meisten Basisdaten sind ab 2004, also für einen Zeitraum von 20 Jahren, verfügbar.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Analyse.

Herzlichst

Patrik-Ludwig Hantzsch

Creditreform
Wirtschaftsforschung



Michael Goy-Yun

Creditreform
Boniversum und microm



Neuss, den 15. November 2023

Trends kompakt

Überschuldung nimmt 2023 nochmals ab

	Basiswerte	Abweichungen	
Überschuldete Personen Überschuldungsquote	5,65 Millionen 8,15%	- 233.000 Fälle - 0,33 Punkte	- 4,0%
Personen mit harten Negativmerkmalen	3,14 Millionen	- 236.000 Fälle	- 7,0%
Personen mit weichen Negativmerkmalen	2,51 Millionen	+ 3.000 Fälle	+ 0,1%
Überschuldete Haushalte	2,79 Millionen	- 116.000 Fälle	- 4,0%
Frauen Überschuldungsquote	2,22 Millionen 6,27%	- 75.000 Fälle - 0,21 Punkte	- 3,3%
Männer Überschuldungsquote	3,43 Millionen 10,10%	- 158.000 Fälle - 0,46 Punkte	- 4,4%
bis unter 30 Jahre Überschuldungsquote	0,74 Millionen 6,73%	+ 3.000 Fälle + 0,08 Punkte	+ 0,4%
30 bis 39 Jahre Überschuldungsquote	1,49 Millionen 13,72%	- 41.000 Fälle - 0,40 Punkte	- 2,7%
40 bis 49 Jahre Überschuldungsquote	1,22 Millionen 12,17%	- 44.000 Fälle - 0,35 Punkte	- 3,5%
50 bis 59 Jahre Überschuldungsquote	1,08 Millionen 8,25%	- 105.000 Fälle - 0,64 Punkte	- 8,8%
60 bis 69 Jahre Überschuldungsquote	0,72 Millionen 6,59%	- 33.000 Fälle - 0,47 Punkte	- 4,5%
ab 70 Jahre Überschuldungsquote	0,40 Millionen 2,96%	- 12.000 Fälle - 0,11 Punkte	- 3,0%
Gesamtschuldenvolumen*	174 Mrd. Euro	- 8 Mrd. Euro	- 4,2%

*Basiswert für mittlere Schuldenhöhe: Statistisches Bundesamt, Suchbereich Überschuldungsstatistik (www-genesis.destatis.de), 2015 bis 2022 bzw. Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2009 bis 2022 (letzte Ausgabe 2021: 25.05.2022). Die Werte für 2023 basieren auf einer Hochrechnung. Revidierte Werte für 2022 (gerundete Werte). **Rundungsdifferenzen möglich.**

Alle Tabellen nebst detaillierten Quellenangaben sind in Kapitel 6 „Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder“ zu finden.

1 Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland

Die Zahl überschuldeter Verbraucher ist 2023 nochmals gesunken

Auch in diesem Jahr kommt die gute Nachricht zuerst: Die Zahl überschuldeter Verbraucher ist seit Oktober letzten Jahres abermals zurückgegangen, die Überschuldungsquote sinkt um mehr als einen Drittel Prozentpunkt. Aber ein wichtiger Basistrend hat sich geändert: Die „harte Überschuldung“ (vereinfacht: juristische Sachverhalte) sinkt in ähnlicher Weise wie im letzten Jahr, hingegen ist die „weiche Überschuldung“ (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) erstmals seit 2020 wieder angestiegen. Letzteres war bereits im letzten Jahr prognostiziert worden („Trendwende in Sicht“). Die drastisch gestiegenen Lebenshaltungs- und Energiepreiskosten haben die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten vieler Verbraucher eingeschränkt und zu nachhaltigen Zahlungsstörungen geführt. Viele Verbraucher hatten nach langen Krisenjahren und trotz unterschiedlicher staatlicher Unterstützungsmaßnahmen sowie lange geübter Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung nun Nachholbedarf in Sachen Konsum und Lebensplanung. Die Kernaussage der Gemeinschaftsdiagnose der führenden deutschen Wirtschaftsforscher von Ende September lautet jedenfalls: „Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch“. Letzteres bezieht sich auch auf die Frage einer Fortführung der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, die zwar Betroffenen geholfen haben, aber mit immensen Kosten verbunden waren (s. auch Kapitel 1.2).

Harte Überschuldung sinkt, weiche Überschuldung nimmt zu

Erneuter Anstieg bei Dauerüberschuldeten und Überschuldungsvermeidern

Die Analysen der microm Überschuldungstypologie zeigen, dass trotz Positivtrend erneut mehr Personen in eine Überschuldungspirale geraten sind als in den Vorjahren. Dies sind wie im Vorjahr in fast gleichem Maße Personen, die den so genannten „Dauerüberschuldeten“ und den „Überschuldungsvermeidern“ zugeordnet werden können. Dauerüberschuldete sind in den unteren sozialen Schichten zu finden, sie waren offensichtlich nicht in der Lage, die durch steigende Energie- und Lebensmittelpreise entstandenen Zusatzkosten ohne neue Zahlungsprobleme zu tragen. In ähnlichem Maße wurde die finanzielle Belastbarkeit der finanziell besser gestellten Gruppe der Überschuldungsvermeider überschritten. Zwar will dieser Typ „situativ und ausnahmsweise“ aufgenommene Schulden in der Regel möglichst schnell zurückzahlen, aber auch ihm gelingt dies nur begrenzt, da die finanziellen Belastungen trotz staatlicher Finanzhilfen zu groß geworden sind (vgl. besonders Kapitel 3). Auch in diesen Zahlen zeigt sich die im letzten Jahr prognostizierte „verdeckte Trendumkehr“, die sich auch aus dem Nachlassen von Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung erklären lässt. An-

ders formuliert: Nachholkonsum bei gleichzeitig eingeschränkten finanziellen Mitteln führt zu Zahlungsstörungen. Dies zeigt auch die stark steigende Nachfrage nach Ratenkrediten und „Buy now, pay later“-Angeboten (BNPL), die besonders auf jüngere Menschen und Frauen zielen.

Die aktuellen Daten spiegeln den meist positiven, aber auch ambivalenten Gesamttrend. So ist die Gesamtüberschuldungsquote nur in sechs von 400 Kreisen, Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland (2 Prozent) gestiegen, wobei die harte Überschuldungsquote in keinem Kreis oder einer kreisfreien Stadt gestiegen ist. Allerdings ist in mehr als der Hälfte aller Kreise und kreisfreien Städte die weiche Überschuldungsquote (in Form von nachhaltigen Zahlungsstörungen) angestiegen. Überschuldungsquoten und -fälle sinken bei Männern und Frauen zugleich. Frauen zeigen zugleich einen Anstieg weicher Überschuldungsfälle. Letzteres gilt auch für die jüngeren Altersgruppen (bis 49 Jahre). Und: Die jüngste Personengruppe (bis 29 Jahre) weist gegen den Trend einen, wenn auch geringen, Anstieg von Überschuldungsfällen und Gesamtquote auf – und dies erstmals seit 2013. In allen anderen Altersgruppen sind zum Teil deutliche Rückgänge der harten Überschuldungsfälle zu konstatieren. Der neue Grundtrend zeigt sich auch in der Entwicklung des Durchschnittsalters überschuldeter Verbraucher, das mit 46,23 Jahren wieder unter beiden Vorjahreswerten liegt (2022: 46,45 Jahre; 2021: 46,27 Jahre).

**Positiver, aber
ambivalenter
Gesamttrend**

Die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft sind trübe. Nach Analysen des Internationalen Währungsfonds (IWF) bleibt Deutschland 2023 unter den großen Volkswirtschaften der Welt „Klassenletzte“ (Süddeutsche) und weist als einziges Land einen Rückgang der Wirtschaftsleistung auf. Und auch die Creditreform Wirtschaftsforschung fasst in der Herbst-Analyse zusammen: „Der Mittelstand kann sich dem Abwärtssog nicht entziehen. Die Wirtschaftslage im Mittelstand ist aktuell so schlecht wie seit dem Höhepunkt der Corona-Krise nicht mehr.“ Auch die DIHK-Herbstprognose geht für 2023 von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,5 Prozent aus und 2024 von einer Stagnation. Zugleich haben sich andere Indikatoren zur Bewertung der Überschuldungsentwicklung im Vergleich zum letzten Jahr verschlechtert: Die Zahlen für Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind gestiegen und liegen mittlerweile merklich über den Werten von 2019, dem letzten „Vor-Krisen-Jahr“.

**Trübe Perspektiven für
die deutsche Wirtschaft**

Negativwirkungen der Energiepreiskrise waren geringer als befürchtet

Zudem gibt es bei der Einordnung der aktuellen Überschuldungslage Licht und Schatten: So waren die Negativwirkungen der Energiepreiskrise geringer, als dies im letzten Jahr befürchtet werden musste. Das milde Winterwetter und die drei staatlichen Entlastungspakete für die Jahre 2022 bis 2024 (summarisch mindestens rund 135 Milliarden Euro, s. besonders Kapitel 1.2) zeigten offensichtlich größere Wirkungen als die Bemühungen der meisten Verbraucher, Energie und damit Kosten einzusparen. Laut einer Auswertung der gemeinnützigen Beratungsgesellschaft „co2online“ vom Oktober 2023 haben die Privathaushalte in Deutschland 2022 nur 1,4 Prozent Heizenergie aktiv eingespart. Zwar sank der Verbrauch in den Gebäuden insgesamt um rund 11 Prozent, doch das wurde vor allem auf den milden Winter zurückgeführt. Heizen war zudem im letzten Jahr rund 80 Prozent teurer als noch 2021.¹ Zugleich stiegen die verfügbaren Einkommen sowie die privaten Konsumausgaben 2022 / 2023 auch dank höherer Lohnabschlüsse. Im 2. Quartal 2023 maß das Statistische Bundesamt erstmals seit dem 2. Quartal 2021 wieder einen leichten Anstieg der Reallöhne.

Einkommensschwache Personen sind weiterhin stärker von Überschuldung betroffen – mit rückläufiger Tendenz

Perspektivisch dürfte die Inflationsrate, die 2022 noch durchschnittlich 8,7 Prozent betrug, im kommenden Jahr auf 3,5 Prozent sinken. Laut Statistischem Bundesamt erreichte die Inflationsrate im Oktober mit 3,8 Prozent den niedrigsten Wert seit August 2021, im September wurde mit 4,5 Prozent bereits der „niedrigste Wert seit Kriegsbeginn in der Ukraine“ gemessen. Die gestiegenen Preise für Nahrungsmittel sind für die Verbraucher weiterhin besonders deutlich spürbar. Der IMK Inflationsmonitor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung stellt fest: „Erstmals seit Beginn der drastischen Teuerungswelle Anfang 2022 waren dabei ärmere Haushalte, unabhängig von ihrer Größe, nicht mehr am oberen Rand der haushaltsspezifischen Inflationsraten zu verorten.“² Auch vertiefende Eigenanalysen zeigen, dass einkommensschwächere Personen weiterhin stärker von Überschuldung betroffen sind als Personen mit höherem Haushaltsnettoeinkommen. Allerdings hat sich der Anteil überschuldeter Personen, die Hilfe bei Schuldnerberatungsstellen suchen und über ein geringes Einkommen verfügen, in den Krisenjahren seit 2019 merklich verringert (62 Prozent; - 5 Prozentpunkte), während mehr Normal- (29 Prozent; + 3 Prozentpunkte) und Gutverdiener (9 Prozent; + 2 Prozentpunkte) in eine Überschuldungsspirale geraten sind und eine Schuldnerberatung in Anspruch genommen haben (s. hierzu Kapitel 2.2).

1.1 Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern nimmt 2023 nochmals ab, aber „verdeckte Trendumkehr“

Die Überschuldungsentwicklung in Deutschland bleibt 2023 erneut positiv. Die Zahl überschuldeter Privatpersonen ist zum fünften Mal in Folge zurückgegangen und erreicht den niedrigsten Wert seit Beginn der Auswertungen im Jahr 2004. Die Überschuldungsquote sinkt um einen Drittel Prozentpunkt (- 0,33 Punkte).³ Für die gesamte Bundesrepublik wird zum Stichtag 1. Oktober 2023 eine Überschuldungsquote von 8,15 Prozent gemessen. 2023 sind trotz erneutem Rückgang weiterhin fast 5,7 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 233.000 Personen weniger als noch im letzten Jahr (- 4,0 Prozent). 2022 hatte die Zahl überschuldeter Verbraucher mit rund 274.000 Fällen (- 4,4 Prozent) stärker abgenommen, aber nur weniger als halb so viel wie 2021 (- 695.000 Fälle; - 10,1 Prozent). 2020 betrug der Rückgang nur 69.000 Fälle (- 1,0 Prozent), 2019 nur knapp 10.000 Fälle (- 0,1 Prozent). Zwischen 2014 und 2018 war die Zahl überschuldeter Personen kontinuierlich angestiegen.

2023: 5,65 Mio. überschuldete Personen in Deutschland (- 233.000 Personen)

Überschuldungsquote sinkt auf 8,15 Prozent (- 0,33 Punkte)

Tab. 1.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2019 bis 2023

Jahr	Einwohner	Personen über 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2019	83,17 Mio.	69,24 Mio.	6,92 Mio.	10,00%	3,46 Mio.
2020	83,16 Mio.	69,41 Mio.	6,85 Mio.	9,87%	3,42 Mio.
2021	83,17 Mio.	69,48 Mio.	6,16 Mio.	8,86%	3,08 Mio.
2022	83,36 Mio.	69,41 Mio.	5,88 Mio.	8,48%	2,91 Mio.
2023	83,51 Mio.	69,37 Mio.	5,65 Mio.	8,15%	2,79 Mio.

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 17.

Die Überschuldungsquote für Deutschland bleibt zum dritten Mal in Folge deutlich unter der Neun-Prozent-Marke, die Fallzahlen deutlich unter der Sechs-Millionen-Grenze. Nach überschlägigen Berechnungen sind aktuell rund 2,79 Millionen Haushalte überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört (2022: 2,91 Millionen; 2021: 3,08 Millionen). Dabei zeigte sich die Entwicklung der Überschuldungszahlen im Jahresverlauf zunächst noch kontinuierlich abnehmend, zum Ende des üblichen Analysezeitraums merklich zunehmend (September: + 57.000 Fälle).

2,79 Millionen Haushalte überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört

**2023: Rückgang harter
Negativmerkmale,
leichter Anstieg weicher
Negativmerkmale**

**„Verdeckte
Trendumkehr“**

**Staatliche Hilfspro-
gramme, Ausgaben-
vorsicht und Konsum-
zurückhaltung**

Die Zahl der Fälle mit harten Negativmerkmalen (- 236.000 Fälle; - 7,0 Prozent; Vorjahr: - 220.000 Fälle; - 6,1 Prozent) nimmt stärker ab als im vergangenen Jahr. Zugleich nimmt die Zahl der Fälle mit weichen Negativmerkmalen erstmals seit 2020 wieder zu (+ 3.000 Fälle; + 0,1 Prozent; Vorjahr: - 54.000 Fälle; - 2,1 Prozent). 2021 hatte der Rückgang noch rund 470.000 Fälle betragen (- 15,5 Prozent). Zwischen 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr, und 2023 ist die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland um 1,27 Millionen Fälle gesunken (- 18,4 Prozent). Davon weisen rund 869.000 Fälle harte Negativmerkmale (- 21,7 Prozent) und 403.000 Fälle weiche Negativmerkmale auf (- 13,8 Prozent). Bei der Bewertung der aktuellen Werte muss darauf hingewiesen werden, dass im Frühjahr 2023 in den Creditreform Datenbanken die Speicherdauer für die Einträge zu abgeschlossenen Privatinsolvenzen von drei Jahren auf sechs Monate verkürzt worden ist. In einer Gesamtbetrachtung wären somit im Vergleich zum Vorjahr rund 250.000 Überschuldungsfälle mehr zu berücksichtigen.⁴ Demnach wäre die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland in diesem Jahr erstmalig wieder seit 2019 um fast 17.000 Fälle angestiegen. Die Überschuldungsquote läge mit 8,51 Prozent leicht über der des Vorjahres. Zusammenfassend kann von einer „verdeckten Trendumkehr“ gesprochen werden.

Der deutliche Rückgang der „harten Überschuldung“ ist in diesem Jahr nicht nur zeitversetzt als Folge der Corona-Pandemie und dem seit Jahren kontinuierlichen Rückgang von Privatinsolvenzverfahren und Langzeitarbeitslosigkeit einzuordnen. Zwar haben die staatlichen Corona-Hilfs- und Unterstützungsprogramme, die pandemiebedingten Einschränkungen der Konsummöglichkeiten sowie Konsumverzicht und Ausgabenvorsicht der Verbraucher in den letzten drei Jahren dazu beigetragen, die Überschuldungszahlen auf den niedrigsten Stand seit Beginn der regelmäßigen Überschuldungsanalysen im Jahr 2003 zu senken. Auch das Vermögensbarometer 2023, eine repräsentative Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) von Ende Oktober 2023, zeigt, dass „die steigenden Preise die Menschen dazu zwingen, sich einzuschränken“: So „verzichten 71 Prozent [der befragten Verbraucher] auf Dinge des täglichen Bedarfs. 61 Prozent haben ihren Konsum eingeschränkt. Dies ist der höchste Wert seit Beginn des Vermögensbarometers im Jahr 2005. Um die steigenden Preise zu bewältigen, greifen 62 Prozent der Befragten auf preisgünstigere Alternativen

zurück, 40 Prozent verreisen seltener und 52 Prozent heizen weniger.“⁵

Dies zeigt auch der sprunghafte, wenn auch temporäre, Anstieg von Sparquote und Ersparnissen, die von vielen Verbrauchern, besonders in den Jahren 2021 und 2022, zur Schuldentilgung und zur Entschuldung genutzt worden sind. Die aktuelle Sparquote der deutschen Verbraucher bleibt, auch im internationalen Vergleich, hoch. Sie liegt auch im Jahresverlauf 2023 bei über elf Prozent.⁶ Zugleich hat sich die Lage bei den Verbraucherinsolvenzverfahren wieder entspannt, der vorübergehende jähe Anstieg der Verfahrenszahlen Anfang 2021 entpuppte sich nur als Ausreißer. Seit Ende 2020 ermöglicht eine Reform des Insolvenzrechts Privatpersonen eine schnellere Restschuldbefreiung (nach drei statt nach sechs Jahren). Im 1. Halbjahr 2023 lag die Anzahl der Verbraucherinsolvenzen deutschlandweit wieder in etwa auf dem Niveau von 2019. Ein spürbarer Negativeffekt auf die Verbraucher infolge der Rechtsänderung respektive durch Energiekrise und Teuerung war bislang nicht zu beobachten. Zudem bilden die in diesem Jahr erwartbaren rund 65.000 bis 70.000 Verbraucherinsolvenzverfahren weiterhin nur die „Spitze des Eisbergs“. Ihr Anteil an der Entwicklung der aktuellen Überschuldungsfälle liegt bei weniger als zwei Prozent. Grundsätzlich gilt weiterhin: Personen, die eine Verbraucherinsolvenz anmelden, müssen nicht unbedingt hoch verschuldet sein. Ein Großteil der Personen, die eine Privatinsolvenz anmelden, haben eine Gesamtschuldensumme, die unter 10.000 Euro liegt.⁷

Verbraucherinsolvenzen sind weiterhin nur die „Spitze des Eisbergs“

Allerdings zeigt sich im Anstieg der weichen Überschuldungsmerkmale, dass eine nachhaltige Trendumkehr in der Überschuldungsentwicklung ansteht. Zum einen bewirkt durch die negativen Rückwirkungen der geopolitischen Krisen, von Inflation und Energiepreiskrise, die die finanzielle Lage der Verbraucher beeinträchtigen.⁸ Zum anderen erreicht auch die Nachfrage nach Ratenkrediten und „Buy now, pay later“-Angeboten (BNPL) in den letzten Monaten neue Höchstwerte. Die Anzahl neu abgeschlossener Ratenkreditverträge ist alleine im letzten Jahr um rund 30 Prozent gestiegen (von 7,0 auf 9,1 Millionen). Dabei schließen die Verbraucher in Deutschland zunehmend Kleinkredite ab. Rund 42 Prozent aller neu abgeschlossenen Ratenkredite sind mittlerweile Kredite unter 1.000 Euro. 2022 stiegen diese von 2,0 auf 3,8 Millionen Kredite und legten um 90 Prozent zu. Ein Großteil dieses Anstiegs ist auf die Zunahme

Anstieg der „weichen Überschuldungsmerkmale“ markieren Beginn einer nachhaltigen Trendumkehr

Ratenkredite sind mit rund 8.500 Euro größter Einzelposten – Tendenz steigend

von BNPL-Angeboten durch Zahlungsdienstleister im Online-Handel zurückzuführen. Diese richten vor allem an jüngere, internetaffine und besonders konsumoffene Zielgruppen. Den Basistrend bestätigt die Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes: Online-Shopping kann zu nachhaltigen Zahlungsstörungen führen.⁹ Im Gegensatz zu herkömmlichen Ratenkrediten handelt es sich dabei nicht um einen regulären Bankkredit, sondern um eine Stundung von Zahlungen – also Rechnungen in Raten –, die von vielen Zahlungsdienstleistern, vor allem im E-Commerce, angeboten wird. Hiervon betroffen sind besonders jüngere Menschen und Frauen, die zum Teil merkliche Anstiege der „weichen Negativmerkmale“ aufweisen. In der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes bilden Ratenkredite mit rund 8.480 Euro den größten Einzelposten in einer Aufstellung der mittleren Schuldenhöhe nach Gläubiger- bzw. Schuldnerarten. Ihr Anteil war zwischen 2019 und 2022 kontinuierlich um rund 1.070 Euro gestiegen (+ 14 Prozent).¹⁰ Zugleich haben sich die Zinsen für Kredite und damit auch die Kosten für Dispositionskredite und Überziehung 2023 weiter erhöht. Banken und Sparkassen folgen und verschärfen damit den allgemeinen Trend, nachdem die Europäische Zentralbank die Leitzinsen in mehreren Schritten erhöht hat. Seit Ende 2022 sind die Dispozinsen im Schnitt um mehr als zwei Prozentpunkte gestiegen, wie die Zeitschrift Finanztest im Oktober 2023 berichtet. Im Schnitt liegen die Zinsen, die Banken und Sparkassen für die geduldete Überziehung des Girokontos verlangen, nun inzwischen bei etwa zwölf Prozent. Ende 2022 lag der Zins bei 176 ausgewerteten Banken und Sparkassen im Schnitt noch bei 9,94 Prozent.¹¹

Besonders die Auslöser „längerfristiges Niedrigeinkommen“ und „irrationales Konsumverhalten“ nehmen weiter zu

Die (weiterhin) hohe Überschuldungsbetroffenheit von einkommensschwachen Personengruppen zeigen die Daten der 2021 eingeführten microm Überschuldungstypologie (s. besonders Kapitel 3) und auch die Analyse der Hauptauslöser für Überschuldungsprozesse des Statistischen Bundesamtes. So weisen 2023 nur die Indikatoren „längerfristiges Niedrigeinkommen“ (+ 61.000 Fälle; + 10 Prozent) und „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ (+ 29.000 Fälle; + 3 Prozent) Bedeutungszuwächse als Auslöser von Überschuldungsprozessen auf. Der Auslöser „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ wird dabei meist synonym mit dem Begriff „irrationales Konsumverhalten“ verwendet. Der Zahl von Personen mit längerfristigem Niedrigeinkommen war in den letzten beiden Jahren gesunken (2021 / 2022: - 22.000 Fälle; 2020 / 2021: - 42.100 Fälle), die Zahl der

Personen, bei denen der Auslöser „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ die Hauptrolle spielte, war nur 2020 / 2021 zurückgegangen (- 113.000 Fälle), ansonsten seit 2015 kontinuierlich gestiegen. Alle anderen Auslöser weisen im Jahresverlauf Rückgänge auf. In der Langzeitperspektive legen die beiden erstgenannten Auslöser sowie der Auslöser „Erkrankung, Sucht, Unfall“ (2008 / 23: + 275.000 Fälle; + 37 Prozent) deutlich zu. Letzterer kann teilweise auch auf die Corona-Pandemie zurückgeführt werden. Die Auslöser „Niedrigeinkommen“ (2015 / 2023: + 187 Prozent; + 427.000 Fälle) und „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ (2008 / 2023: + 44 Prozent; + 283.000 Fälle) zeigen ebenfalls eine deutliche Zunahme von Überschuldungsfällen. „Irrationales Konsumverhalten“ bildet dabei oft einen schleichenden Einstieg in eine Überschuldungsspirale und korreliert eher mit Fällen mit geringer Überschuldungsintensität. Im weiteren Rückgang, insbesondere des ökonomischen Auslösers „Arbeitslosigkeit“ (2022 / 2023: - 63.000 Fälle; - 6 Prozent), zeigt sich zudem, dass der Arbeitsmarkt trotz schlechter konjunktureller Rahmenbedingungen noch vergleichsweise stabil geblieben ist. Dabei zeigt sich im Jahresverlauf, dass die Zahl Arbeitsloser und Langzeitarbeitsloser wieder angestiegen ist. Der ökonomische Auslöser „Arbeitslosigkeit“ korreliert generell stärker mit einer Zu- oder Abnahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität.

Arbeitslosigkeit weiterhin Hauptauslöser Nr. 1 – rückläufige Tendenz

Tab. 2.: Die Veränderung der Hauptüberschuldungsauslöser („big six“) 2008 / 2023 und eine Projektion

Hauptüberschuldungsgrund	Abweichungen		Projektion: Überschuldungsfälle 2023
	2022 / 23	2008 / 23	
Arbeitslosigkeit	- 6%	- 45%	1,07 Mio.
Trennung, Scheidung, Tod	- 6%	- 29%	0,67 Mio.
Erkrankung, Sucht, Unfall	- 1%	+ 37%	1,01 Mio.
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	+ 3%	+ 44%	0,93 Mio.
Gescheiterte Selbstständigkeit	- 5%	- 26%	0,47 Mio.
längerfristiges Niedrigeinkommen	+ 10%	+ 187%	0,65 Mio. (2015 bis 2023)
Sonstige	- 18%	- 57%	0,85 Mio.
Gesamt	- 4%	- 18%	5,65 Mio.

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 6.3. zu finden: Tabelle 18.

Der nochmalige Positivtrend spiegelt sich 2023 auf den ersten Blick auch in der Analyse nach Geschlecht. Sowohl Männer als auch Frauen weisen ähnlich starke Rückgänge von Überschuldungsfällen und -quoten wie im Vorjahr auf. Die Abnahme fällt 2023 bei Männern wie im Vorjahr deutlicher aus. Die Statistik weist rund 158.000 weniger Überschuldungsfälle von Männern aus als noch 2022 (- 4,4

**2023: Auch nach
Geschlecht und Alter
ambivalenter Basistrend**

Prozent), bei Frauen ging die Zahl weniger stark um rund 75.000 Fälle zurück (- 3,3 Prozent). Frauen weisen wie im Vorjahr einen stärkeren prozentualen Rückgang der harten Überschuldungsfälle auf (- 7,1 Prozent; - 89.000 Fälle) als Männer (- 6,9 Prozent; - 147.000 Fälle). Allerdings steigt der Anteil weicher Überschuldungsfälle bei den Frauen erstmals seit 2020 wieder um 14.000 Fälle (+ 1,3 Prozent), während er bei Männern nochmals zurückgeht (- 0,7 Prozent; - 11.000 Fälle).

**Überschuldungsquoten
2023
Männer: 10,10 Prozent
Frauen: 6,27 Prozent**

Die Grundstruktur bleibt gleich: Männer stellen weiterhin die meisten Überschuldungsfälle. Ihre Zahl hat aber seit 2018 kontinuierlich abgenommen, während der Anteil weiblicher Überschuldeter nur in den letzten vier Jahren, zum Teil deutlich, abgenommen hatte. Zudem zeigen Frauen in diesem Jahr erstmals wieder einen Anstieg weicher Negativmerkmale. Dabei sind alleinerziehende Frauen weiterhin überdurchschnittlich häufig von Überschuldung betroffen, da sie oft im Familienleben eine Doppelbelastung „aushalten“ müssen. 2023 sind rund 3,43 Millionen überschuldete Personen männlichen und 2,22 Millionen weiblichen Geschlechts. Die Überschuldungsquote bei Frauen nimmt mit 6,27 Prozent (- 0,21 Punkte) erneut weniger stark ab als die von Männern (10,10 Prozent; - 0,46 Punkte). Die Zahl überschuldeter Frauen hat seit 2004 um rund 133.000 Fälle zugenommen, die Quote ist von 6,09 Prozent um 0,18 Punkte gestiegen. Die Zahl überschuldeter Männer ist im selben Zeitraum von 13,55 Prozent um 3,45 Punkte bzw. um rund eine Million Fälle gesunken. Dabei gilt, dass Frauen laut Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes durch weitaus geringere Schuldensummen belastet sind als Männer.¹²

Tab. 3.: Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2019 bis 2023

Jahr	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2019	6,92 Mio.	4,22 Mio.	2,70 Mio.	10,04%	12,59%	7,61%
2020	6,85 Mio.	4,17 Mio.	2,69 Mio.	10,04%	12,55%	7,65%
2021	6,16 Mio.	3,76 Mio.	2,40 Mio.	9,87%	12,27%	7,58%
2022	5,88 Mio.	3,59 Mio.	2,30 Mio.	8,48%	10,56%	6,48%
2023	5,65 Mio.	3,43 Mio.	2,22 Mio.	8,15%	10,10%	6,27%
<i>Abw. 2022 / 23</i>	<i>- 0,23 Mio.</i>	<i>- 0,16 Mio.</i>	<i>- 0,08 Mio.</i>	<i>- 0,33</i>	<i>- 0,46</i>	<i>- 0,21</i>
<i>Abw. 2004 / 23</i>	<i>- 0,89 Mio.</i>	<i>- 1,02 Mio.</i>	<i>+ 0,13 Mio.</i>	<i>- 1,59</i>	<i>- 3,45</i>	<i>+ 0,18</i>

Weitere Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabellen 19 / 20.

Die ambivalente Überschuldungsentwicklung zeigt sich auch nach Alter. 2023 weisen nur die Altersgruppen ab 30 Jahre Rückgänge von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquote auf. Die Überschuldung in der jüngsten Personengruppe (bis unter 30 Jahre) steigt hingegen erstmals seit zehn Jahren wieder an. Allerdings bleibt die Überschuldungsentwicklung der älteren Bevölkerungsgruppen (summarisch 60 Jahre und älter) erstmals ähnlich positiv wie die der 18- bis 59-Jährigen. Die Zahl der Überschuldungsfälle nimmt in den beiden Personengruppen auf gleichem Niveau ab (- 4,0 Prozent), wenn auch bei den unter 60-Jährigen die Zahl der Überschuldungsfälle deutlicher sinkt (18 bis 59 Jahre: - 187.000 Fälle) als in den älteren Bevölkerungsgruppen (60 Jahre und älter: - 45.000 Fälle). Den älteren Personen ist es im letzten Jahr besser gelungen, durch Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung Überschuldung zu vermeiden. Dennoch bleibt der Doppeltrend zu Altersarmut und Altersüberschuldung virulent¹³, auch, da viele ältere Personen weiterhin einer Erwerbstätigkeit im Rentenalter nachgehen. Sie arbeiten häufig zusätzlich im Rahmen atypischer resp. geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, um fehlende Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes zu beschaffen. Dabei sind immer mehr Rentenleistungen einkommensteuerpflichtig, und mehr als ein Viertel der Rentner verfügt über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro.¹⁴

Überschuldung bei unter 30-Jährigen steigt erstmals seit 2013 wieder

Rückgang bei älteren Überschuldeten nur unterdurchschnittlich

Tab. 4.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2019 bis 2023

Jahr	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
2019	12,13%	17,72%	13,12%	9,17%	6,36%	2,95%	10,00%
2020	9,63%	17,31%	13,48%	9,64%	7,04%	3,61%	9,87%
2021	6,98%	15,13%	12,72%	9,30%	7,32%	3,17%	8,86%
2022	6,65%	14,12%	12,52%	8,89%	7,06%	3,07%	8,48%
2023	6,73%	13,72%	12,17%	8,25%	6,59%	2,96%	8,15%
<i>Abw. 2022 / 23</i>	+ 0,08	- 0,40	- 0,35	- 0,64	- 0,47	- 0,11	- 0,33
<i>Abw. 2013 / 23</i>	- 8,97	- 4,41	+ 0,58	- 0,35	+ 1,91	+ 2,06	- 1,66

Weitere Tabellen sind in Kapitel 6.3. zu finden: Tabellen 21 / 22.

Erstmals seit 2013 ist die Überschuldung in der jüngsten Personengruppe (bis unter 30 Jahre) angestiegen (0,74 Millionen; + 3.000 Fälle). Der Anstieg ist nur gering – nach neun Rückgängen in Folge (+ 0,4 Prozent; 2022: - 6,8 Prozent; 2021: - 28,5 Prozent; 2020: - 21,4 Prozent). Die Überschuldungsquote steigt auf 6,73 Prozent (+ 0,08 Punkte). Die Zunahme der Überschuldungsfälle beruht auf einer nur geringen Abnahme der Fälle mit hoher (- 1.000 Fälle; - 0,2 Pro-

Altersgruppe 18 bis 30 Jahre: 0,74 Millionen (+ 3.000 Fälle)

zent) und einem Anstieg der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (+ 4.000 Fälle). Offensichtlich zeigen sich in diesen Daten auch die Folgewirkungen der „Buy now, pay later“-Angebote durch Zahlungsdienstleister im Online-Handel, die sich vor allem an jüngere, besonders internet- und konsumaffine Zielgruppen richten.

**Altersgruppe
30 bis 39 Jahre:
1,49 Millionen
(- 41.000 Fälle)**

Die besonders wirtschaftsaktive Gruppe der 30- bis 39-Jährigen weist weiterhin zum sechsten Mal in Folge die höchste Überschuldungsquote auf (1,49 Millionen; - 41.000 Fälle). Sie sinkt um 0,40 Punkte auf 13,72 Prozent und damit stärker als im Durchschnitt. Dabei gehen Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (- 48.000 Fälle; - 6,0 Prozent) zurück, die Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen nehmen erstmals seit 2021 wieder zu (+ 7.000 Fälle; + 1,1 Prozent). Auch 2023 weist mehr als jeder vierte 30- bis 39-jährige Verbraucher zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dieser Altersabschnitt ist meist geprägt durch Familiengründung, Hausbau und berufliche Positionierung.

**Altersgruppe
40 bis 49 Jahre:
1,22 Millionen
(- 44.000 Fälle)**

Die Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen zeigt 2023 den zweitstärksten Rückgang der Überschuldungsfälle (1,22 Millionen; - 44.000 Fälle; - 3,5 Prozent). Die Überschuldungsquote sinkt von 12,52 auf 12,17 Prozent (- 0,35 Punkte), obwohl sich die entsprechende Bevölkerungszahl auf Grund demografischer Effekte (seit 2014) weiter verkleinert hat. Der Rückgang der Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe basiert auf einer Abnahme von Fällen mit juristischer Dimension (- 54.000 Fälle), während die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (+ 10.000 Fälle) zum zweiten Mal in Folge gegen den Trend zugenommen hat.

**Altersgruppe
50 bis 59 Jahre:
1,08 Millionen
(- 105.000 Fälle)**

Die Gruppe der 50- und 59-Jährigen, die so genannten „Babyboomer“, zeigen 2023 den stärksten Rückgang an Überschuldungsfällen. Sie werden in den nächsten Jahren zumindest teilweise in den (Vor-)Ruhestand gehen. Die Zahl der Überschuldungsfälle geht deutlich zurück (1,08 Millionen; - 105.000 Fälle; - 8,8 Prozent). Die Zahl harter Überschuldungsfälle nimmt fast um den Faktor 7 stärker ab (- 91.000 Fälle; - 12,5 Prozent) als die der weichen Überschuldungsfälle (- 14.000 Fälle; - 3,0 Prozent). Die Überschuldungsquote fällt von 8,89 auf 8,25 Prozent (- 0,64 Punkte).

Die 60- bis 69-Jährigen weisen zum zweiten Mal in Folge einen Rückgang von Überschuldungsfällen und -quote auf, der fast vollständig auf einem Rückgang harter Überschuldungsmerkmale beruht. Derzeit sind rund 0,72 Millionen Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe zu finden (- 33.000 Fälle; - 4,5 Prozent). Die Überschuldungsquote sinkt von 7,06 Prozent auf 6,59 Prozent (- 0,47 Punkte). Die Zahl harter Überschuldungsfälle geht um weniger als 33.000 Fälle zurück (- 7,6 Prozent), die der weichen Überschuldungsfälle um knapp 1.000 Fälle (- 0,3 Prozent).

**Altersgruppe
60 bis 69 Jahre:
0,72 Millionen
(- 33.000 Fälle)**

Die geringste Abnahme weist die älteste Überschuldungsgruppe auf. Die Zahl überschuldeter Personen ab 70 Jahren sinkt zum dritten Mal in Folge, wenn auch nur unterdurchschnittlich stark (- 12.000 Fälle; - 3,0 Prozent). Die spezifische Überschuldungsquote geht um 0,11 Punkte auf 2,96 Prozent zurück und verbleibt weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten jüngerer Altersgruppen. Der Rückgang ist wiederum auf eine stärkere Abnahme der harten Überschuldungsfälle zurückzuführen (- 9.000 Fälle; - 4,8 Prozent). Die weichen Überschuldungsfälle sinken weniger stark (- 3.000 Fälle; - 1,5 Prozent). Weiterhin müssen knapp 400.000 Menschen ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden. Der Anstieg der Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe zwischen 2013 und 2023 bleibt weiterhin mit einem Plus von rund 259 Prozent auffällig hoch und ist aufmerksam unter dem Aspekt der Altersarmut zu beobachten. Die Gesamtzahl aller überschuldeter Personen hat sich im gleichen Zeitraum um rund 14 Prozent verringert.

**Altersgruppe ab 70 Jahre:
0,40 Millionen Fälle
(- 12.000 Fälle)**

Die aktuellen Daten zeigen zweierlei. Erstens bleibt die Entwicklung der älteren Überschuldungsgruppen trotz Rückgang von Überschuldungsfällen und -quote aufmerksam zu beobachten, da der Langzeittrend negativ ist und trotz des positiven Gesamttrends der letzten drei Jahre besorgniserregend bleibt. Nur die nächst jüngere Altersgruppe (60 bis 69 Jahre: + 303.000 Fälle) weist im Zehn-Jahresvergleich einen höheren Anstieg an Überschuldungsfällen auf als die über 70-Jährigen (+ 286.000 Fälle). In Summe stellen die 18- bis 59-Jährigen 2023 rund 80 Prozent des Rückgangs der Überschuldungsfälle, bei den über 60-Jährigen sind es nur rund 20 Prozent. Zweitens zeigt sich erstmals seit zehn Jahren ein Anstieg der Überschuldungsfälle bei der jüngsten Altersgruppe (+ 3.000 Fälle), der mit Anstiegen der weichen Überschuldungsfälle bei den beiden nächsten beiden Altersgruppen (30 bis 39 Jahre: + 7.000 Fälle; 40 bis 49 Jahre: + 10.000 Fälle) einhergeht. Vereinfacht: Jüngere Personen

**Altersüberschuldung
bleibt trotz Rückgang
virulent**

**Erstmals seit 2013 zeigt
die jüngste Altersgruppe
einen Anstieg von Über-
schuldungsfällen und
-quote**

(18 bis 59 Jahre) stellen zwar immer noch die große Mehrheit der Überschuldungsfälle (80 Prozent; 2004: 92 Prozent). Derzeit liegt der Anteil der über 60-jährigen Überschuldeten bei 20 Prozent (2004: 8 Prozent). Allerdings scheinen, insbesondere angesichts vielfältiger „BNPL“-Angebote, erstmals wieder mehr jüngere Personen in eine Überschuldungsspirale zu geraten oder es gelingt jüngeren Überschuldeten derzeit weniger schnell, dieser zu entkommen. Die Überschuldungsintensität jüngerer Menschen hat in der Regel noch nicht die Intensität und das Schuldenvolumen erreicht wie bei älteren Personengruppen.¹⁵

Tab. 5.: Das Schuldenvolumen in Deutschland 2019 bis 2023 nach Statistischem Bundesamt, Hochrechnung auf der Basis von Realwerten

Jahr	Schuldenvolumen nach Werten nach Statistischem Bundesamt	
	Mittlere individuelle Schuldenhöhe	Volkswirtschaftliches Schuldenvolumen
2019	28.200 €	196 Mrd. €
2020	29.500 €	202 Mrd. €
2021	31.100 €	191 Mrd. €
2022	30.900 €	182 Mrd. €
2023	30.900 €	174 Mrd. €

Schuldenvolumen sinkt weiter

Die Spannweite der Schuldenvolumina reicht nach überschlägigen Hochrechnungen für das Jahr 2023 von rund 54.000 Euro je erfasstem Überschuldungsfall bei den über 70-jährigen (- 850 Euro zu 2022) bis hin zu rund 5.950 Euro bei den unter 25-jährigen (- 1.750 Euro).¹⁶ Die durchschnittliche Höhe liegt 2023 mit rund 30.870 Euro je erfasstem Überschuldungsfall in etwa auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr (- 70 Euro; - 0,2 Prozent). Der entsprechende Wert hat sich im Langzeitvergleich seit 2006 von rund 36.900 Euro um rund 6.000 Euro (- 16 Prozent) in allen Altersgruppen deutlich verringert.¹⁷ Nur die älteste Personengruppe weist im Langzeitvergleich einen deutlichen Anstieg der Schuldensumme auf (+ 13.140 Euro; + 32 Prozent) – allerdings auch in diesem Jahr mit rückläufiger Tendenz. Der in der Gesamtsicht kontinuierliche Rückgang hat dazu beigetragen, dass das Gesamtschuldenvolumen für ganz Deutschland in den letzten Jahren weiter gesunken ist, obwohl zwischenzeitlich die Überschuldungszahlen gestiegen waren. 2023 liegt das erwartbare Gesamtschuldenvolumen nach überschlägigen Hochrechnungen bei etwa 174 Milliarden Euro (- 4 Prozent). Im Langzeitvergleich seit 2006 (265 Milliarden Euro) hat sich das Schuldenvolumen um rund 34 Prozent verringert.

1.2 Der Basistrend ändert sich: Harte Überschuldung sinkt nochmals, weiche Überschuldung steigt erstmals wieder seit 2020

Die aktuellen Daten zur Überschuldungsintensität sind ein weiterer Beleg dafür, dass sich der Basistrend der Überschuldungsentwicklung geändert hat. So ist die Zahl der Überschuldungsfälle mit juristischen Sachverhalten zwar erneut um 236.000 Fälle (- 7,0 Prozent; Vorjahr: - 6,1 Prozent) gesunken, zugleich hat aber die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität, wenn auch nur leicht, um rund 3.000 Fälle zugenommen (+ 0,1 Prozent; 2022: - 2,1 Prozent). Der Rückgang der harten Überschuldung liegt zum vierten Mal in Folge auf einem ähnlichen Niveau – mit positivem Grundtrend, wie in den beiden letzten Jahren, in West- und in Ostdeutschland (s. auch Kapitel 1.3). Zwischen 2017 und 2020 war die weiche Überschuldung kontinuierlich angestiegen, dann zweimal gesunken, dabei 2021 drastisch um rund 470.000 Fälle (- 15,5 Prozent). Hingegen ist die harte Überschuldung seit 2018 durchgehend gesunken. Dabei ist an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, dass 2023 rund 250.000 harte Überschuldungsfälle durch die Umsetzung der anstehenden neuen EU-Regelung in dieser Auswertung entfallen sind, die bei einer Gesamtbetrachtung aber zu berücksichtigen wären.

Harte Überschuldung geht zurück – weiche Überschuldung legt zu

Tab. 6.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2019 bis 2023

Basiswerte	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Anzahl	Abw. zum Vorjahr	Anzahl	Abw. zum Vorjahr
2019	4,01 Mio.	- 125.000	2,91 Mio.	+ 115.000
2020	3,82 Mio.	- 188.000	3,03 Mio.	+ 118.000
2021	3,60 Mio.	- 225.000	2,56 Mio.	- 470.000
2022	3,38 Mio.	- 219.000	2,51 Mio.	- 54.000
2023	3,14 Mio.	- 236.000	2,51 Mio.	+ 3.000
<i>Abw. 2006 / 2023</i>	<i>- 7,6%</i>	<i>- 258.000</i>	<i>- 33,7%</i>	<i>- 1.279.000</i>

Weitere Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabellen 23 / 24.

In Summe konnten 2023 dennoch rund 233.000 Verbraucher entweder einer oft dauerhaften Überschuldungsspirale entkommen oder den Weg in eine Überschuldungskrise vermeiden. Somit haben seit 2020, also dem Beginn der Corona-Pandemie, 681.000 Verbraucher die harte Überschuldung verlassen (- 18 Prozent). Die Zahl weicher Überschuldungsfälle nahm im gleichen Zeitraum um rund 522.000 Fälle ab (- 17 Prozent). Der Rückgang der Fälle mit hoher

Auch 2023 entkommen 236.000 Verbraucher einer dauerhaften Überschuldungsspirale

Überschuldungsintensität korrespondiert mit der seit Jahren andauernden Abnahme neuer Verbraucherinsolvenzverfahren und der Zunahme derjenigen Personen, die sich in den letzten Jahren durch ein entsprechendes Verfahren aus der Überschuldung befreien konnten. Der Rückgang der harten Überschuldung wird, wie bereits seit 2020, besonders von jüngeren Verbrauchern (bis 39 Jahre) getragen. Diesen gelingt es tendenziell schneller, sich aus dem Überschuldungskarussell zu verabschieden.

Erneut Tiefstand der harten Überschuldungsfälle

2023 verbleiben rund 3,14 Millionen Menschen in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale. Der Wert liegt zum zweiten Mal seit dem Beginn der Analysen nach Überschuldungsintensität unter dem Ausgangswert von 2006 (2006 / 2023: - 258.000 Fälle; - 7,6 Prozent). Auf dem Höchststand im Jahr 2017 waren noch über 4,22 Millionen Personen „hart überschuldet“.¹⁸ Zudem zeigen weiterhin rund 2,51 Millionen Verbraucher in Deutschland nachhaltige Zahlungsstörungen, die in vielen Fällen als Vorstufe zur harten Überschuldung auftreten. Dies sind rund 1,28 Millionen Fälle weniger als noch im Jahr 2006 (- 34 Prozent). Insbesondere die Corona-Krise hat somit in positiver Lesart zu einem qualifizierten Rückgang der (strukturellen) Überschuldung in Deutschland geführt, der auch vor dem Hintergrund der seit etwa 2015 andauernden Hochkonjunkturphase einzuordnen ist. Diese hat es bereits vor der Corona-Krise vielen hart überschuldeten Verbrauchern ermöglicht, einen Weg aus dem „Schuldenturm“ zu finden bzw. den Weg dahin zu vermeiden.

Tab. 7.: Synopse: Ein Entwicklungsvergleich der Überschuldungsentwicklung in zwei „Groß-Krisen“ im Dreijahresvergleich (2007 / 2010 sowie 2019 / 2022)

Zeiträume	Gesamtfälle		Harte Fälle		Weiche Fälle	
2007 / 2010	- 850.000	- 12%	+ 151.000	+ 4%	- 1.001.000	- 26%
2019 / 2022	- 1.038.000	- 15%	- 632.000	- 16%	- 406.000	- 14%

Krisen-Vergleich: Überschuldungsentwicklung und bereitgestellte Hilfs- und Unterstützungsprogramme

Vergleicht man nun die Folgewirkungen der „multiplen Krisenlage“ der Jahre 2019 bis 2022 mit denen der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2007 / 2010, also ebenfalls in einem Dreijahreszeitfenster, zeigt sich, dass die positiven Wirkungen der Krisenbewältigung in den letzten drei Jahren stärker ausfielen als in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Seinerzeit hatten sich rund 850.000 überschuldete Verbraucher (- 12 Prozent) aus der Überschuldungsspirale befreien können – davon rund eine Million aus der weichen Überschuldung

(- 26 Prozent), während im gleichen Zeitraum rund 151.000 Verbraucher bereits wieder in die harte Überschuldung geraten waren (+ 4 Prozent). Angesichts des offensichtlich von der Politik größer eingeschätzten Krisenpotenzials und der bereitgestellten Hilfs- und Unterstützungsprogramme konnten sich zwischen 2019 und 2022 rund 1,04 Millionen Verbraucher aus der Überschuldungsspirale (- 15 Prozent) befreien. Davon gelangten rund 632.000 Personen aus einer harten (- 16 Prozent) und rund 406.000 Verbraucher aus einer weichen Überschuldungslage (- 14 Prozent).

Tab. 8.: Staatliche Unterstützungsausgaben nach Krisen im Vergleich 2008 / 2010 zu 2020 / 2022¹⁹

Zeitraum	Krise	Größenordnung
2008 bis 2010	Finanz- und Wirtschaftskrise	~ 248 Mrd. Euro bis 777 Mrd. Euro
2020 bis 2022	Corona-Pandemie	~ 440 Mrd. Euro
	Energiepreiskrise	~ 135 Mrd. Euro bis 200 Mrd. Euro

Der aktuelle Anstieg der weichen Überschuldung kann insbesondere auf (aufgestauten) Nachholkonsum mit der Folge einer Zunahme von Konsumverschuldung zurückgeführt werden. Dabei war die Überschuldungsentwicklung der letzten Jahre, trotz der Negativwirkungen von Corona-Pandemie, dem russischen Angriffskrieg und der darauffolgenden Energiepreiskrise, positiver, als man dies zunächst vermuten konnte. Die Negativeinflüsse fielen aus zwei Gründen weniger stark aus: Erstens wegen der umfangreichen staatlichen Hilfs- und Unterstützungsprogramme für Unternehmen und Verbraucher²⁰. Zweitens wegen der damit einhergehenden plötzlichen Zunahme von Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung auf Verbraucherseite. Letztere war bei einkommensschwachen Personen offensichtlich stärker ausgeprägt (s. besonders Kapitel 2.2). Bei den aufgelisteten finanziellen Aufwendungen, die der Staat zu ihrer Bewältigung und Begrenzung für Verbraucher und Unternehmen eingesetzt hat (jeweils etwa ein Jahr zeitversetzt), handelt es sich um überschlägige Schätzsummen, da eine einheitliche und trennscharfe Auflistung nicht oder nur begrenzt möglich ist. So waren beispielsweise mit der Vergabe der Unterstützungsgelder in der Corona-Krise auch Rückzahlungen von den Betroffenen (wie kleinen und mittleren Unternehmen oder Soloselbständigen) vereinbart worden, die teilweise noch ausstehen oder die entsprechende Krise noch virulent ist (zum Beispiel Energiepreiskrise). Hierdurch würden die genannten Beträge wieder sinken.

Aktueller Anstieg der weichen Überschuldung als Folge von (aufgestautem) Nachholkonsum

**Entschuldung führte
während der Corona-
Pandemie zu einer
Verbesserung der
psychischen Gesundheit**

Eine Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hatte Anfang Oktober 2023 auf den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und psychischer Gesundheit hingewiesen. Demnach hat sich die „durchschnittliche psychische Gesundheit“ in den letzten zwei Jahrzehnten generell deutlich verbessert – ähnlich der Entwicklung von Wirtschaft und Bruttoinlandsprodukt. Allerdings wurden Einbrüche der psychischen Gesundheit im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 / 2009 und in der Corona-Pandemie 2020 / 2022 festgestellt. Die psychische Gesundheit büßte in diesen Zeiten deutlich ein, wobei sie sich aber generell beispielsweise nach Geschlecht, Ausbildungsstatus, Lebensort (Ost / West) oder ökonomischer Ungleichheit unterscheidet. Trifft dies zu, wird sich die psychische Gesundheit aber auch derjenigen Menschen deutlich und gegen den allgemeinen Trend verbessert haben, die sich während der letzten beiden Großkrisen haben entschulden können. Dies sind mehr als eine Million ehemals überschuldeter Personen (2019 / 2022: - 1.038.000 Fälle; 2007 / 2010: - 850.000 Fälle), die sich trotz der Corona-Pandemie und ihrer drastischen Krisensymptomatik aus der Überschuldungsspirale befreien konnten und eine Verbesserung der psychischen Gesundheit aufweisen müssten.²¹

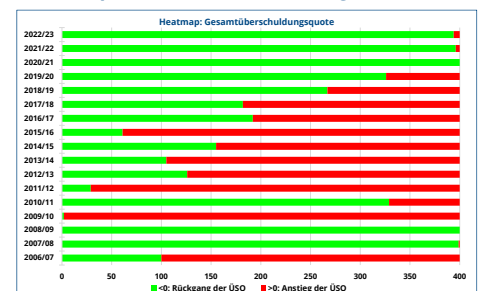
1.3 Nochmals Positivtrend in Ost- und Westdeutschland und auf (fast) allen räumlichen Ebenen

Die Überschuldungsentwicklung zeigt sich 2023 nochmals in allen ost- und westdeutschen Bundesländern positiv, auch wenn der Positivtrend wiederum nicht die Stärke beider Vorjahre erreicht. 2023 verzeichnen 394 Kreise und kreisfreie Städte in Deutschland einen Rückgang der Überschuldungsquote (98,5 Prozent; - 0,5 Prozentpunkte; 2022: 397).²² 2021 hatten noch alle Städte und Landkreise verbesserte Überschuldungsquoten gezeigt (2019 / 2020: 82 Prozent). Zudem verringerte sich der Spreizungswert auf Kreisebene, also zwischen der geringsten und der höchsten Überschuldungsquote nach Städten und Landkreisen, nochmals merklich. Er liegt derzeit bei 15,48 Punkten und damit um 0,67 Punkte unterhalb des Vorjahreswertes (2021 / 2022: - 0,03 Punkte). Dabei gilt die Strukturaussage: Kreisfreie Städte (spezifische Überschuldungsquote: 10,05 Prozent; - 0,36 Punkte) verbessern sich wie bereits in den letzten beiden Jahren stärker als Landkreise und Kreise (7,22 Prozent; - 0,30 Punkte). Und: Die stärksten Rückgänge zeigen erneut die zwölf Stadtkreise (8,80 Prozent: - 0,48 Punkte).²³ Generell zeigt sich auch in diesem Jahr: Sowohl diejenigen Kreise und kreisfreien Städte mit besonders hohen Überschuldungsquoten haben sich 2023 verbessert, wie auch diejenigen mit besonders geringen Überschuldungsquoten.

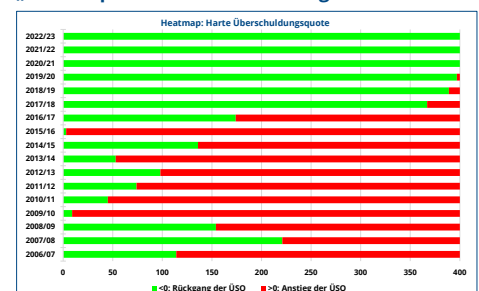
Allerdings spiegelt die Entwicklungsanalyse der harten und weichen Überschuldungsquote auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte genau den bereits beschriebenen ambivalenten Grundtrend der aktuellen Überschuldungslage. Diese unterschiedliche Entwicklung wird in der so genannten „Heatmap“ besonders deutlich. Die grünen Balken zeigen die Anteile derjenigen Kreise und kreisfreien Städte, in denen die Überschuldungsquoten gesunken sind. Die roten Balken zeigen die Anteile derjenigen Kreise und kreisfreien Städte, in denen die Überschuldungsquoten gestiegen sind. Zwar ist die Gesamtüberschuldungsquote in diesem Jahr nur in sechs von 400 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland gestiegen (s.o.). Und die harte Überschuldungsquote ist (aus bekannten Gründen) in keinem Kreis oder kreisfreien Stadt gestiegen. Dennoch zeigt sich, dass 2023 in mehr als der Hälfte aller Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland (226; 57 Prozent) die weiche Überschuldungsquote (in Form von nachhaltigen Zahlungsstörungen) wieder angestiegen

394 von 400 Kreisen und Städten verzeichnen einen Rückgang der Überschuldungsquote

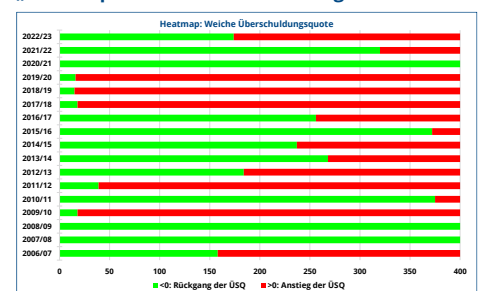
„Heatmap“: Gesamt-Überschuldung



„Heatmap“: Harte Überschuldung



„Heatmap“: Weiche Überschuldung



ist. Zudem liegt der Anstiegswert deutlich über dem langjährigen Mittelwert (2006 / 2023: 46 Prozent).

Nochmals Positivtrend in Ost- und Westdeutschland

Blickt man auf die Entwicklung nach ost- und westdeutschen Bundesländern, wird deutlich, dass die Zahl der Überschuldungsfälle 2023 in ostdeutschen Bundesländern anteilig stärker als in den westdeutschen gesunken ist. Der Rückgang erfolgt in den westdeutschen Bundesländern zum fünften Mal, in Ostdeutschland bereits zum siebten Mal in Folge. Die Überschuldungsquote in Westdeutschland sinkt auf 8,08 Prozent (-0,32 Punkte), in Ostdeutschland auf 8,53 Prozent (-0,40 Punkte) und liegt damit zum zweiten Mal unter der Neun-Prozent-Marke. Die Bundesländer im Osten und Westen verbleiben damit im hellgrünen Bereich der Überschuldungsampel.

Tab. 9.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2019 bis 2023

Jahr	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			Spreizung
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	
2019	5,82 Mio.	1,10 Mio.	6,92 Mio.	9,94%	10,33%	10,00%	+ 0,39
2020	5,77 Mio.	1,08 Mio.	6,85 Mio.	9,82%	10,20%	9,87%	+ 0,38
2021	5,17 Mio.	0,99 Mio.	6,16 Mio.	8,79%	9,29%	8,86%	+ 0,50
2022	4,94 Mio.	0,94 Mio.	5,88 Mio.	8,40%	8,93%	8,48%	+ 0,54
2023	4,75 Mio.	0,90 Mio.	5,65 Mio.	8,08%	8,53%	8,15%	+ 0,46
<i>Abw. 2022 / 23</i>	<i>- 187.000</i>	<i>- 46.000</i>	<i>- 233.000</i>	<i>- 0,32</i>	<i>- 0,40</i>	<i>- 0,33</i>	<i>- 0,08</i>
<i>Abw. 2004 / 23</i>	<i>- 594.000</i>	<i>- 294.000</i>	<i>- 888.000</i>	<i>- 1,51</i>	<i>- 1,96</i>	<i>- 1,59</i>	<i>- 0,45</i>

Westdeutschland, einschließlich Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Siehe auch Tabelle 25 in Kapitel 6.3.

Trend derzeit in Ostdeutschland positiver als im Westen

Der Trend ist 2023 in Ostdeutschland positiver als im Westen.²⁴ Insgesamt sind im Osten rund 0,90 Millionen Personen überschuldet – rund 46.000 Überschuldungsfälle weniger als noch 2022 (- 4,9 Prozent). Im letzten Jahr war die Zahl um rund 41.000 Fälle gesunken (- 4,2 Prozent). Im Westen ging die Zahl überschuldeter Verbraucher von 4,94 Millionen um 187.000 Fälle auf rund 4,75 Millionen Fälle zurück (- 3,8 Prozent) – im letzten Jahr betrug der Rückgang noch 233.000 Fälle (- 4,5 Prozent). Zwischen 2014 und 2018 war die Zahl Überschuldeter im Osten noch kontinuierlich gestiegen (summarisch: + 10.000 Fälle; + 1,2 Prozent), um seit 2019 um rund 186.000 Fälle zurückzugehen (- 18,4 Prozent). In den westlichen Bundesländern (einschließlich Berlin) war die Zahl Überschuldeter zwischen 2014 und 2018 um rund 204.000 Fälle angestiegen (+ 4,4 Prozent), um seit 2020 um rund 880.000 Fälle zurückzugehen (- 18,3 Prozent).

Die Analyse nach Überschuldungsintensität zeigt aber, dass sich die Überschuldungsspirale in diesem Jahr im Osten Deutschlands stärker beruhigt hat als im Westen. Die Fälle mit hoher Überschuldungsintensität gehen 2023 im Osten (- 7,7 Prozent) stärker zurück als im Westen (- 6,9 Prozent). Zudem steigt die Zahl von Fällen mit weichen Negativmerkmalen im Westen (+ 3.000 Fälle; + 0,3 Prozent) erstmals seit 2020. Im Osten Deutschlands geht die entsprechende Zahl hingegen zum dritten Mal in Folge zurück (- 4.000 Fälle; - 1,5 Prozent). Der Grundtrend der letzten Jahre bleibt gleich: Die Zahl der Überschuldungsfälle ist im Osten im Langzeitvergleich 2006 / 2023 stärker gesunken (- 30 Prozent; - 388.000 Fälle) als im Westen (- 20 Prozent; - 1,15 Millionen Fälle). Die immer noch höhere Überschuldungsquote im Osten basiert auf dem starken Rückgang der Bevölkerung, besonders in Form einer „Landflucht“ in den ruralen Regionen in den östlichen Bundesländern.²⁵ Das Schlusslicht der Überschuldungsentwicklung bildet allerdings seit 2008 der Westen Deutschlands.

Weiche Überschuldung nimmt in Westdeutschland erstmals seit 2020 wieder zu

Der Positivtrend der beiden letzten Jahre zeigt sich auch im Ruhrgebiet, das als altindustriell geprägt und strukturschwach eingestuft wird. Der Positivtrend hat sich aber leicht abgeschwächt. Die Überschuldungsquote im Ruhrgebiet sinkt 2023 zum dritten Mal, wenn auch erneut nicht so stark wie im Bundestrend. Die Überschuldungsquote in den elf Städten und Kreisen des Ruhrgebiets sinkt von 12,36 auf 12,11 Prozent (- 0,25 Punkte), die Zahl der Überschuldungsfälle nimmt nochmals um fast 13.000 Fälle ab (- 2,4 Prozent). 2021 betraf dies noch etwa 53.000 Überschuldungsfälle (- 1,20 Punkte; 2022: - 0,30 Punkte; - 15.000 Fälle). 2019 wurde noch ein Höchstwert von 596.000 Überschuldungsfällen gemessen, in diesem Jahr sind 513.000 Verbraucher im Ruhrgebiet als überschuldet zu bezeichnen. Die Städte Duisburg (15,89 Prozent; + 0,02 Punkte), Essen (12,52 Prozent; + 0,07 Punkte) und Dortmund (12,15 Prozent; - 0,29 Punkte) führen weiterhin das Überschuldungsranking der Städte mit über 400.000 Einwohnern an.²⁶ Trotz erneutem Rückgang von Überschuldungsfällen und -quoten bleibt das Ruhrgebiet das „Sorgenkind“ der Überschuldungsentwicklung.

Erneut zeigen neun von elf Städten und Kreisen des Ruhrgebiets einen Rückgang der Überschuldungsquote

Tab. 10.: Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2021 bis 2023

Bundesland	Überschuldungsquoten			Abw.		Überschuldungsfälle in Mio.			Abw.	
	2021	2022	2023	22 / 23	04 / 23	2021	2022	2023	22 / 23	04 / 23
Bayern	6,43%	6,05%	5,87%	-0,18	-1,32	0,70	0,66	0,64	-20.000	-74.000
Baden-Württemberg	7,28%	6,95%	6,72%	-0,23	-0,78	0,67	0,64	0,62	-21.000	-21.000
Thüringen	8,32%	8,08%	7,71%	-0,37	-2,30	0,15	0,15	0,14	-7.000	-62.000
Brandenburg	8,62%	8,23%	7,72%	-0,51	-3,48	0,18	0,18	0,16	-11.000	-75.000
Hessen	8,82%	8,43%	8,12%	-0,31	-1,45	0,46	0,44	0,42	-17.000	-52.000
Hamburg	9,10%	8,64%	8,17%	-0,47	-2,71	0,14	0,13	0,13	-7.000	-32.000
Niedersachsen	9,02%	8,62%	8,18%	-0,44	-1,95	0,60	0,57	0,55	-28.000	-103.000
Sachsen	8,87%	8,51%	8,21%	-0,30	-0,74	0,30	0,29	0,28	-11.000	-49.000
Rheinland-Pfalz	9,03%	8,69%	8,36%	-0,33	-1,77	0,31	0,30	0,29	-11.000	-45.000
Schleswig-Holstein	9,45%	8,93%	8,38%	-0,55	-2,44	0,23	0,22	0,21	-13.000	-42.000
Mecklenburg-Vorpommern	9,59%	9,13%	8,64%	-0,49	-2,86	0,13	0,12	0,12	-7.000	-47.000
Saarland	10,43%	10,04%	9,54%	-0,50	-1,51	0,09	0,08	0,08	-4.000	-17.000
Nordrhein-Westfalen	10,47%	10,05%	9,72%	-0,33	-0,96	1,56	1,50	1,45	-51.000	-111.000
Berlin	10,81%	10,47%	10,04%	-0,43	-3,98	0,33	0,32	0,31	-12.000	-91.000
Sachsen-Anhalt	11,56%	11,20%	10,78%	-0,42	-1,43	0,22	0,21	0,20	-9.000	-61.000
Bremen	12,81%	12,46%	12,00%	-0,46	-1,35	0,07	0,07	0,07	-3.000	-6.000
Deutschland	8,86%	8,48%	8,15%	-0,33	-1,59	6,16	5,88	5,65	-233.000	-888.000

Abweichung in Prozentpunkten / Überschuldete Personen in Millionen / Rundungsdifferenzen möglich.

Auch 2023 bleiben Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen vorne

Schlusslichter sind trotz überdurchschnittlicher Verbesserung Berlin, Sachsen-Anhalt und Bremen

Wie in beiden Vorjahren zeigt sich die positive Überschuldungsentwicklung auch in den Bundesländern. Alle 16 Bundesländer weisen einen meist deutlichen Rückgang von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten auf. Bei sechs Bundesländern ist die Abnahme der Überschuldung überdurchschnittlich. Die stärkste Verbesserung zeigt erneut Schleswig-Holstein (8,38 Prozent; -0,55 Punkte), den geringsten Rückgang zeigt Bayern (5,87 Prozent; -0,18 Punkte), das erstmals unter der Sechs-Prozent-Marke bleibt. Baden-Württemberg (6,72 Prozent; -0,23 Punkte) verbleibt im Positivranking hinter Bayern, aber mit über einem Punkt Abstand vor Thüringen (7,71 Prozent; -0,37 Punkte). Die Schlusslichter bilden wie in den Vorjahren Bremen (12,00 Prozent; -0,46 Punkte), Sachsen-Anhalt (10,78 Prozent; -0,42 Punkte) und Berlin (10,04 Prozent; -0,43 Punkte) – mit allerdings überdurchschnittlichen Rückgängen. Kein Bundesland weist im 20-Jahre-Vergleich (2004 / 2023) einen Anstieg von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquote auf.

2 Das Verbraucher verhalten im Sog des „multiplen Krisen- modus“ zwischen Rezession, Ausgaben- vorsicht und Nachhol- konsum

2.1 Ergebniseinordnung: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren in den letzten 12 Monaten

Deutschland und seine Verbraucher haben auch die Energiepreiskrise besser überstanden, als es im letzten Jahr zu erwarten war

Deutschland und seine Verbraucher haben auch die Energiepreiskrise besser überstanden, als dies im Herbst 2022 zu erwarten war. Dies belegen die aktuellen Daten zur Überschuldungslage der deutschen Verbraucher. Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich trotz Zunahme von Arbeitslosen- und Langzeitarbeitslosenzahlen vergleichsweise stabil. Ein sicherer Arbeitsplatz, und damit verbunden ein ausreichendes Einkommen, bietet immer noch den besten Schutz vor Überschuldung. Dennoch bleibt die Rezessionswahrscheinlichkeit in den nächsten Monaten auf hohem Niveau. Nach Analysen des Internationalen Währungsfonds (IWF) bleibt Deutschland 2023 unter den großen Volkswirtschaften der Welt „Klassenletzter“ (Süddeutsche) und weist als einziges Land einen Rückgang der Wirtschaftsleistung auf. Und auch der IMK Konjunkturindikator vom Oktober 2023 bleibt skeptisch: „Die deutsche Wirtschaft schafft es weiterhin nicht, sich freizuschwimmen. Teure Energie, die schwache Weltkonjunktur und die hohen Zinsen sind die wichtigsten Bremsfaktoren.“ Zwar zeigt der letzte ifo Geschäftsklimaindex von Ende Oktober einen „Silberstreif am Horizont“, allerdings nach fünf Rückgängen in Folge. Die derzeitigen Perspektiven für die deutsche Wirtschaft sind trübe.

Die deutsche Wirtschaft an der Grenze zur Rezession

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland zeigt nach einem Rückgang im 4. Quartal 2022 (- 0,4 Prozent) einen stagnativen Trend der Wirtschaftsleistung (1. Quartal 2023: $\pm 0,0$ Prozent; 2. Quartal: + 0,1 Prozent, revidierte Werte). Die erste amtliche Schnellschätzung des Statistischen Bundesamtes von Ende Oktober ergibt für das 3. Quartal einen Rückgang des BIP (- 0,1 Prozent), der sich im 4. Quartal wiederholen soll. Die Deutsche Bundesbank kommentiert im Monatsbericht Oktober 2023: „Rückenwind erhielt die deutsche Wirtschaft zwar von dem nach wie vor robusten Arbeitsmarkt und kräftigen Lohnsteigerungen bei nachlassender Inflation. Allerdings nutzten die privaten Haushalte zusätzliche Ausgabenspielräume wohl noch nicht für höhere Konsumausgaben.“²⁷

Die führenden Wirtschaftsinstitute prognostizieren für das laufende Jahr einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,6 Prozent, nach einem Prognosewert von 0,3 Prozent im Frühjahr 2023 (s. alle nachfolgenden Daten in Tabelle 11). Die konjunkturelle Schwäche

sei demnach mittlerweile auch auf dem Arbeitsmarkt angekommen. Die staatliche Förderbank KfW warnte bereits Anfang 2023 vor einer „Ära anhaltend stagnierenden, womöglich schleichend schrumpfenden Wohlstands“ in Deutschland. Der Rückgang des Fachkräfteangebots sowie die schwache Produktivitätsentwicklung in den Unternehmen sei bedrohlich. Die DIHK-Herbstprognose geht für 2023 von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,5 Prozent aus und auch für 2024 von einer Stagnation.²⁸

Die Bundesagentur für Arbeit stellt im September 2023 fest: „Am Arbeitsmarkt hinterlässt die schwache Konjunktur weiter ihre Spuren. Von August auf September sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung im Zuge der Herbstbelebung gesunken. In saisonbereinigter Rechnung haben sich beide Größen jedoch erhöht. Die Chancen von arbeitslosen Menschen auf eine neue Beschäftigung sind weiterhin sehr niedrig.“ Die Zahl arbeitsloser Personen war im September 2022 auf 2,627 Millionen Personen und eine Quote von 5,7 Prozent gestiegen (+ 0,3 Punkte zum Vorjahr). Der Wert liegt damit deutlich über dem Mittelwert des letzten Vor-Corona-Jahres 2019 (+ 339.000 Arbeitslose). Im Vergleich zum letzten Jahr liegt die Zahl Arbeitsloser fast 190.000 Fälle höher (+ 8 Prozent). Allerdings blieb die Zahl der Personen, für die Kurzarbeit neu oder erneut angezeigt wurde, auch im laufenden Jahr niedrig. Der letzte offiziell verfügbare Wert lag bei rund 0,40 Millionen Kurzarbeitern (konjunkturelle Kurzarbeit) und blieb damit im Vergleich zum Jahr 2019 noch deutlich darüber (Mittelwert: 0,15 Millionen; + 252.000), im Vergleich zu 2020 (2,94 Millionen; - 2,5 Millionen) aber deutlich darunter.

**Arbeitsmarkt erwartet
in den nächsten Monaten
„kaum Belebung“**

Zugleich hat sich die Zahl langzeitarbeitsloser Personen wieder leicht erhöht, auch wenn sie noch nicht wieder das Niveau der Corona-Pandemie erreicht hat (2021: 1,03 Millionen; + 41 Prozent zu 2019). Im September 2023 waren wieder 0,93 Millionen Personen als langzeitarbeitslos vermerkt, immerhin rund 3 Prozent mehr als noch im Mittel des laufenden Jahres (0,90 Millionen). Zugleich zeigt auch die Entwicklung im Bereich der Unterbeschäftigung wieder nach oben. Hier ist die Zahl betroffener Personen im Vergleich zum Mittel des Jahres 2022 merklich angestiegen (September 2023: 3,44 Millionen; + 262.000; + 8,2 Prozent). Der Wert liegt nur noch knapp unter dem Höchstwert im Jahr 2020 (3,49 Millionen).²⁹ Dabei hat sich auch die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter weiter erholt und ist alleine bis März 2023 im Vergleich zum Jahr 2022 um rund 83.200 Personen gewachsen (34,68 Millionen). Allerdings

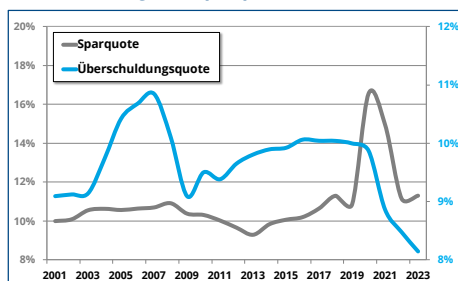
**Die Zahl langzeit-
arbeitsloser Personen
nimmt wieder zu**

Oktober 2023: „Mit Ausnahme der ersten Corona-Welle stand das IAB-Arbeitsmarktbarometer noch nie so tief“

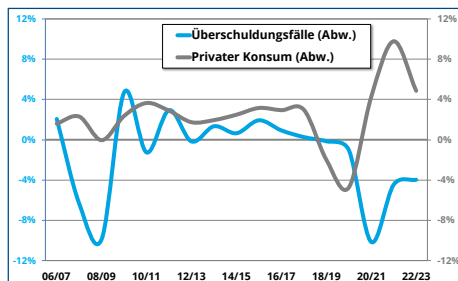
ist auch die Zahl geringfügig entlohnter Beschäftigter (Mini-Jobs) bis März 2023 weiter gestiegen, wenn auch weniger stark als im Vorjahr (7,58 Millionen; + 20.600 im Vergleich zum Mittel 2022). Das IAB-Arbeitsmarktbarometer (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit) fasst die Perspektiven zusammen: „Der Arbeitsmarkt läuft nach wie vor besser als die Konjunktur, aber es zeigen sich auch hier deutliche Effekte des Wirtschaftsabschwungs. [...] Das IAB-Arbeitsmarktbarometer liegt erstmals seit der Corona-Krise unter der neutralen Marke von 100. Mit Blick auf die nächsten Monate kann man daher davon ausgehen, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigt und die Beschäftigung kaum noch wächst.“³⁰

Basistrends 2022 / 2023

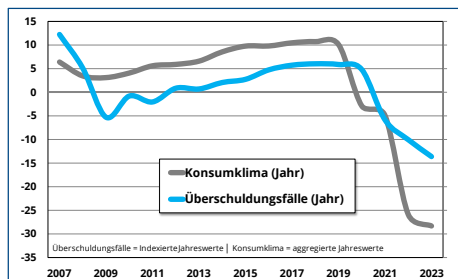
Überschuldung und Sparquote



Überschuldung und privater Konsum



Überschuldung und Konsumklima



Dabei sind die verfügbaren Einkommen der Verbraucher besonders 2022 wieder deutlich gestiegen (2022: + 6,3 Prozent; + 128,9 Milliarden Euro) und auch für 2023 kann wieder ein Anstieg erwartet werden (+ 5,2 Prozent; + 112,0 Milliarden Euro). Eine ähnliche Dimension ist für die privaten Konsumausgaben zu erwarten. Für 2023 werden Mehrausgaben in Höhe von rund 91,3 Milliarden Euro durch privaten Konsum (+ 4,9 Prozent) erwartet, nachdem 2022 Mehrausgaben von rund 167 Milliarden im privaten Konsum verzeichnet wurden (+ 9,8 Prozent zu 2021, nicht preisbereinigt).³¹ Allerdings haben die stark steigenden Verbraucherpreise die Kaufkraft der privaten Haushalte deutlich geschmälert. Dabei lag die Inflationsrate im Oktober 2023 wieder bei (voraussichtlich) nur noch 3,8 Prozent, nachdem im Oktober 2022 mit 10,4 Prozent der höchste Wert seit 1951 gemessen wurde. Infolge der vermehrten Ausgaben bleibt die Sparquote im Jahresverlauf 2023 mit 11,3 Prozent in etwa auf demselben Niveau wie 2022. Das Sparvermögen steigt 2023 wieder (+ 15,7 Milliarden Euro; + 6,3 Prozent), nachdem es 2022 um rund 65 Milliarden Euro (- 20,7 Prozent) gesunken war. Verfügbares Einkommen wie auch die privaten Konsumausgaben stiegen 2022 / 2023 auch dank höherer Lohnabschlüsse. Im 2. Quartal 2023 maß das Statistische Bundesamt erstmals seit dem 2. Quartal 2021 einen leichten Anstieg der Reallöhne, die allerdings 2022 das dritte Jahr in Folge gesunken sind.³² Fasst man die aktuelle Lage zusammen, haben derzeit die „Überschuldungstreiber“ ein größeres Gewicht als die „Überschuldungsdämpfer“.

Tab. 11.: Synopse: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren während der Corona-Pandemie 2019 bis 2023 (Stand: September 2023)

Statistisches Bundesamt: Daten zu Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise – Einkommen, Konsum, Sparen				
Bruttoinlandsprodukt (saison- und kalenderbereinigt)	Bezug	Index	Abw.	
<i>Bezug: Vorjahre</i>	2019	107,3	+ 1,1%	
	2020	102,8	- 4,2%	
	2021	106,0	+ 3,1%	
	2022	108,0	+ 1,9%	
<i>Bezug: Vorquartale</i>	1. Qu. 2023	107,8	± 0,0%	
	2. Qu. 2023	108,0	+ 0,1%	
	3. Qu. 2023	107,9	- 0,1%	
<i>Eckdaten: „Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023“ (Bezug: Vorjahr)</i>	2022	108,0	+ 1,8%	
	2023	107,3	- 0,6%	
	2024	108,7	+ 1,3%	
Verbraucherpreisindex (saison- und kalenderbereinigt)	Bezug	Index	Abw.	
<i>Bezug: Vorjahre</i>	2019	99,5	+ 1,4%	
	2020	100,0	+ 0,5%	
	2021	103,1	+ 3,1%	
	2022	110,2	+ 6,9%	
	August 23	117,5	+ 6,6%	
<i>Eckdaten: „Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023“ (Bezug: Vorjahr)</i>	2022	110,2	+ 6,9%	
	2023	109,4	+ 6,1%	
	2024	112,2	+ 2,6%	
Verfügbare Einkommen	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	1.961,2 Mrd.	+ 2,1%	+ 40,5 Mrd.
	Ø 2020	1.987,0 Mrd.	+ 1,3%	+ 25,8 Mrd.
	Ø 2021	2.035,6 Mrd.	+ 2,4%	+ 48,6 Mrd.
	Ø 2022	2.164,5 Mrd.	+ 6,3%	+ 128,9 Mrd.
<i>Hochrechnung für Gesamtjahr</i>	Ø 2023	2.276,5 Mrd.	+ 5,2%	+ 112,0 Mrd.
Private Konsumausgaben	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	1.719,0 Mrd.	+ 2,9%	+ 50,9 Mrd.
	Ø 2020	1.637,7 Mrd.	- 4,7%	- 81,3 Mrd.
	Ø 2021	1.707,6 Mrd.	+ 4,3%	+ 69,9 Mrd.
	Ø 2022	1.874,7 Mrd.	+ 9,8%	+ 167,1 Mrd.
<i>Hochrechnung für Gesamtjahr</i>	Ø 2023	1.965,9 Mrd.	+ 4,9%	+ 91,3 Mrd.
Sparguthaben	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	219,8 Mrd.	- 2,2%	- 5,0 Mrd.
	Ø 2020	338,2 Mrd.	+ 53,9%	+ 118,4 Mrd.
	Ø 2021	313,0 Mrd.	- 7,5%	- 25,2 Mrd.
	Ø 2022	248,2 Mrd.	- 20,7%	- 64,8 Mrd.
<i>Hochrechnung für Gesamtjahr</i>	Ø 2023	263,9 Mrd.	+ 6,3%	+ 15,7 Mrd.
Sparquote	Bezug	Absolut	Abw.	
	Ø 2019	10,9%	- 0,5 Punkte	
	Ø 2020	16,6%	+ 5,7 Punkte	
	Ø 2021	15,0%	- 1,6 Punkte	
	Ø 2022	11,2%	- 3,8 Punkte	
<i>Hochrechnung für Gesamtjahr</i>	Ø 2023	11,3%	+ 0,2 Punkte	
<i>Höchster Wert</i>	1.Qu. 2021	22,2%	+ 10,0 Punkte	

**Bundesagentur für Arbeit:
Daten zum Arbeitsmarkt**

Arbeitslose	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	2,27 Mio.	- 3,1%	- 73.000
	Ø 2020	2,70 Mio.	+ 18,9%	+ 429.000
	Ø 2021	2,61 Mio.	- 3,0%	- 82.000
	Ø 2022	2,42 Mio.	- 7,5%	- 195.000
Januar bis September 2023	Ø 2023	2,61 Mio.	+ 7,8%	+ 188.000
Abweichung zu Ø 2023	Sep. 23	2,63 Mio.	+ 8,6%	+ 209.000
Höchster Wert (2019-2023; Abw. zu Ø 2023)	Aug. 20	2,96 Mio.	+ 13,4%	+ 349.000
Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu Sep. 2023)	-	+ 339.000		
Langzeitarbeitslose	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	0,73 Mio.	- 10,6%	- 86.000
	Ø 2020	0,82 Mio.	+ 12,3%	+ 89.000
	Ø 2021	1,03 Mio.	+ 25,8%	+ 210.000
	Ø 2022	0,92 Mio.	- 10,8%	- 111.000
Januar bis September 2023	Ø 2023	0,90 Mio.	- 1,9%	- 17.000
Abweichung zu Ø 2023	Sep. 23	0,93 Mio.	+ 3,1%	+ 28.000
Höchster Wert (2019-2023; Abw. zu Ø 2023)	Apr. 21	1,07 Mio.	+ 18,9%	+ 170.000
Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu Sep. 2023)	-	+ 172.000		
Kurzarbeiter	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	0,15 Mio.	+ 23,5%	+ 0,03 Mio.
	Ø 2020	2,94 Mio.	+ 1922,9%	+ 2,79 Mio.
	Ø 2021	1,85 Mio.	- 37,0%	- 1,09 Mio.
	Ø 2022	0,43 Mio.	- 77,0%	- 1,43 Mio.
Januar bis April 2023	Ø 2023	0,43 Mio.	+ 1,0%	+ 4.000
Abweichung zu Ø 2023	Apr. 23	0,40 Mio.	- 7,5%	- 32.000
Höchster Wert (2019-2021; Abw. zu Ø 2023)	Apr. 20	6,01 Mio.	+ 1297,1%	+ 5,58 Mio.
Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu Sep. 2023)	-	+ 252.000		
Unterbeschäftigung	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	3,17 Mio.	- 2,6%	- 86.000
	Ø 2020	3,49 Mio.	+ 10,0%	+ 316.000
	Ø 2021	3,37 Mio.	- 3,5%	- 120.000
	Ø 2022	3,19 Mio.	- 5,4%	- 183.000
Januar bis September 2023	Ø 2023	3,45 Mio.	+ 8,2%	+ 262.000
Abweichung zu Ø 2023	Sep. 23	3,44 Mio.	- 0,2%	- 7.000
Höchster Wert (2019-2023; Abw. zu Ø 2023)	Aug. 20	3,67 Mio.	+ 6,5%	+ 224.000
Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu Sep. 2023)	-	+ 276.000		
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	33,59 Mio.	+ 1,6%	+ 533.000
	Ø 2020	33,62 Mio.	+ 0,1%	+ 23.000
	Ø 2021	34,01 Mio.	+ 1,2%	+ 396.000
	Ø 2022	34,60 Mio.	+ 1,7%	+ 584.000
März 2023	Ø 2023	34,68 Mio.	+ 0,2%	+ 83.000
Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu Mrz. 2023)	-	+ 1.086.000		
„Mini-Jobs“ (geringfügig entlohnte Beschäftigung)	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	7,76 Mio.	+ 0,2%	+ 19.000
	Ø 2020	7,32 Mio.	- 5,7%	- 439.000
	Ø 2021	7,33 Mio.	+ 0,1%	+ 5.000
	Ø 2022	7,56 Mio.	+ 3,1%	+ 227.000
März 2023	Ø 2023	7,58 Mio.	+ 0,3%	+ 21.000
Effekte: Corona / Inflation / Ukraine-Krieg (Ø 2019 zu Mrz. 2023)	-	- 187.000		

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit. Eigenberechnungen. Revidierte Daten. Bruttoinlandsprodukt: Stand: 30.10.2023.

2.2 Rückblick 2019 / 2022: Die Überschuldungsbetroffenheit der Verbraucher nach Einkommen vor dem Hintergrund der Auswirkungen von Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und Energiepreiskrise

Eine Zeitreihenanalyse der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 2019 bis 2022 wirft einen anderen Blick auf die Auswirkungen und Folgen der Krisenjahre auf die Überschuldungsentwicklung sowie auf die Folgen und Reaktionsformen der betroffenen Personen. Hierzu wurden die Daten der in den Schuldnerberatungsstellen beratenen Personen nach Haushaltsnettoeinkommen aggregiert und drei Gruppen zugeordnet (Geringverdiener: Haushaltsnettoeinkommen unter 1.500 Euro; Normalverdiener: Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.500 und 2.600 Euro; Gutverdiener: Haushaltsnettoeinkommen über 2.600 Euro). Aus den Verteilungswerten und ihren Veränderungen lassen sich unterschiedliche Betroffenheitsgrade und Größenordnungen berechnen.

Folgende Ergebnisse lassen sich festhalten: Die meisten der in der Überschuldungsstatistik erfassten bzw. beratenen Personen sind als „Geringverdiener“ einzustufen. Ihr Anteil an allen beratenen Personen betrug 2022 rund 62 Prozent und damit rund fünf Prozentpunkte weniger als noch 2019. Die Anteile von „Normalverdienern“ (2022: 29 Prozent; + 3 Prozentpunkte) und „Gutverdienern“ (2022: 9 Prozent; + 2 Prozentpunkte) nahmen zwischen 2019 und 2022 hingegen zu. Die nach Haushaltsnettoeinkommen größte Gruppe der in der Überschuldungsstatistik erfassten bzw. beratenen Personen sind die „Geringverdiener“, die mit einer mittleren Schuldenhöhe von 28.600 Euro das niedrigste mittlere Schuldenvolumen aufweisen. Allerdings hat die Schuldenhöhe dieser Personengruppe zwischen 2019 und 2022 um rund 1.900 Euro zugenommen (+ 7 Prozent). Bei den „Normalverdienern“ (mittlere Schuldenhöhe 2022: 39.500 Euro; Veränderung zu 2019: - 800 Euro; - 2 Prozent) und bei den „Gutverdienern“ (mittlere Schuldenhöhe 2022: 69.600 Euro; Veränderung zu 2019: - 7.700 Euro; - 10 Prozent) zeigten sich zwischen 2019 und 2022 hingegen zum Teil deutliche Rückgänge der mittleren Schuldenhöhe.

Auswirkungen und Folgen der Krisenjahre auf die Überschuldungsentwicklung nach Einkommen

Anzahl überschuldeter Geringverdiener ist zwischen 2019 und 2022 gesunken

Tab. 12.: Synopse / Projektion: Verteilung, hochgerechnete Anzahl und Schuldenvolumen in Euro von Überschuldeten nach Haushaltsnettoeinkommen 2019 bis 2022 (Statistisches Bundesamt)

Projektion: Verteilung Überschuldeter nach Haushaltsnettoeinkommen								
Jahr	Geringverdiener		Normalverdiener		Gutverdiener		Gesamt	
	Anteil	Abw.	Anteil	Abw.	Anteil	Abw.		
2019	67,5%	(-0,3)	26,1%	(+0,2)	6,4%	(+0,2)		100%
2020	65,9%	-1,6	27,0%	+0,9	7,1%	+0,7		100%
2021	64,6%	-1,3	27,6%	+0,6	7,8%	+0,7		100%
2022	62,3%	-2,3	29,0%	+1,4	8,7%	+0,9		100%
2019/22	-5,2 Punkte		+2,9 Punkte		+2,3 Punkte			100%

Projektion: Anzahl Überschuldeter nach Haushaltsnettoeinkommen								
Jahr	Geringverdiener		Normalverdiener		Gutverdiener		Gesamt	
	Anzahl	Abw.	Anzahl	Abw.	Anzahl	Abw.	Anzahl	Abw.
2019	4.673.000	(-27.000)	1.807.000	(+11.000)	443.000	(+13.000)	6.923.000	(-3.000)
2020	4.516.000	-157.000	1.850.000	+43.000	487.000	+44.000	6.853.000	-70.000
2021	3.978.000	-538.000	1.700.000	-150.000	480.000	-7.000	6.158.000	-695.000
2022	3.666.000	-312.000	1.706.000	+6.000	512.000	+32.000	5.884.000	-274.000
2019/22	-1.007.000		-101.000		+69.000		-1.039.000	

Projektion: Schuldenvolumen Überschuldeter nach Haushaltsnettoeinkommen								
Jahr	Geringverdiener		Normalverdiener		Gutverdiener		Gesamt	
	Volumen	Abw.	Volumen	Abw.	Volumen	Abw.	Volumen	Abw.
2019	132,6 Mrd. €	(-3,8 Mrd. €)	50,6 Mrd. €	(-1,4 Mrd. €)	12,1 Mrd. €	(-0,3 Mrd. €)	195,3 Mrd. €	(-5,6 Mrd. €)
2020	135,2 Mrd. €	+2,7 Mrd. €	52,3 Mrd. €	+1,6 Mrd. €	12,8 Mrd. €	+0,7 Mrd. €	200,3 Mrd. €	+5,0 Mrd. €
2021	126,2 Mrd. €	-9,1 Mrd. €	51,7 Mrd. €	-0,6 Mrd. €	13,6 Mrd. €	+0,8 Mrd. €	191,4 Mrd. €	-8,9 Mrd. €
2022	117,6 Mrd. €	-8,5 Mrd. €	50,2 Mrd. €	-1,4 Mrd. €	14,2 Mrd. €	+0,6 Mrd. €	182,1 Mrd. €	-9,4 Mrd. €
2019/22	-15,0 Mrd. €		-0,4 Mrd. €		+2,1 Mrd. €		-13,3 Mrd. €	

Quelle: Statistisches Bundesamt, Suchbereich Überschuldungsstatistik (www-genesis.destatis.de), 2015 bis 2022 bzw. Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2009 bis 2022. Rundungsdifferenzen möglich.

Mehr Normal- und Gutverdiener sind in eine Überschuldungspirale geraten

Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass einkommensschwächere Personengruppen stärker von Überschuldung betroffen sind als Personen mit höherem Haushaltsnettoeinkommen. Ihr Anteil hat sich in den Krisenjahren seit 2019 merklich verringert (- 5 Prozentpunkte), während mehr Normal- und Gutverdiener (summarisch + 5 Prozentpunkte) in eine Überschuldungspirale geraten sind und eine Schuldnerberatung in Anspruch genommen haben. Zugleich haben sich die mittleren Schuldenvolumen der Geringverdiener (Mittelwert: 28.600 Euro; + 7 Prozent; + 1.900 Euro) erhöht, während die Vergleichswerte der Normal- (39.500 Euro; - 2 Prozent; - 800 Euro) und Gutverdiener (69.600 Euro; - 10 Prozent; - 7.700 Euro) zurückgegangen sind. Dies zeigt, dass sich viele überschuldete Geringverdiener nicht aus der Überschuldungspirale befreien konnten, son-

dern, im Gegenteil, noch größere Schuldensummen angehäuft haben. Sie wurden womöglich von den staatlichen Hilfs- und Unterstützungsprogrammen nicht erreicht oder die zur Verfügung gestellten Hilfen reichten nicht aus, eine weitere Überschuldungsverfäufung zu vermeiden. Vereinfacht formuliert: Vielen, wahrscheinlich weniger stark überschuldeten, einkommensschwachen Personen gelang in den Krisen Jahren 2019 bis 2022, sich aus der Überschuldung zu verabschieden. Allerdings rutschten andere Geringverdiener, die bereits überschuldet waren, tiefer in die Überschuldungsspirale.

**Überschuldete
Geringverdiener wurden
von den staatlichen
Hilfs- und Unterstützungsprogrammen
weniger gut erreicht**

Um die Veränderungsprozesse für die betroffenen Personen quantifizieren zu können, kann man die Anteile der in der Überschuldungsstatistik erfassten, respektive beratenen, Personen und die anteilige Höhe der entsprechenden mittleren Schuldenhöhe auf die Gesamtzahl der überschuldeten Personen für die Jahre 2019 bis 2022 projizieren. Es zeigen sich folgende Größenordnungen: Demnach hat die Zahl überschuldeter Geringverdiener im untersuchten Zeitraum um rund eine Million Personen abgenommen. Bei den Normalverdienern geht die Zahl überschuldeter Personen um rund 100.000 Fälle zurück, während sie bei den Gutverdienern zwischen 2019 und 2022 um rund 70.000 Überschuldungsfälle angestiegen ist.

**Rund eine Million
überschuldeter
Geringverdiener hat die
Überschuldungsspirale
verlassen können**

Berücksichtigt man zudem noch das mittlere Schuldenvolumen, gehen die Verbindlichkeiten der Geringverdiener überschlägigen Berechnungen zur Folge summarisch um rund 15 Milliarden Euro zurück und bei den Normalverdienern um etwa 400 Millionen Euro. Nur die Gutverdiener zeigen einen Anstieg des Gesamtvolumens um rund 2,1 Milliarden Euro. Alle drei Einkommensgruppen hatten im Jahr 2020 Anstiege der Schuldenvolumen zu verzeichnen, bei den Gutverdienern sogar durchgehend bis Ende 2022. Bei den Gering- und bei den Normalverdienern zeigten sich jedoch ab 2021 Rückgänge der Schulden summen, die bei den Geringverdienern deutlicher als bei den Normalverdienern ausfielen.

**Verbindlichkeiten der
Geringverdiener gehen
rund 15 Milliarden Euro
zurück**

Die Ergebnisse sind auf den ersten Blick widersprüchlich, zeigen aber einerseits, dass es offensichtlich vielen, auch einkommensschwachen Haushalten gelungen ist, sich während der Krisenjahre zu entschulden. Andere haben sich noch weiter in ihrer Überschuldungslage „verstrickt“, möglicherweise da die Hilfsangebote nicht bei den Adressaten angekommen sind oder diese nicht verstanden

Verbindlichkeiten von Geringverdienern gehen um rund 15 Milliarden Euro zurück

Einkommensstärkeren Haushalten gelingt es besser, ihr Schuldenvolumen während der Krisenjahre zu senken

Positiventwicklung ohne eine aktive Mitwirkung der von Überschuldung betroffenen Personen nicht möglich

und darum nicht in Anspruch genommen worden sind. Hierbei spielen sicherlich die Komplexität vieler Hilfsangebote und die zur Wahrnehmung notwendigen Verfahrensschritte eine Rolle. Bei vielen Personen dieser Personengruppe ist die individuelle Schuldensumme jedenfalls zwischen 2019 und 2022 nicht gesunken, sondern gestiegen. Diesen Trend zeigen auch die Daten der microm ÜberschuldungsTypologie, in der der (eher einkommensschwache) Typ des „Dauerüberschuldeten“ (seit 2021) den größten Anstieg an Überschuldungsfällen aufweist. Hingegen scheinen in Summe mehr einkommensstärkere Haushalte in die Überschuldung geraten zu sein, wofür auch der Anstieg der „Überschuldungsvermeider“ sprechen kann. Allerdings ist es überschuldeten einkommensstärkeren Haushalten besser gelungen, ihr (individuelles) Schuldenvolumen während der Krisenjahre zu senken. Dies auch, da sie ganz generell über eine bessere finanzielle Mittelausstattung verfügen und zugleich stärker in der Lage waren, staatliche Hilfs- und Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen und zur Entschuldung zu nutzen.

Ganz generell bleibt anzumerken, dass die in einer Gesamtsicht überaus positive Überschuldungsentwicklung der letzten drei Jahre ohne eine aktive Mitwirkung der von Überschuldung betroffenen Haushalte und Personen trotz aller finanzieller Unterstützungsmaßnahmen des Staates kaum möglich gewesen wäre. Viele Verbraucher übten Ausgabenvorsicht und zeigten Konsumzurückhaltung, zum Teil auch Konsumverzicht. Die so genannten „Corona-Ersparnisse“, die beispielsweise auch durch das Fehlen von Konsummöglichkeiten und nichtdurchführbaren Urlauben während der Lockdowns 2020 / 2021 entstanden sind, wurden nicht nur zum Sparen, sondern auch zur Entschuldung bestehender Verbindlichkeiten genutzt. Zudem wurde der „Post-Corona-Boom“ auch durch private Konsumausgaben („Entsparen der Überschussersparnis“) unterfüttert. Das BIP stieg bereits 2021 (+ 3,1 Prozent) und 2022 (+ 1,9 Prozent), nachdem es 2020 krisenbedingt um 4,2 Prozent zurückgegangen war. Das Fehlen dieser Rücklagen und die möglicherweise sinkende Bereitschaft, weiterhin Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung zu praktizieren, zeigt sich derzeit in der beschriebenen „verdeckten Trendumkehr“.

3 microm ÜberschuldungsTypologie: Aktuelle Detailanalysen

Das Analysemodell untersucht seit 2021 die unterschiedlichen Ausprägungen, Formen und Betroffenheitsgrade von Überschuldung

Die „microm ÜberschuldungsTypologie“ wurde 2021 vom Creditreform Tochterunternehmen microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH entwickelt und mit Hilfe vertiefender Analysen der Datenbanken des Verbandes der Vereine Creditreform umgesetzt. Die Typologie verdichtet die unterschiedlichen Formen, Intensitäten, Ausprägungen und Betroffenheitsgrade der Überschuldung von Verbrauchern in acht unterschiedliche Typen. Die Typen fassen jeweils überschuldete Menschen mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Informationen zur Überschuldungsintensität (wie beispielsweise nach juristischer Dimension oder nachhaltigen Zahlungsstörungen, Anzahl an Gläubigern, Dauer der Einträge oder Schuldenhöhe) und zugleich nach der Ursachendimension zusammen. Die Typologie kann qualitative Informationen zur Überschuldungslage deutscher Verbraucher präziser und umfassender als bislang bereitstellen.³³

Tab. 13.: Schritte der Überschuldungsanalyse



Kapitel 3 stellt die aktuellen Mengenveränderungen der acht unterschiedlichen Überschuldungstypen vor und zeigt auf, welche Überschuldungstypen sowohl in den letzten 12 Monaten als auch in den letzten drei Jahren (2021 bis 2023) Anstiege oder Rückgänge von Überschuldungsfällen aufweisen. Hierdurch können Rückschlüsse auf die aktuelle Überschuldungslage sowie auf die künftige Überschuldungsentwicklung gezogen werden.

3.1 Status: Die Überschuldungsbetroffenheit der acht Überschuldungstypen – aktuell und im Dreijahresvergleich

Die aktuellen Analysen der microm Überschuldungstypologie zeigen, dass auch 2023 zwei von acht Typen markante Anstiege von Überschuldungsquoten und Überschuldungsfällen aufweisen. Sie sind offensichtlich stärker als die anderen sechs Typen von den Krisen der letzten Jahre und insbesondere von den steigenden Lebenshaltungs- und Energiepreiskosten des letzten Jahres betroffen. Sie zeigen gegen den Trend einen Anstieg der Überschuldungsfälle gegenüber dem Vorjahr. Dies sind wie im Vorjahr Personen, die den „Dauerüberschuldeten“ (+ 3 Prozent; + 27.000 Fälle) zugeordnet werden können, und in diesem Jahr stärker als im Vorjahr die „Überschuldungsvermeider“. Ihre Zahl steigt um 29.000 Fälle und um rund fünf Prozent an.

Dauerüberschuldete und Überschuldungsvermeider zeigen auch 2023 gegen den Trend Anstiege von Überschuldungsfällen und -quote

Tab. 14.: microm Überschuldungstypologie 2021 / 2023: Aggregation

Nachhaltige Überschuldung		2021		2022		2023		Abweichung 2021 / 23		
Schwerpunkt: Absolute Überschuldung		Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Punkte	Fälle	%
1	Der Notfallüberschuldete	20,9%	1,29 Mio.	21,2%	1,25 Mio.	21,1%	1,19 Mio.	+ 0,17	- 96.000	- 7,5%
6	Der Überschuldungsausblender	15,0%	0,92 Mio.	14,7%	0,86 Mio.	14,8%	0,83 Mio.	- 0,20	- 87.000	- 9,5%
8	Der Dauerüberschuldete	12,9%	0,79 Mio.	14,2%	0,83 Mio.	15,2%	0,86 Mio.	+ 2,35	+ 68.000	+ 8,5%
Summe		48,7%	3,00 Mio.	50,0%	2,94 Mio.	51,0%	2,88 Mio.	+ 2,32	- 116.000	- 3,9%
Temporäre Überschuldung		2021		2022		2023		Abweichung 2021 / 23		
Schwerpunkt: Relative Überschuldung		Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Punkte	Fälle	%
3	Der Konsum-Überschuldete	11,9%	0,73 Mio.	12,0%	0,71 Mio.	12,0%	0,68 Mio.	+ 0,15	- 52.000	- 7,1%
4	Der Lifestyle-Überschuldete	11,6%	0,72 Mio.	11,0%	0,65 Mio.	10,1%	0,57 Mio.	- 1,50	- 144.000	- 20,1%
Summe		23,5%	1,45 Mio.	23,0%	1,35 Mio.	22,1%	1,25 Mio.	- 1,35	- 195.000	- 13,5%
Periodische Überschuldung		2021		2022		2023		Abweichung 2021 / 23		
Schwerpunkt: Absolute / relative Überschuldung		Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Punkte	Fälle	%
2	Der Überschuldungspragmatiker	11,4%	0,70 Mio.	11,0%	0,65 Mio.	11,0%	0,62 Mio.	- 0,39	- 80.000	- 11,4%
5	Der Überschuldungsnaive	7,0%	0,43 Mio.	6,0%	0,35 Mio.	4,9%	0,28 Mio.	- 2,03	- 150.000	- 35,0%
7	Der Überschuldungsvermeider	9,5%	0,58 Mio.	10,0%	0,59 Mio.	10,9%	0,62 Mio.	+ 1,45	+ 34.000	+ 5,8%
Summe		27,8%	1,71 Mio.	27,0%	1,59 Mio.	26,9%	1,52 Mio.	- 0,97	- 196.000	- 11,4%
Gesamt		100,0%	6,16 Mio.	100,0%	5,88 Mio.	100,0%	5,65 Mio.	0,00	- 507.000	- 8,2%

Die Dauerüberschuldeten sind überwiegend in den unteren sozialen Schichten zu finden und durch geringe Haushaltsnettoeinkommen gekennzeichnet. Sie waren offensichtlich nicht in der Lage, die durch steigende Energie- und Lebensmittelpreise entstandenen Zusatzkosten ohne neue Zahlungsprobleme zu tragen. Der Dauerüberschuldete findet sich überwiegend in den unteren sozialen

Dauerüberschuldete mit niedrigem Status und geringer Kaufkraft

Dauerüberschuldete hatten 2022 die höchste Ausfallwahrscheinlichkeiten bei der „Versorgungsleistung Strom, Wasser, Gas und Wärme“

Schichten, der zum Teil generationsübergreifend in sozialen Sicherungssystemen verbracht hat. Status und Kaufkraft dieses Typs sind die niedrigsten Werte aller acht Typen. Schulden und Überschuldung gehören zum Leben und werden oft gleichsam vererbt, da ein sozialer Aufstieg meist nicht gelingen will. Geringes Einkommen, mangelnde Bildung und fehlende Finanzkompetenz gehen dabei oft Hand in Hand. Die Überschuldungsbetroffenheit dieses Typs ist daher sehr hoch und dauerhaft. Er weist die meisten verschiedenen Forderungsgründe auf. Dauerüberschuldete wiesen zudem in den letztjährigen Berechnungen die mit Abstand höchsten Ausfallwahrscheinlichkeiten bei der „Versorgungsleistung Strom, Wasser, Gas und Wärme“, also durch die Folgewirkungen der Energiepreiskrise, auf (s. hierzu SchuldnerAtlas Deutschland 2022, S. 46).

Überschuldungsvermeider sind ebenfalls stark betroffen von steigenden Kosten für Haushaltsenergie

In ähnlichem Maße wurde die finanzielle Belastbarkeit der finanziell besser gestellten Gruppe der Überschuldungsvermeider überschritten. Zwar will dieser Typ „situativ und ausnahmsweise“ aufgenommene Schulden in der Regel möglichst schnell zurückzahlen, aber auch ihm gelingt dies nur begrenzt, da die finanziellen Belastungen trotz staatlicher Finanzhilfen zu groß geworden sind. Der Überschuldungsvermeider rekrutiert sich oft aus den mittleren bis gehobenen (konservativen) sozialen Schichten. Status und Kaufkraft dieses Typs sind in Summe überdurchschnittlich. Er ist der älteste Typ der Typologie und lehnt einerseits Schulden und Überschuldung meist aus grundsätzlichen Überlegungen und tradierten Wertorientierungen ab. Andererseits hat er aber situativ bestimmte Anschaffungen getätigt oder tätigen müssen und damit – ausnahmsweise und vorübergehend – die eigenen finanziellen Möglichkeiten über Maßen in Anspruch genommen. Hierunter fallen auch unvorhergesehene Ausgaben, die in Folge der Energiepreiskrise für Haushaltsenergie, also für Strom, Gas und Öl, angefallen sind. Alleine die Preise für leichtes Heizöl haben sich zwischen 2020 und 2023 mehr als verdoppelt (+ 125 Prozent).³⁴ Folglich ist das Bestreben der Überschuldungsvermeider groß, die finanzielle Misere so schnell wie möglich zu beenden. Er weist unterdurchschnittlich viele verschiedene Forderungsgründe auf. Gleiches gilt für die Höhe des Schuldenvolumens. Die Dauer der Zahlungsprobleme ist eher kurz.

Allerdings ist der Trend bei allen anderen Überschuldungstypen rückläufig. Die stärksten Rückgänge zeigen die eher gutsituierten „Lifestyle-Überschuldeten“ (- 12 Prozent; - 76.000 Fälle), die eher

temporär überschuldet sind. Die Überschuldungsbetroffenheit dieses Typs ist wegen guter finanzieller Ausstattung begrenzt und kann oft schnell auch wieder beendet werden. Der „Lifestyle-Überschuldete“ ist Prototyp eines multioptionalen „Konsum-Pioniers“ und fast ausschließlich in den höchsten sozioökonomischen Statusgruppen zu finden. Eigentlich kennt dieser Typ keine finanziellen Sorgen, aber Schulden machen gehört zum Dasein und erhöht nochmals die Lebensqualität, da man sich außergewöhnliche Dinge kurzfristig leisten kann. Trotz guter sozialer Lage und oft auch hoher Bildung gehört offensichtlich auch die Grenzüberschreitung in finanziellen Dingen zum guten Ton dieses Typs. Der Lifestyle-Überschuldete weist überdurchschnittlich viele verschiedene Forderungsgründe bei einer überdurchschnittlich hohen Anzahl an Gläubigern auf.

Alle anderen Überschuldungstypen zeigen Rückgänge der Überschuldungsfälle

Den im Jahresverlauf und wie im Vorjahr zweitstärksten Rückgang an Überschuldungsfällen zeigt die eher kleine Gruppe der „Überschuldungsnaiven“ (- 7 Prozent; - 74.000 Fälle). Eher geringer sozialer Status geht bei dieser Gruppe generell mit einer stark ausgeprägten Ausgabenvorsicht und Zurückhaltung in finanziellen Dingen einher, die mit einer insgesamt geringen Anschaffungsbereitschaft korrespondiert. Gutgläubigkeit, geringe Bildung und fehlende Finanzkompetenz gehen bei diesem Typ Hand in Hand. Überschuldung entwickelt sich bei diesem Typ oft „aus Versehen“, gepaart mit Unwissenheit oder auch Vergesslichkeit. Die Überschuldungsbetroffenheit dieses Typs ist auf Grund geringen Einkommens vergleichsweise hoch und weist unterdurchschnittlich viele verschiedene Forderungsgründe auf. Die Dauer der Zahlungsprobleme ist eher kurz.

Überschuldungsnaive zeigen generell eine stark ausgeprägte Ausgabenvorsicht und Zurückhaltung in finanziellen Dingen

Die geringsten (prozentualen und absoluten) Rückgänge an Überschuldungsfällen zeigen in diesem Jahr der Überschuldungspragmatiker, der Konsum-Überschuldete und der Überschuldungsausblender. Der „Überschuldungspragmatiker“ (- 27.000 Fälle; - 4,1 Prozent) als eher junger Überschuldungstyp ist überwiegend den mittleren, aber auch oberen sozialen Schichten zuzuordnen. Er verfügt in der Regel über eine überdurchschnittliche Kaufkraft, hat aber zwischenzeitlich eine finanzielle Überlastung „riskiert“ und ist in eine vorübergehende Überschuldung geraten. Schulden werden von diesem Typ als Mittel zum Zweck angesehen, die zur vorübergehenden Finanzierung notwendiger und als sinnvoll angesehener Konsum- und Lebenswünsche eingesetzt werden. Ziel ist die Sicherung von Lebensqualität bei gleichzeitig mittlerem finanziellem Risiko.

Überschuldungspragmatiker „riskiert“ eine vorübergehende Überschuldung

**Konsum-Überschuldete
zeigen zunächst
nachhaltige
Zahlungsstörungen**

Die Überschuldungsbetroffenheit dieses Typs ist unterdurchschnittlich, die Dauer der Zahlungsprobleme meist kurz, oft periodisch. Die Höhe der Zahlungsforderungen ist vergleichsweise gering.

Überschuldung durch Konsum liegt zwar in fast allen sozioökonomischen Statusgruppen vor, dabei ist der „Konsum-Überschuldete“ (- 28.000 Fälle; - 4,0 Prozent) aber überwiegend in den unteren Einkommensgruppen zu finden und weist nur eine geringe Kaufkraft auf. Dieser Typ ist ebenfalls eher jung und zeigt oft eine starke Konsum- und Marken-Fixierung. Konsum und oft auch kreditbasierte Anschaffungen sind Teil seiner Lebensphilosophie und der gelebten Alltagskultur. Analoges und digitales Shopping sind trotz eher begrenztem Finanzbudget Ausdruck seiner Konsumkultur. Das Motto lautet: „Consumo ergo sum! – Ich konsumiere, also bin ich!“ Hierbei spielt auch der Aspekt des Status-Konsums eine große Rolle. Die Höhe der Zahlungsforderungen ist vergleichsweise gering. Die Rückzahlung der Schulden erfolgt ebenfalls meist eher schnell.

**Überschuldungs-
ausblender mit hoher
Überschuldungs-
betroffenheit**

Der „Überschuldungsausblender“ (- 29.000 Fälle; - 3,4 Prozent) charakterisiert eine Querschnittstypen und einen in Umfang und Dauer fortgeschrittenen Typen einer überschuldeten Person. Sie bilden nach den Notfallüberschuldeten (Anteil 2023: 21,1 Prozent) und den Dauerüberschuldeten (15,2 Prozent) die drittgrößte Gruppe in der Typologie (14,8 Prozent). Dieser tendenziell etwas ältere Typ stammt aus den unteren sozialen Schichten und gerät oft aus einer Mischung aus finanzieller Not und zugleich fahrlässiger Selbstüberschätzung in eine Überschuldungsspirale. Hierbei soll hohe finanzielle Risikobereitschaft eigene finanzielle Vorteile erzielen. Das Problem selbst verstärkend werden die Problematik der eigenen finanziellen Lage wie auch ganz konkret die Rechnungen und Mahnungen über längere Zeiträume ausgeblendet resp. nicht als real wahrgenommen. Die Überschuldungsbetroffenheit dieses Typs ist daher stark bis sehr stark und dauerhaft. Er weist durchschnittlich viele verschiedene Forderungsgründe auf. Die Rückzahlung der Schulden erfolgt schleppend.

Im Mehrjahresvergleich 2021 / 2023 verlieren diejenigen Überschuldungstypen am wenigsten, die der Gruppe der nachhaltig überschuldeten Personen zugeordnet werden können (- 4 Prozent; - 116.000 Fälle). Notfallüberschuldete, Überschuldungsausblender

und Dauerüberschuldete sind auch dank ähnlicher Ausgangsvoraussetzungen (insbesondere eher geringer sozioökonomischer Status) in der Regel dauerhaft oder längerfristig überschuldet. Hierzu tragen im Wesentlichen objektive Notlagen (wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit), aber auch dauerhaftes Niedrigeinkommen sowie soziale und Bildungsimmobilität bei. Die staatlichen Hilfs- und Unterstützungsprogramme in der Corona-Krise haben daran nur wenig geändert. Der Anteil dieser Gruppe am gesamten Überschuldungsgeschehen nimmt zwischen 2021 / 2023 sogar wieder etwas zu, obwohl die Anzahl der Überschuldungsfälle zurückgeht (Anteil 2023: 51 Prozent; + 2,3 Punkte; - 116.000 Fälle). Die beiden anderen Gruppen zeigen eine höhere Abnahme der Überschuldungsfälle, die zusammengefasst als eher temporär bzw. periodisch überschuldet eingestuft werden können. Beide Gruppen konnten ihre Überschuldungsbetroffenheit in den letzten 12 Monaten nochmals deutlich verringern, begleitet und verstärkt durch staatliche Hilfsmaßnahmen und Ausgabenvorsicht. Die Anzahl von Überschuldungspragmatikern, Überschuldungsnaiven und Überschuldungsvermeidern (periodische Überschuldung) nimmt anteilig weniger stark ab (Anteil 2023: 27 Prozent; - 1,0 Punkte; - 196.000 Fälle) als die Zahl der Konsum- und Lifestyle-Überschuldeten (Anteil 2023: 22 Prozent; - 1,4 Punkte; - 195.000 Fälle), also der eher temporär überschuldeten Personen.

Rückgang der Überschuldungsbetroffenheit durch staatliche Hilfsmaßnahmen und Ausgabenvorsicht begleitet und verstärkt

4 Blick in die Zukunft: Die Überschuldungs- ampel bleibt 2023 „hellgrün“, aber „ver- deckte Trendumkehr“ mit trüben Perspekti- ven für die Überschul- dungsentwicklung

**2023 steht die
Überschuldungsampel
weiterhin auf „hellgrün“**

Die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland hat in diesem Jahr nochmals um rund 233.000 Fälle abgenommen, da die Zahl „harter“ Überschuldungsfälle erneut deutlich gesunken ist. Die Zahl „weicher“ Negativmerkmale ist erstmals seit 2020 wieder angestiegen. Bei der Bewertung des Gesamttrends ist allerdings zu berücksichtigen, dass aus datenschutzrechtlichen Erwägungen rund 250.000 Überschuldungsfälle aus den Datenbanken gelöscht wurden. Die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sieht vor, dass abgeschlossene Verfahren nach einer Restschuldbefreiung nicht mehr wie bisher drei Jahre, sondern nur noch sechs Monate gespeichert werden sollen. Auch wenn eine endgültige Rechtsprechung noch aussteht, werden künftig auch die Informationen zu einer Restschuldbefreiung automatisch nach sechs Monaten gelöscht. Davon unbenommen bleibt die Frage, ob sich die Überschuldungslage der betroffenen Personen wirklich derart verbessert hat, dass eine erneute Teilnahme am Wirtschaftsleben dauerhaft möglich ist.

**Ambivalenter
Gesamttrend**

In einer Gesamtsicht ist die aktuelle Entwicklung auf den ersten Blick erfreulich, die Überschuldungsampel steht weiterhin auf „hellgrün“. Berücksichtigt man aber den Anstieg der weichen Überschuldungsfälle, der in 227 von 400 Kreisen und kreisfreien Städten messbar ist, und zugleich den Wegfall der Überschuldungsfälle, die bislang in der Überschuldungsstatistik geblieben wären, zeigt sich die beschriebene „verdeckte Trendumkehr“. Demnach wäre die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland in diesem Jahr erstmalig seit 2019 wieder um fast 17.000 Fälle angestiegen. Die Überschuldungsquote läge mit 8,51 Prozent leicht über der des Vorjahres. Die Entwicklung der Überschuldungszahlen zeigte sich im Jahresverlauf zunächst noch kontinuierlich abnehmend, zum Ende des üblichen Analysezeitraums aber merklich zunehmend – alleine im September 2023 mit einem Plus von rund 57.000 Fällen.

**Teilwerte zeigen
Umkehrung von zuletzt
stabilen Grundtrends**

Aber auch Teilwerte zeigen eine Umkehrung der zuletzt stabilen Grundtrends: So sinken die Überschuldungsquoten und -fälle bei Männern und Frauen zwar gleichzeitig, allerdings steigt bei den Frauen die Anzahl weicher Überschuldungsfälle. Letzteres gilt auch für die jüngeren Altersgruppen (bis 49 Jahre). Zudem weist die jüngste Personengruppe (bis 29 Jahre) gegen den Trend einen, wenn auch geringen, Anstieg von Überschuldungsfällen und Gesamtquote auf – und dies erstmals seit 2013. Auch in diesen Zahlen zeigt sich, dass der Trendwechsel sich auch durch das Nachlassen

von Ausgabenvorsicht und Konsumzurückhaltung erklären lässt. Anders formuliert: Nachholkonsum bei gleichzeitig eingeschränkten finanziellen Mitteln führt offensichtlich zu Zahlungsstörungen. Dies zeigte auch die stark steigende Nachfrage nach Ratenkrediten und „Buy now, pay later“-Angeboten (BNPL), die besonders auf jüngere Menschen und Frauen zielten. Letzteres bestätigt auch die Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes: „Online-Shopping kann zu nachhaltigen Zahlungsstörungen führen.“

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die überaus positive Überschuldungsentwicklung der letzten drei Jahre ohne eine aktive Mitwirkung der von Überschuldung betroffenen Personen, trotz aller finanzieller Unterstützungsmaßnahmen des Staates, kaum möglich gewesen wäre. Viele Verbraucher übten Ausgabenvorsicht und zeigten Konsumzurückhaltung, zum Teil auch Konsumverzicht. Allerdings kann trotz einzelner Positivsignale angesichts der „verdeckten Trendumkehr“ und anderer überschuldungsrelevanter Indikatoren, wie der seit geraumer Zeit rezessiven Konjunktur mit negativen Auswirkungen auf Beschäftigung, Einkommen, Lebenshaltungskosten, Wohn-, Miet- und Immobilienpreise, davon ausgegangen werden, dass die Überschuldungsgefährdung für viele Verbraucher in den nächsten Monaten deutlich zunehmen wird. Vereinfacht formuliert: In Summe haben derzeit die „Überschuldungstreiber“ ein größeres Gewicht als die „Überschuldungsdämpfer“.

So gilt es weiterhin, Überschuldung am besten von vorneherein zu vermeiden (Prävention) und Beratungssuchenden möglichst frühzeitig adäquate Hilfsangebote (Beratung) an die Hand zu geben. Folgende Querschnittsaufgaben sollten im Vordergrund stehen: ein weiterer Aufbau der Vollzeitbeschäftigung, der Ausbau eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes mit entsprechender Mietpreisgestaltung, höhere und gezielte Bildungsinvestitionen zur Förderung von Finanzkompetenz der gesamten Bevölkerung, Stärkung und Ausbau der Insolvenz- und Schuldnerberatung (einschließlich sozialmedizinischer Beratungs- und Informationsangebote zur Gesundheitskompetenz), beispielsweise durch „Familienpaten“ bei besonders stark und dauerhaft überschuldeten Familien, stärkere politische Sensibilisierung für die Belange überschuldeter Personen, die Förderung einer verantwortungsbewussten Kreditvergabe und eine qualifizierte Informationsoffensive zur Überschuldungsproblematik sowie eine stärkere Einbindung der Überschuldungsforschung in die Armuts- und Bildungsdebatte.

Perspektiven: Verdeckte Trendumkehr als Signal für weitere Zunahme der Überschuldungsgefährdung

Allgemeine Maßnahmen und Handlungsanregungen

5 Ergebnisse kompakt

Die Überschuldungsentwicklung in Deutschland bleibt auch 2023 positiv. Die Zahl überschuldeter Privatpersonen ist zum fünften Mal in Folge zurückgegangen und erreicht den niedrigsten Wert seit Beginn der Auswertungen im Jahr 2004. Die Überschuldungsquote sinkt erneut um einen Drittel Prozentpunkt (- 0,33 Punkte). Für die gesamte Bundesrepublik wird zum Stichtag 1. Oktober 2023 eine Überschuldungsquote von 8,15 Prozent gemessen. 2023 sind trotz erneutem Rückgang weiterhin fast 5,7 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 233.000 Personen weniger als noch im letzten Jahr (- 4,0 Prozent). Die Überschuldungsquote für Deutschland bleibt zum dritten Mal in Folge deutlich unter der Neun-Prozent-Marke, die Zahl der Fälle deutlich unter der Sechs-Millionen-Grenze.

Die Zahl der Fälle mit harten Negativmerkmalen (- 236.000 Fälle; - 7,0 Prozent; Vorjahr: - 220.000 Fälle; - 6,1 Prozent) nimmt stärker ab als im letzten Jahr. Zugleich nimmt die Zahl der Fälle mit weichen Negativmerkmalen erstmals seit 2020 wieder zu (+ 3.000 Fälle; + 0,1 Prozent; Vorjahr: - 54.000 Fälle; - 2,1 Prozent). 2021 hatte der Rückgang noch rund 470.000 Fälle betragen (- 15,5 Prozent). Zwischen 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr, und 2023 ist die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland um 1,27 Millionen Fälle gesunken (- 18 Prozent). Davon weisen rund 869.000 Fälle harte Negativmerkmale (- 22 Prozent) und 403.000 Fälle weiche Negativmerkmale auf (- 14 Prozent). Bei der Bewertung der aktuellen Werte muss darauf hingewiesen werden, dass im Frühjahr 2023 in den Creditreform Datenbanken die Speicherdauer für die Einträge zu abgeschlossenen Privatinsolvenzen von drei Jahren auf sechs Monate verkürzt worden ist. In einer Gesamtbetrachtung wären somit im Vergleich zum Vorjahr rund 250.000 Überschuldungsfälle mehr zu berücksichtigen. Demnach wäre die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland in diesem Jahr erstmalig wieder seit 2019 um fast 17.000 Fälle angestiegen. Die Überschuldungsquote läge mit 8,51 Prozent leicht über der des Vorjahres. Zusammenfassend kann von einer „noch verdeckten Trendumkehr“ gesprochen werden. Alleine zum Ende des üblichen Analysezeitraums stieg die Zahl neuer Überschuldungsfälle merklich an (September: + 57.000 Fälle).

Im Anstieg der weichen Überschuldungsmerkmale (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) zeigt sich, dass eine nachhaltige Trendumkehr in der Überschuldungsentwicklung ansteht. Zum ei-

nen wird das bewirkt durch die negativen Rückwirkungen der geopolitischen Krisen, von Inflation und Energiepreiskrise, die die finanzielle Lage der Verbraucher beeinträchtigen. Zum anderen erreichte auch die Nachfrage nach Ratenkrediten und „Buy now, pay later“-Angeboten (BNPL) in den letzten Monaten neue Höchstwerte. Diese richten sich vor allem an jüngere, internetaffine und konsumoffene Zielgruppen.

Die Überschuldungsentwicklung zeigt sich 2023 nochmals in allen ost- und westdeutschen Bundesländern positiv, auch wenn der Positivtrend erneut nicht die Stärke beider Vorjahre erreicht. 2023 verzeichnen 394 Kreise und kreisfreie Städte in Deutschland in diesem Jahr einen Rückgang der Überschuldungsquote (2022: 397). Allerdings ist in diesem Jahr in mehr als der Hälfte aller Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland (226; 57 Prozent) die weiche Überschuldungsquote (in Form von nachhaltigen Zahlungsstörungen) angestiegen. Zudem liegt dieser Anstiegswert deutlich über dem langjährigen Mittelwert (2006 / 2023: 46 Prozent).

Die Zahl der Überschuldungsfälle ist 2023 in Ostdeutschland anteilig stärker zurückgegangen als in Westdeutschland – in den westdeutschen Bundesländern zum fünften, in Ostdeutschland bereits zum siebten Mal in Folge. Die Überschuldungsquote in Westdeutschland sinkt auf 8,08 Prozent (- 0,32 Punkte), in Ostdeutschland auf 8,53 Prozent (- 0,40 Punkte) und verbleibt damit zum zweiten Mal unter der Neun-Prozent-Marke. Die Bundesländer im Osten und Westen verbleiben im hellgrünen Bereich der Überschuldungsampel. Insgesamt sind in den westlichen Bundesländern rund 4,75 Millionen (- 187.000 Fälle), in den östlichen Bundesländern rund 0,90 Millionen Personen überschuldet (- 46.000 Fälle). Der Rückgang der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität ist 2023 im Osten stärker ausgeprägt (- 7,7 Prozent) als im Westen (- 6,9 Prozent). Zudem steigt die Zahl von Fällen mit weichen Negativmerkmalen im Westen (+ 3.000 Fälle; + 0,3 Prozent) erstmals seit 2020 wieder an, während sie im Osten zum dritten Mal in Folge zurückgeht (- 4.000 Fälle; - 1,5 Prozent).

Auch die Überschuldungsentwicklung nach Bundesländern zeigt zum dritten Mal einen durchgehend positiven Trend. Alle 16 Bundesländer weisen einen meist deutlichen Rückgang von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten auf. Bei sechs Bundesländern ist die Abnahme der Überschuldung überdurchschnittlich. Die

stärkste Verbesserung zeigt erneut Schleswig-Holstein (8,38 Prozent; - 0,55 Punkte), der geringste Rückgang findet sich in Bayern (5,87 Prozent; - 0,18 Punkte), das erstmals unter der Sechs-Prozent-Marke bleibt. Baden-Württemberg (6,72 Prozent; - 0,23 Punkte) verbleibt im Positivranking hinter Bayern, aber mit über einem Punkt Abstand vor Thüringen (7,71 Prozent; - 0,37 Punkte). Die Schlusslichter bilden wie in den Vorjahren Bremen (12,00 Prozent; - 0,46 Punkte), Sachsen-Anhalt (10,78 Prozent; - 0,42 Punkte) und Berlin (10,04 Prozent; - 0,43 Punkte) – alle drei mit überdurchschnittlichen Rückgängen.

Der nochmalige Positivtrend zeigt sich auf den ersten Blick auch in der Analyse nach Geschlecht und Alter der Überschuldeten. 2023 müssen 6,27 Prozent der Frauen über 18 Jahre als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten (- 0,21 Punkte). Bei Männern sind dies 10,10 Prozent (- 0,46 Punkte). Die Zahl der Überschuldungsfälle nahm bei beiden Geschlechtern merklich ab (Frauen: 2,22 Millionen; - 75.000 Fälle / Männer: 3,43 Millionen; - 158.000 Fälle). Allerdings steigt der Anteil weicher Überschuldungsfälle bei den Frauen erstmals seit 2020 wieder um 14.000 Fälle (+ 1,3 Prozent), während er bei Männern nochmals zurückgeht (- 0,7 Prozent; - 11.000 Fälle). Nach Alter ist die Überschuldung in der jüngsten Personengruppe (bis unter 30 Jahre) erstmals seit 2013 wieder angestiegen (0,74 Millionen Fälle; + 3.000 Fälle). Die Überschuldungsquote steigt auf 6,73 Prozent (+ 0,08 Punkte). Die Überschuldungsentwicklung bei den über 60-Jährigen ist 2023 ähnlich positiv wie die der 18- bis 59-Jährigen. Die Zahl der Überschuldungsfälle nimmt 2023 in beiden Altersgruppen auf gleichem Niveau ab (- 4,0 Prozent), wenn auch bei den unter 60-Jährigen die Zahl der Überschuldungsfälle deutlicher sinkt (- 187.000 Fälle) als bei den über 60-Jährigen (- 45.000 Fälle).

Trotz erneutem Positivtrend kann angesichts von „verdeckter Trendumkehr“ und anderer überschuldungsrelevanter Indikatoren, wie der seit geraumer Zeit rezessiven Konjunktur mit negativen Auswirkungen auf Beschäftigung, Einkommen, Lebenshaltungskosten, Wohn-, Miet- und Immobilienpreise, davon ausgegangen werden, dass die Überschuldungsgefährdung für viele Verbraucher in den nächsten Monaten deutlich zunehmen wird. Vereinfacht formuliert: Derzeit haben die „Überschuldungstreiber“ ein größeres Gewicht als die „Überschuldungsdämpfer“.

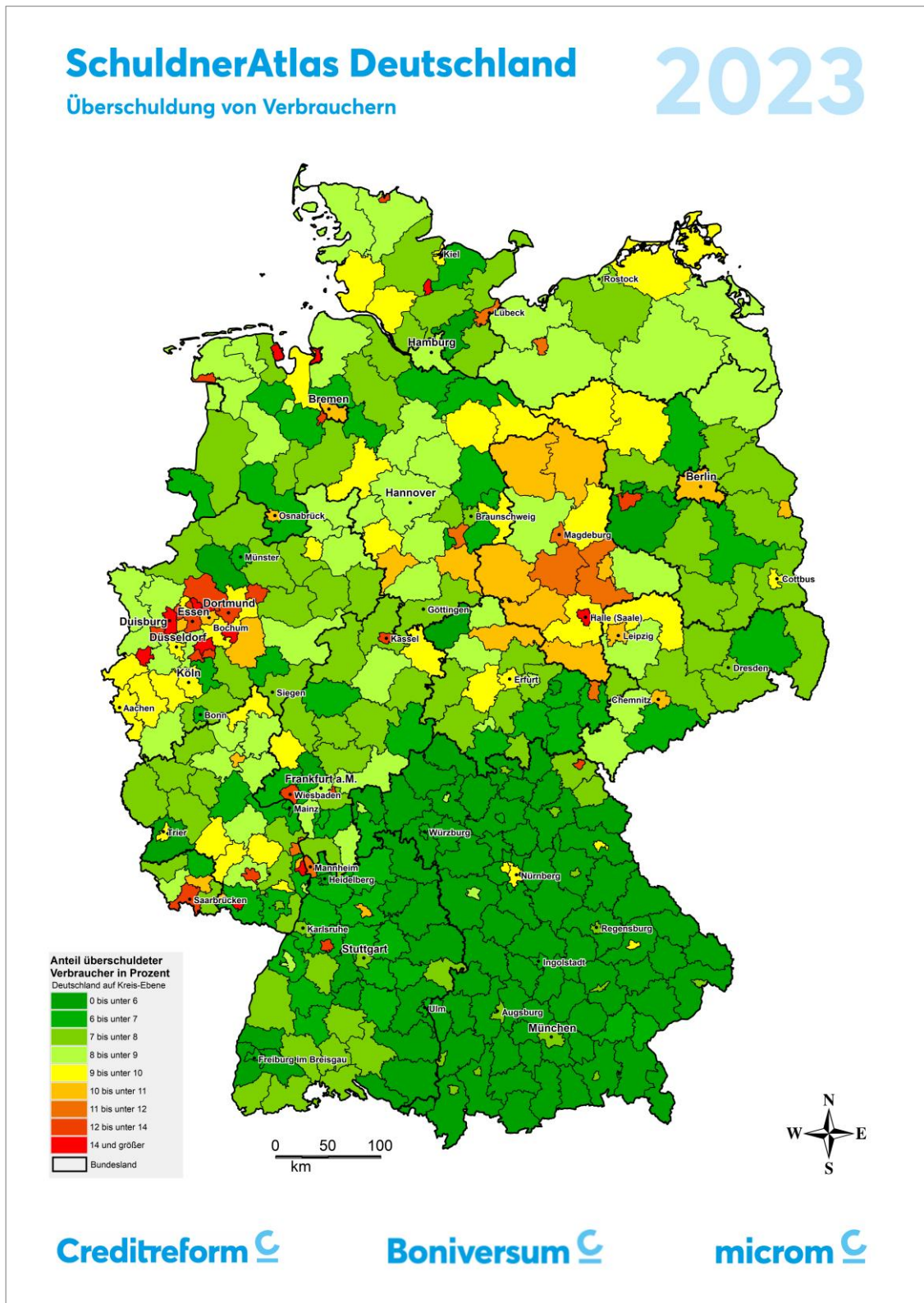
6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder

6.1 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

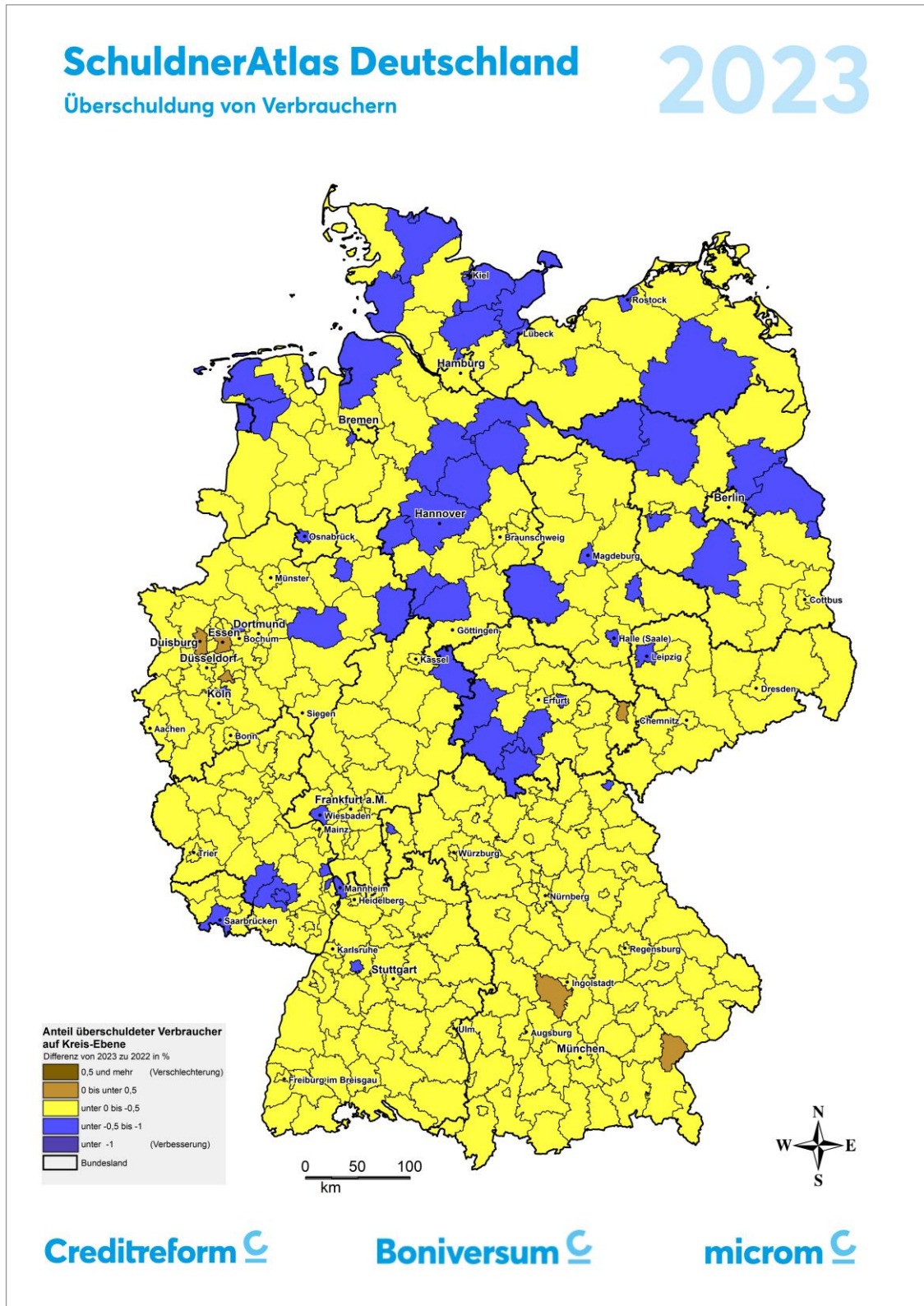
Tab. 1.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2019 bis 2023	13
Tab. 2.:	Die Veränderung der Hauptüberschuldungsauslöser („big six“) 2008 / 2023 und eine Projektion	17
Tab. 3.:	Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2019 bis 2023	18
Tab. 4.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2019 bis 2023	19
Tab. 5.:	Das Schuldenvolumen in Deutschland 2019 bis 2023 nach Statistischem Bundesamt, Hochrechnung auf der Basis von Realwerten	22
Tab. 6.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2019 bis 2023	23
Tab. 7.:	Synopse: Ein Entwicklungsvergleich der Überschuldungsentwicklung in zwei „Groß-Krisen“ im Dreijahresvergleich (2007 / 2010 sowie 2019 / 2022)	24
Tab. 8.:	Staatliche Unterstützungsausgaben nach Krisen im Vergleich 2008 / 2010 zu 2020 / 2022	25
Tab. 9.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2019 bis 2023	28
Tab. 10.:	Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2021 bis 2023	30
Tab. 11.:	Synopse: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren während der Corona- Pandemie 2019 bis 2023 (Stand: September 2023)	35
Tab. 12.:	Synopse / Projektion: Verteilung, hochgerechnete Anzahl und Schuldenvolumen in Euro von Überschuldeten nach Haushaltsnettoeinkommen 2019 bis 2022 (Statistisches Bundesamt).....	38
Tab. 13.:	Schritte der Überschuldungsanalyse.....	42
Tab. 14.:	microm ÜberschuldungsTypologie 2021 / 2023: Aggregation	43
Karte 15.:	SchuldnerAtlas Deutschland 2023 nach Kreisen und kreisfreien Städten	59
Karte 16.:	SchuldnerAtlas Deutschland 2023: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2022 / 2023	60
Tab. 17.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2023	61
Tab. 18.:	Hauptüberschuldungsgründe 2016 bis 2023: The „big six“ nach Statistischem Bundesamt	62
Tab. 19.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2023.....	63
Tab. 20.:	Überschuldete Personen n. Geschlecht / Überschuldungsintensität 2016 bis 2023	63
Tab. 21.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2013 bis 2023	64
Tab. 22.:	Überschuldete Personen nach Altersgruppen 2013 bis 2023	65
Tab. 23.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland 2013 bis 2023 (Basiswerte in Millionen)	65
Tab. 24.:	Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2010 bis 2023	66
Tab. 25.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 / 2023.....	66
Tab. 26.:	Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2018 bis 2023	67
Tab. 27.:	Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2023: Rang 1 bis 10.....	67
Tab. 28.:	Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2023: Rang 400 bis 391	68
Tab. 29.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem stärksten Rückgang der Überschuldungsquote 2022 / 2023.....	68
Tab. 30.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg bzw. dem geringsten Rückgang der Überschuldungsquote 2022 / 2023	69
Tab. 31.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2023.....	69
Tab. 32.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2023	70
Tab. 33.:	Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2023.....	70

6.2 Karten

Karte 15.: SchuldnerAtlas Deutschland 2023 nach Kreisen und kreisfreien Städten



Karte 16.: SchuldnerAtlas Deutschland 2023: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2022 / 2023



Legende: blau = starke Verbesserungen / gelb = leichte Verbesserungen / hellbraun = leichte Verschlechterungen / dunkelbraun = starke Verschlechterungen

6.3 Tabellen und Schaubilder

Tab. 17.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2023

Jahr	Einwohner	Personen über 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2004	82,50 Mio.	67,13 Mio.	6,54 Mio.	9,74%	3,10 Mio.
2005	82,44 Mio.	67,30 Mio.	7,02 Mio.	10,43%	3,33 Mio.
2006	82,31 Mio.	67,29 Mio.	7,19 Mio.	10,68%	3,47 Mio.
2007	82,22 Mio.	67,63 Mio.	7,34 Mio.	10,85%	3,54 Mio.
2008	82,00 Mio.	67,97 Mio.	6,87 Mio.	10,11%	3,36 Mio.
2009	81,80 Mio.	68,12 Mio.	6,19 Mio.	9,09%	3,04 Mio.
2010	81,68 Mio.	68,26 Mio.	6,49 Mio.	9,50%	3,19 Mio.
2011	80,33 Mio.	68,26 Mio.	6,41 Mio.	9,38%	3,21 Mio.
2012	80,52 Mio.	68,31 Mio.	6,59 Mio.	9,65%	3,31 Mio.
2013	80,77 Mio.	67,14 Mio.	6,58 Mio.	9,81%	3,30 Mio.
2014	81,20 Mio.	67,43 Mio.	6,67 Mio.	9,90%	3,34 Mio.
2015	82,18 Mio.	67,69 Mio.	6,72 Mio.	9,92%	3,33 Mio.
2016	82,52 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,40 Mio.
2017	82,79 Mio.	68,83 Mio.	6,91 Mio.	10,04%	3,45 Mio.
2018	83,02 Mio.	69,03 Mio.	6,93 Mio.	10,04%	3,46 Mio.
2019	83,17 Mio.	69,24 Mio.	6,92 Mio.	10,00%	3,46 Mio.
2020	83,16 Mio.	69,41 Mio.	6,85 Mio.	9,87%	3,42 Mio.
2021	83,17 Mio.	69,48 Mio.	6,16 Mio.	8,86%	3,08 Mio.
2022	83,36 Mio.	69,41 Mio.	5,88 Mio.	8,48%	2,91 Mio.
2023	83,51 Mio.	69,37 Mio.	5,65 Mio.	8,15%	2,79 Mio.

Quelle für Einwohner 2004 bis 2023: Statistisches Bundesamt, Datenbank GENESIS-ONLINE, Bevölkerung auf Grundlage der Zensusdaten 2011 (Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes). Revidierte Werte für 2022; Wert für 2023: Eigene Hochrechnung). – Quelle für Haushalte 2004 bis 2022: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2035, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2017, 28.02.2017. Quelle für Haushalte ab 2022: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2040, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2020, 20.03.2020. Revidierte Werte für überschuldete Haushalte für 2022.

Zuordnung Kreise / kreisfreie Städte

Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte hat sich in diesem Jahr von 401 auf 400 verringert. Die bisher kreisfreie Stadt Eisenach gehört seit 1. Juli 2021 zum Wartburgkreis. Zunächst galt die 2019 vom Thüringer Landtag beschlossene Fusion aber nur juristisch. Erst zum 1. Januar 2022 gingen die Aufgaben an den Landkreis über. Zuletzt 2017 hatte sich die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte von 402 auf 401 verringert. Der Landkreis Göttingen entstand am 1. November 2016 durch die Fusion des bisherigen Landkreises Göttingen mit dem Landkreis Osterode am Harz. Seit 2007 / 2008 hatte sich die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte durch Kreisgebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern (4. September 2011), in Sachsen-Anhalt (1. Juli 2007) und in Sachsen (1. August 2008) in mehreren Schritten von ehemals 439 Kreisen und kreisfreien Städten reduziert. Und auch die Gründung der Städteregion Aachen trug 2009 / 2010 zur Verringerung bei.

Tab. 18.: Hauptüberschuldungsgründe 2016 bis 2023: The „big six“ nach Statistischem Bundesamt

Überschuldungsfälle	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Die sechs wichtigsten Hauptüberschuldungsgründe								
Arbeitslosigkeit	21,1%	20,6%	20,0%	19,9%	19,7%	19,9%	19,2%	18,9%
Trennung, Scheidung, Tod	13,0%	13,3%	13,1%	12,5%	12,0%	12,2%	12,1%	11,9%
Erkrankung, Sucht, Unfall	14,7%	15,1%	15,9%	16,3%	16,5%	16,9%	17,4%	17,9%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	10,9%	12,3%	12,9%	14,3%	14,5%	14,3%	15,3%	16,4%
Gescheiterte Selbstständigkeit	8,4%	8,3%	8,5%	8,3%	8,2%	8,3%	8,4%	8,4%
Längerfristiges Niedrigeinkommen	5,6%	7,2%	8,3%	8,7%	9,6%	10,0%	10,1%	11,6%
Anteile von „big six“	73,7%	76,8%	78,7%	80,0%	80,5%	81,6%	82,5%	85,0%
Sonstige Auslöser	26,3%	23,2%	21,3%	20,0%	19,5%	18,4%	17,5%	15,0%
Gesamt	100%							
Projektion: Überschuldungsfälle nach den sechs wichtigsten Hauptüberschuldungsgründen in Millionen								
Arbeitslosigkeit	1,45	1,42	1,39	1,38	1,35	1,23	1,13	1,07
Trennung, Scheidung, Tod	0,89	0,92	0,91	0,87	0,82	0,75	0,71	0,67
Erkrankung, Sucht, Unfall	1,01	1,04	1,10	1,13	1,13	1,04	1,02	1,01
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	0,75	0,85	0,89	0,99	0,99	0,88	0,90	0,93
Gescheiterte Selbstständigkeit	0,58	0,57	0,59	0,57	0,56	0,51	0,49	0,47
Längerfristiges Niedrigeinkommen	0,38	0,50	0,58	0,60	0,66	0,62	0,59	0,65
Anteile von „big six“	5,05	5,31	5,46	5,54	5,52	5,02	4,85	4,81
Sonstige Gründe	1,80	1,60	1,48	1,38	1,34	1,13	1,03	0,85
Gesamt	6,85	6,91	6,93	6,92	6,85	6,16	5,88	5,65
Abweichungen der Zahl der Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr								
	16 / 17	17 / 18	18 / 19	19 / 20	20 / 21	21 / 22	22 / 23	08 / 23
Arbeitslosigkeit	- 1%	- 3%	- 1%	- 2%	- 9%	- 8%	- 6%	- 45%
Trennung, Scheidung, Tod	+ 3%	- 1%	- 5%	- 5%	- 9%	- 5%	- 6%	- 29%
Erkrankung, Sucht, Unfall	+ 4%	+ 6%	+ 2%	±0%	- 8%	- 2%	- 1%	+ 37%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	+ 14%	+ 5%	+ 11%	±0%	- 11%	+ 2%	+ 3%	+ 44%
Gescheiterte Selbstständigkeit	±0%	+ 3%	- 2%	- 2%	- 9%	- 3%	- 5%	- 26%
Längerfristiges Niedrigeinkommen	+ 30%	+ 16%	+ 5%	+ 9%	- 6%	- 3%	+ 10%	+ 187%
Anteile von „big six“	+ 5%	+ 3%	+ 2%	±0%	- 9%	- 3%	- 1%	- 2%
Sonstige Gründe	- 11%	- 8%	- 6%	- 3%	- 15%	- 9%	- 18%	- 57%
Gesamt	+ 1%	±0%	±0%	- 1%	- 10%	- 4%	- 4%	- 18%

Die Darstellung der „Hauptauslöser der Überschuldung“ (Hauptüberschuldungsgründe) erfolgt seit 2013 aus Gründen der Einheitlichkeit auf Grundlage der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, die seit 2008 vorliegen. Bis 2022 wurden diese einmal jährlich in Form von Pressemitteilungen, Kurzberichten und Excel-Tabellen veröffentlicht. Ab 2023 stehen die Daten in der Online-Datenbank Genesis für die Jahre ab 2015 zum Download zur Verfügung (www-genesis.destatis.de, Suchbereich „Überschuldungsstatistik“). Die früheren Ausgaben sind zu finden unter: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2008 bis 2021. Die Werte für 2023 basieren auf einer Hochrechnung. Die Tabelle beinhaltet die prozentualen Anteile der sechs wichtigsten „Hauptüberschuldungsauslöser“ (nach iff-Überschuldungsreport: „big six“). Der Überschuldungsauslöser „längerfristiges Niedrigeinkommen“ wird in der amtlichen Überschuldungsstatistik seit 2015 berücksichtigt. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil dieser sechs wichtigsten „Hauptauslöser der Überschuldung“ im Jahr 2022 rund 83 Prozent (2010: 81 Prozent). Die Werte für 2023 wurden mit Hilfe der Vorjahreswerte und der Zahl der Überschuldungsfälle für die Jahre 2008 bis 2023 hochgerechnet sowie die entsprechenden Abweichungswerte berechnet (Revidierte Werte für 2022). Unter „sonstige Überschuldungsauslöser“ werden folgende Angaben subsumiert (in Klammern Abweichungswerte zum Vorjahr): Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft, Übernahme oder Mithaftung (2,2 Prozent; ± 0,0 Punkte); gescheiterte Immobilienfinanzierung (1,0 Prozent; - 0,2 Punkte); Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen (1,6 Prozent; + 0,1 Punkte); Haushaltsgründung / Geburt eines Kindes (2,1 Prozent; ± 0,0 Punkte); Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen (0,8 Prozent; + 0,1 Punkte); unzureichende Kredit- oder Bürgschaftsberatung (1,3 Prozent; ± 0,0 Punkte) sowie Sonstiges (6,3 Prozent; + 0,1 Punkte).

Tab. 19.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2023

Basiswerte	Überschuldete Personen (in Millionen)			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2004	6,54	4,45	2,09	9,74%	13,55%	6,09%
2005	7,02	4,74	2,27	10,43%	14,41%	6,61%
2006	7,19	4,80	2,38	10,68%	14,59%	6,94%
2007	7,34	4,81	2,52	10,85%	14,52%	7,32%
2008	6,87	4,44	2,43	10,11%	13,32%	7,02%
2009	6,20	3,95	2,25	9,10%	11,82%	6,47%
2010	6,49	4,05	2,44	9,51%	12,09%	7,01%
2011	6,41	4,09	2,32	9,39%	12,25%	6,64%
2012	6,60	4,20	2,39	9,66%	12,57%	6,86%
2013	6,59	4,08	2,51	9,81%	12,55%	7,24%
2014	6,67	4,12	2,56	9,90%	12,61%	7,35%
2015	6,72	4,14	2,58	9,92%	12,61%	7,39%
2016	6,85	4,21	2,64	10,06%	12,72%	7,55%
2017	6,91	4,24	2,68	10,04%	12,59%	7,61%
2018	6,93	4,23	2,70	10,04%	12,55%	7,65%
2019	6,92	4,22	2,70	10,00%	12,46%	7,65%
2020	6,85	4,17	2,69	9,87%	12,27%	7,58%
2021	6,16	3,76	2,40	8,86%	11,07%	6,75%
2022	5,88	3,59	2,30	8,48%	10,56%	6,48%
2023	5,65	3,43	2,22	8,15%	10,10%	6,27%
<i>Abw. 2022 / 23</i>	<i>- 0,23</i>	<i>- 0,16</i>	<i>- 0,08</i>	<i>- 0,33</i>	<i>- 0,46</i>	<i>- 0,21</i>
<i>Abw. 2004 / 23</i>	<i>- 0,89</i>	<i>- 1,02</i>	<i>+ 0,13</i>	<i>- 1,59</i>	<i>- 3,45</i>	<i>+ 0,18</i>

Abweichungen in Prozentpunkten bzw. in Millionen; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 20.: Überschuldete Personen n. Geschlecht / Überschuldungsintensität 2016 bis 2023

	Männer		Frauen		Gesamt	
Überschuldungsfälle: Gesamt						
2016	4.210.000	+ 68.000	2.638.000	+ 63.000	6.848.000	+ 131.000
2017	4.236.000	+ 26.000	2.677.000	+ 39.000	6.913.000	+ 65.000
2018	4.234.000	- 2.000	2.698.000	+ 21.000	6.932.000	+ 19.000
2019	4.218.000	- 16.000	2.704.000	+ 6.000	6.922.000	- 10.000
2020	4.167.000	- 52.000	2.687.000	- 17.000	6.853.000	- 69.000
2021	3.763.000	- 403.000	2.395.000	- 292.000	6.158.000	- 695.000
2022	3.587.000	- 177.000	2.297.000	- 97.000	5.884.000	- 274.000
2023	3.429.000	- 158.000	2.222.000	- 75.000	5.651.000	- 233.000
<i>Abw. 2013 / 23</i>		<i>- 647.000</i>		<i>- 286.000</i>		<i>- 933.000</i>
Hohe Überschuldungsintensität						
2016	2.611.000	+ 129.000	1.558.000	+ 91.000	4.169.000	+ 220.000
2017	2.634.000	+ 23.000	1.587.000	+ 29.000	4.221.000	+ 53.000
2018	2.576.000	- 58.000	1.558.000	- 28.000	4.135.000	- 87.000
2019	2.501.000	- 76.000	1.510.000	- 49.000	4.010.000	- 125.000
2020	2.388.000	- 113.000	1.435.000	- 75.000	3.822.000	- 188.000
2021	2.254.000	- 134.000	1.344.000	- 91.000	3.597.000	- 225.000
2022	2.118.000	- 135.000	1.260.000	- 84.000	3.378.000	- 220.000
2023	1.971.000	- 147.000	1.171.000	- 89.000	3.142.000	- 236.000
<i>Abw. 2013 / 23</i>		<i>- 413.000</i>		<i>- 232.000</i>		<i>- 645.000</i>

	Männer		Frauen		Gesamt	
Geringe Überschuldungsintensität						
2016	1.599.000	- 61.000	1.080.000	- 28.000	2.679.000	- 89.000
2017	1.601.000	+ 2.000	1.090.000	+ 10.000	2.692.000	+ 12.000
2018	1.658.000	+ 57.000	1.140.000	+ 49.000	2.797.000	+ 106.000
2019	1.717.000	+ 60.000	1.195.000	+ 55.000	2.912.000	+ 115.000
2020	1.779.000	+ 62.000	1.252.000	+ 57.000	3.031.000	+ 119.000
2021	1.509.000	- 270.000	1.051.000	- 201.000	2.561.000	- 470.000
2022	1.468.000	- 41.000	1.038.000	- 13.000	2.506.000	- 54.000
2023	1.457.000	- 11.000	1.052.000	+ 14.000	2.509.000	+ 3.000
<i>Abw. 2013 / 23</i>		<i>- 235.000</i>		<i>- 53.000</i>		<i>- 288.000</i>

Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 21.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2013 bis 2023

	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldungsquoten: Gesamt							
2013	15,70%	18,13%	11,58%	8,60%	4,68%	0,90%	9,81%
2014	15,37%	18,63%	11,77%	8,73%	4,96%	1,06%	9,90%
2015	14,86%	18,81%	12,06%	8,77%	5,25%	1,16%	9,92%
2016	14,50%	19,17%	12,56%	8,90%	5,51%	1,34%	10,06%
2017	14,06%	18,93%	12,88%	8,80%	5,48%	1,50%	10,04%
2018	13,47%	18,57%	13,13%	8,85%	5,65%	2,04%	10,04%
2019	12,13%	17,72%	13,12%	9,17%	6,36%	2,95%	10,00%
2020	9,63%	17,31%	13,48%	9,64%	7,04%	3,61%	9,87%
2021	6,98%	15,13%	12,72%	9,30%	7,32%	3,17%	8,86%
2022	6,65%	14,12%	12,52%	8,89%	7,06%	3,07%	8,48%
2023	6,73%	13,72%	12,17%	8,25%	6,59%	2,96%	8,15%
<i>Abw. 2013 / 14</i>	<i>- 0,33</i>	<i>+ 0,50</i>	<i>+ 0,19</i>	<i>+ 0,12</i>	<i>+ 0,28</i>	<i>+ 0,16</i>	<i>+ 0,09</i>
<i>Abw. 2014 / 15</i>	<i>- 0,51</i>	<i>+ 0,18</i>	<i>+ 0,29</i>	<i>+ 0,04</i>	<i>+ 0,29</i>	<i>+ 0,10</i>	<i>+ 0,03</i>
<i>Abw. 2015 / 16</i>	<i>- 0,36</i>	<i>+ 0,36</i>	<i>+ 0,49</i>	<i>+ 0,13</i>	<i>+ 0,27</i>	<i>+ 0,18</i>	<i>+ 0,14</i>
<i>Abw. 2016 / 17</i>	<i>- 0,45</i>	<i>- 0,24</i>	<i>+ 0,33</i>	<i>- 0,10</i>	<i>- 0,03</i>	<i>+ 0,16</i>	<i>- 0,02</i>
<i>Abw. 2017 / 18</i>	<i>- 0,59</i>	<i>- 0,36</i>	<i>+ 0,25</i>	<i>+ 0,04</i>	<i>+ 0,17</i>	<i>+ 0,54</i>	<i>± 0,00</i>
<i>Abw. 2018 / 19</i>	<i>- 1,34</i>	<i>- 0,85</i>	<i>- 0,01</i>	<i>+ 0,32</i>	<i>+ 0,72</i>	<i>+ 0,90</i>	<i>- 0,04</i>
<i>Abw. 2019 / 20</i>	<i>- 2,50</i>	<i>- 0,40</i>	<i>+ 0,36</i>	<i>+ 0,47</i>	<i>+ 0,68</i>	<i>+ 0,67</i>	<i>- 0,12</i>
<i>Abw. 2020 / 21</i>	<i>- 2,65</i>	<i>- 2,18</i>	<i>- 0,76</i>	<i>- 0,34</i>	<i>+ 0,28</i>	<i>- 0,44</i>	<i>- 1,01</i>
<i>Abw. 2021 / 22</i>	<i>- 0,33</i>	<i>- 1,01</i>	<i>- 0,20</i>	<i>- 0,41</i>	<i>- 0,26</i>	<i>- 0,10</i>	<i>- 0,38</i>
<i>Abw. 2022 / 23</i>	<i>+ 0,08</i>	<i>- 0,40</i>	<i>- 0,35</i>	<i>- 0,64</i>	<i>- 0,47</i>	<i>- 0,11</i>	<i>- 0,33</i>
<i>Abw. 2013 / 23</i>	<i>- 8,97</i>	<i>- 4,41</i>	<i>+ 0,58</i>	<i>- 0,35</i>	<i>+ 1,91</i>	<i>+ 2,06</i>	<i>- 1,66</i>

Abweichungen in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 22.: Überschuldete Personen nach Altersgruppen 2013 bis 2023

	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldete Personen: Gesamt							
2013	1.794.000	1.723.000	1.529.000	1.009.000	419.000	111.000	6.584.000
2014	1.749.000	1.782.000	1.514.000	1.052.000	443.000	134.000	6.674.000
2015	1.689.000	1.827.000	1.494.000	1.087.000	471.000	150.000	6.718.000
2016	1.661.000	1.884.000	1.495.000	1.130.000	504.000	174.000	6.848.000
2017	1.655.000	1.915.000	1.483.000	1.143.000	522.000	194.000	6.913.000
2018	1.583.000	1.908.000	1.456.000	1.168.000	556.000	263.000	6.932.000
2019	1.416.000	1.850.000	1.409.000	1.225.000	641.000	381.000	6.922.000
2020	1.113.000	1.841.000	1.406.000	1.298.000	725.000	470.000	6.853.000
2021	796.000	1.630.000	1.296.000	1.250.000	769.000	417.000	6.158.000
2022	742.000	1.534.000	1.261.000	1.183.000	755.000	409.000	5.884.000
2023	745.000	1.493.000	1.217.000	1.078.000	722.000	397.000	5.651.000
Abw. 2013 / 14	- 2,5%	+ 3,4%	- 1,0%	+ 4,3%	+ 5,7%	+ 21,1%	+ 1,4%
Abw. 2014 / 15	- 3,4%	+ 2,5%	- 1,3%	+ 3,3%	+ 6,3%	+ 11,9%	+ 0,7%
Abw. 2015 / 16	- 1,7%	+ 3,1%	± 0,0%	+ 3,9%	+ 7,1%	+ 16,4%	+ 1,9%
Abw. 2016 / 17	- 0,4%	+ 1,6%	- 0,8%	+ 1,1%	+ 3,5%	+ 11,5%	+ 0,9%
Abw. 2017 / 18	- 4,4%	- 0,4%	- 1,9%	+ 2,2%	+ 6,4%	+ 35,4%	+ 0,3%
Abw. 2018 / 19	- 10,5%	- 3,0%	- 3,2%	+ 4,9%	+ 15,4%	+ 44,8%	- 0,1%
Abw. 2019 / 20	- 21,4%	- 0,5%	- 0,2%	+ 5,9%	+ 13,0%	+ 23,3%	- 1,0%
Abw. 2020 / 21	- 28,5%	- 11,4%	- 7,8%	- 3,7%	+ 6,1%	- 11,2%	- 10,1%
Abw. 2021 / 22	- 6,8%	- 5,9%	- 2,7%	- 5,4%	- 1,8%	- 1,9%	- 4,4%
Abw. 2022 / 23	+ 0,4%	- 2,7%	- 3,5%	- 8,8%	- 4,5%	- 3,0%	- 4,0%
Abw. 2013 / 23	- 58,5%	- 13,4%	- 20,4%	+ 6,9%	+ 72,2%	+ 259,4%	- 14,2%

Abweichungen in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 23.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland 2013 bis 2023 (Basiswerte in Millionen)

Überschuldungsintensität	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Gesamt	Hoch	Gering	Gesamt	Hoch	Gering	Gesamt	Hoch	Gering
2013	6,58	3,79	2,80	5,50	3,16	2,34	1,08	0,63	0,45
2014	6,67	3,89	2,78	5,58	3,25	2,33	1,10	0,64	0,45
2015	6,72	3,95	2,77	5,62	3,30	2,32	1,10	0,65	0,45
2016	6,85	4,17	2,68	5,73	3,48	2,25	1,12	0,69	0,43
2017	6,91	4,22	2,69	5,79	3,53	2,27	1,12	0,69	0,43
2018	6,93	4,13	2,80	5,82	3,46	2,36	1,11	0,67	0,44
2019	6,92	4,01	2,91	5,82	3,36	2,46	1,10	0,65	0,45
2020	6,85	3,82	3,03	5,77	3,20	2,57	1,08	0,62	0,47
2021	6,16	3,60	2,56	5,17	3,01	2,16	0,99	0,58	0,40
2022	5,88	3,38	2,51	4,94	2,83	2,11	0,94	0,55	0,40
2023	5,65	3,14	2,51	4,75	2,64	2,12	0,90	0,51	0,39
2022 / 23	- 0,23	- 0,24	± 0,00	- 0,19	- 0,19	+ 0,01	- 0,05	- 0,04	+ 0,01
2006 / 23	- 1,54	- 0,26	- 1,28	- 1,15	- 0,15	- 1,00	- 0,39	- 0,11	- 0,28

Westdeutschland, einschl. Berlin; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 24.: Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2010 bis 2023

Zeitraum	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Abw. Prozent	Fälle	Abw. Prozent	Fälle
2010 / 2011	+ 2,5%	+ 92.000	- 6,0%	- 173.000
2011 / 2012	+ 2,1%	+ 76.000	+ 4,2%	+ 113.000
2012 / 2013	+ 0,3%	+ 11.000	- 0,7%	- 21.000
2013 / 2014	+ 2,8%	+ 105.000	- 0,6%	- 16.000
2014 / 2015	+ 1,5%	+ 57.000	- 0,5%	- 13.000
2015 / 2016	+ 5,6%	+ 220.000	- 3,2%	- 89.000
2016 / 2017	+ 1,2%	+ 52.000	+ 0,5%	+ 12.000
2017 / 2018	- 2,1%	- 87.000	+ 3,9%	+ 106.000
2018 / 2019	- 3,0%	- 124.000	+ 4,1%	+ 115.000
2019 / 2020	- 4,7%	- 188.000	+ 4,1%	+ 119.000
2020 / 2021	- 5,9%	- 225.000	- 15,5%	- 470.000
2021 / 2022	- 6,1%	- 220.000	- 2,1%	- 54.000
2022 / 2023	- 7,0%	- 236.000	+ 0,1%	+ 3.000
Abw. 2006 / 2023	- 7,6%	- 258.000	- 33,7%	- 1.279.000
<i>nachrichtlich: 2006 / 2022</i>	<i>- 0,6%</i>	<i>- 22.000</i>	<i>- 33,8%</i>	<i>- 1.281.000</i>

Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 25.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 / 2023

Jahr	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	Spreizung
2004	5,35 Mio.	1,19 Mio.	6,54 Mio.	9,59%	10,50%	9,74%	+ 0,91
2005	5,75 Mio.	1,27 Mio.	7,02 Mio.	10,27%	11,16%	10,43%	+ 0,89
2006	5,90 Mio.	1,29 Mio.	7,19 Mio.	10,55%	11,35%	10,68%	+ 0,81
2007	6,03 Mio.	1,31 Mio.	7,34 Mio.	10,72%	11,50%	10,85%	+ 0,78
2008	5,70 Mio.	1,17 Mio.	6,87 Mio.	10,07%	10,30%	10,11%	+ 0,23
2009	5,17 Mio.	1,03 Mio.	6,19 Mio.	9,10%	9,08%	9,09%	- 0,02
2010	5,41 Mio.	1,07 Mio.	6,49 Mio.	9,51%	9,45%	9,50%	- 0,06
2011	5,36 Mio.	1,05 Mio.	6,41 Mio.	9,40%	9,29%	9,38%	- 0,12
2012	5,51 Mio.	1,09 Mio.	6,60 Mio.	9,63%	9,75%	9,65%	+ 0,12
2013	5,50 Mio.	1,09 Mio.	6,58 Mio.	9,78%	9,97%	9,81%	+ 0,19
2014	5,57 Mio.	1,10 Mio.	6,67 Mio.	9,84%	10,17%	9,90%	+ 0,33
2015	5,62 Mio.	1,10 Mio.	6,72 Mio.	9,86%	10,26%	9,92%	+ 0,40
2016	5,73 Mio.	1,12 Mio.	6,85 Mio.	10,00%	10,43%	10,06%	+ 0,43
2017	5,79 Mio.	1,12 Mio.	6,91 Mio.	9,97%	10,42%	10,04%	+ 0,45
2018	5,82 Mio.	1,11 Mio.	6,93 Mio.	9,98%	10,40%	10,04%	+ 0,42
2019	5,82 Mio.	1,10 Mio.	6,92 Mio.	9,94%	10,33%	10,00%	+ 0,39
2020	5,77 Mio.	1,08 Mio.	6,85 Mio.	9,82%	10,20%	9,87%	+ 0,38
2021	5,17 Mio.	0,99 Mio.	6,16 Mio.	8,79%	9,29%	8,86%	+ 0,50
2022	4,94 Mio.	0,94 Mio.	5,88 Mio.	8,40%	8,93%	8,48%	+ 0,54
2023	4,75 Mio.	0,90 Mio.	5,65 Mio.	8,08%	8,53%	8,15%	+ 0,46
<i>Abw. 2022 / 23</i>	<i>- 187.000</i>	<i>- 46.000</i>	<i>- 233.000</i>	<i>- 0,32</i>	<i>- 0,40</i>	<i>- 0,33</i>	<i>- 0,08</i>
<i>Abw. 2004 / 23</i>	<i>- 594.000</i>	<i>- 294.000</i>	<i>- 888.000</i>	<i>- 1,51</i>	<i>- 1,96</i>	<i>- 1,59</i>	<i>- 0,45</i>

Westdeutschland, einschließlich Berlin; Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 26.: Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2018 bis 2023

Stadt	Überschuldungsquoten in Prozent						Abweichungen			
	2018	2019	2020	2021	2022	2023	22 / 23	04 / 23	21 / 23	04 / 23
Potsdam	8,92	8,66	8,47	7,43	7,06	6,37	- 0,69	- 4,02	- 1.000	- 2.000
Mainz	7,87	8,03	8,05	7,20	6,84	6,53	- 0,31	- 3,15	- 500	- 3.000
München	8,82	8,96	8,73	7,88	7,36	7,24	- 0,12	- 1,83	- 1.700	- 4.900
Dresden	9,27	9,19	9,04	8,32	8,09	7,80	- 0,28	- 1,94	- 1.300	- 3.900
Stuttgart	10,14	10,14	9,88	8,77	8,32	7,84	- 0,48	- 0,45	- 2.900	+ 200
Hamburg	10,62	10,60	10,53	9,10	8,64	8,17	- 0,48	- 2,71	- 7.500	- 32.300
Kiel	11,96	11,92	11,63	10,51	9,89	9,11	- 0,78	- 3,31	- 1.700	- 5.400
Erfurt	11,19	11,09	10,75	9,68	9,53	9,19	- 0,34	- 5,51	- 600	- 8.200
Hannover	12,74	12,55	12,13	10,53	10,10	9,47	- 0,63	- 2,61	- 2.700	- 10.300
Düsseldorf	12,09	12,09	11,85	10,49	9,90	9,60	- 0,30	- 3,33	- 1.700	- 12.800
Berlin	12,42	12,31	12,02	10,81	10,47	10,04	- 0,42	- 3,98	- 12.300	- 90.800
Bremen	12,51	12,53	12,44	11,40	11,03	10,62	- 0,41	- 1,79	- 2.400	- 6.500
Schwerin	13,55	13,58	13,52	12,58	12,11	11,56	- 0,55	- 2,51	- 400	- 2.400
Magdeburg	14,51	14,31	14,08	12,92	12,51	11,89	- 0,62	- 2,84	- 1.200	- 4.800
Wiesbaden	17,02	17,09	16,81	14,70	13,91	13,32	- 0,59	+ 0,56	- 1.300	+ 1.600
Saarbrücken	16,55	16,80	17,00	15,15	14,65	13,78	- 0,87	- 1,42	- 1.300	- 2.300
Gesamt	11,45	11,42	11,20	10,00	9,57	9,16	- 0,41	- 2,87	- 40.700	- 187.700

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Die Auswertung für die Städte Hannover und Saarbrücken erfolgte über die Zuordnung der Postleitzahlbezirke, da beide Städte in administrativ-übergreifende Städteregionen eingebunden sind („Region Hannover“ / „Regionalverband Saarbrücken“). „Gesamt“: Werte für alle 16 Landeshauptstädte.

Tab. 27.: Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2023: Rang 1 bis 10

Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	22 / 23	04 / 23	2004	2023
Eichstätt	3,77	3,85	3,98	4,00	3,78	3,55	3,54	- 0,01	- 0,59	1	1
Erlangen-Höchst	4,99	4,99	4,91	4,77	4,29	4,06	3,90	- 0,16	- 1,40	7	2
Schweinfurt	5,06	5,12	5,04	4,95	4,50	4,27	4,09	- 0,18	- 1,07	4	3
Aichach-Friedberg	5,62	5,61	5,48	5,21	4,55	4,23	4,16	- 0,07	- 1,94	29	4
Neumarkt i.d.OPf.	5,42	5,36	5,24	5,07	4,60	4,34	4,17	- 0,17	- 1,11	6	5
Roth	5,75	5,59	5,49	5,32	4,79	4,57	4,35	- 0,22	- 1,89	39	6
Landsberg am Lech	5,69	5,75	5,57	5,35	4,60	4,44	4,35	- 0,09	- 2,04	48	7
Oberallgäu	6,48	6,43	6,25	6,00	5,16	4,69	4,37	- 0,32	- 2,62	80	8
Ostallgäu	6,34	6,30	6,04	5,73	5,02	4,55	4,38	- 0,17	- 2,24	58	9
Würzburg	5,40	5,44	5,25	5,24	4,74	4,56	4,38	- 0,18	- 0,81	5	10

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Landkreise (Schweinfurt, Würzburg = Landkreise), alle aus Bayern.

Tab. 28.: Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2023: Rang 400 bis 391

Stadt	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	22 / 23	04 / 23	2004	2023
Bremerhaven	20,79	21,22	21,67	21,78	19,96	19,70	19,02	- 0,68	+ 1,28	400	400
Pirmasens	18,23	18,35	18,30	18,61	17,35	16,92	16,72	- 0,19	+ 0,20	397	399
Gelsenkirchen	17,76	17,88	17,97	18,05	16,94	16,94	16,62	- 0,32	+ 2,51	381	398
Neumünster	17,80	18,09	18,65	18,75	16,95	16,60	16,02	- 0,58	+ 1,70	384	397
Duisburg	17,08	17,20	17,52	17,53	16,16	15,87	15,89	+ 0,02	+ 1,33	388	396
Herne	17,85	18,06	18,26	18,21	16,82	16,44	15,63	- 0,81	+ 2,88	359	395
Hagen	15,86	16,34	16,69	16,66	15,55	15,41	14,98	- 0,42	+ 1,52	372	394
Wilhelmshaven	17,03	17,07	17,07	16,85	15,57	15,36	14,75	- 0,61	- 0,29	392	393
Wuppertal	18,38	18,42	18,17	17,73	15,60	14,82	14,54	- 0,28	- 0,49	391	392
Halle (Saale)	16,43	16,35	16,43	16,47	15,27	15,08	14,34	- 0,74	- 1,04	396	391

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Städte.

Tab. 29.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem stärksten Rückgang der Überschuldungsquote 2022 / 2023

Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	22 / 23	04 / 23	2004	2023
Suhl, Stadt	10,55	10,81	11,19	10,69	9,91	9,72	8,74	- 0,99	- 2,96	331	282
Brandenburg an der Havel, Stadt	15,91	15,72	15,74	15,80	14,50	14,06	13,14	- 0,93	- 2,02	393	383
Flensburg, Stadt	16,21	16,24	16,33	16,35	14,79	14,26	13,34	- 0,92	- 3,60	398	385
Herne, Stadt	17,85	18,06	18,26	18,21	16,82	16,44	15,63	- 0,81	+ 2,88	359	395
Kiel, Landeshauptstadt	12,16	11,96	11,92	11,63	10,51	9,89	9,11	- 0,78	- 3,31	352	301
Halle (Saale), Stadt	16,43	16,35	16,43	16,47	15,27	15,08	14,34	- 0,74	- 1,04	396	391
Celle, Landkreis	11,96	11,89	11,71	11,66	9,88	9,24	8,54	- 0,70	- 3,34	338	275
Aschaffenburg, Stadt	10,99	11,40	11,23	11,07	10,06	9,56	8,87	- 0,69	- 1,64	279	292
Potsdam, Stadt	8,99	8,92	8,66	8,47	7,43	7,06	6,37	- 0,69	- 4,02	269	111
Regionalverband Saarbrücken	14,42	14,52	14,78	14,96	13,39	12,96	12,28	- 0,68	- 0,87	371	373

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: acht Städte, ein Landkreis (Celle), ein Regionalverband (Saarbrücken).

Tab. 30.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg bzw. dem geringsten Rückgang der Überschuldungsquote 2022 / 2023

Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	22 / 23	04 / 23	2004	2023
Landshut	5,65	5,59	5,57	5,47	5,00	4,75	4,73	- 0,02	- 1,35	28	24
Donau-Ries	5,67	5,65	5,52	5,49	5,02	4,76	4,74	- 0,02	- 0,97	17	25
Groß-Gerau	9,51	9,61	9,76	9,68	8,77	8,41	8,40	- 0,01	- 0,87	196	261
Eichstätt	3,77	3,85	3,98	4,00	3,78	3,55	3,54	- 0,01	- 0,59	1	1
Gera, Stadt	11,77	11,85	11,81	11,83	11,05	11,02	11,02	± 0,00	- 2,65	375	361
Altötting	7,01	7,02	6,87	6,83	6,31	6,05	6,05	± 0,00	- 1,08	88	89
Duisburg, Stadt	17,08	17,20	17,52	17,53	16,16	15,87	15,89	+ 0,02	+ 1,33	388	396
Neuburg-Schrobenhausen	5,41	5,42	5,48	5,31	4,88	4,65	4,68	+ 0,02	- 1,05	19	20
Essen, Stadt	13,76	13,96	14,23	14,17	12,94	12,45	12,52	+ 0,06	+ 0,27	347	377
Solingen, Klingenstein	14,57	14,85	15,30	15,52	14,42	13,56	13,71	+ 0,15	+ 1,51	345	387

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Sechs Landkreise (Landshut; Donau-Ries; Groß-Gerau; Eichstätt; Altötting; Neuburg-Schrobenhausen), vier Städte.

Anmerkung: Üblicherweise werden in dieser Tabelle diejenigen Kreise und kreisfreien Städte genannt, die den „stärksten Anstieg der Überschuldungsquote“ (im Vergleich zum Vorjahr) aufweisen. Da in diesem Jahr nur vier kreisfreie Städte und zwei Landkreise einen (zum Teil minimalen) Anstieg der Überschuldungsquoten aufweisen, zeigt die Tabelle auch diejenigen Kreise und kreisfreien Städte mit dem „geringsten Rückgang der Überschuldungsquote“ 2022 / 2023 auf (Landshut; Donau-Ries; Groß-Gerau; Eichstätt).

Tab. 31.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2023

Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	22 / 23	04 / 23	2004	2023
Weimar, Stadt	10,75	10,74	10,72	10,36	9,02	8,63	8,12	- 0,52	- 6,09	382	243
Erfurt, Stadt	11,17	11,19	11,09	10,75	9,68	9,53	9,19	- 0,34	- 5,51	389	307
Frankfurt (Oder), Stadt	12,64	12,61	12,32	11,91	10,48	10,68	10,08	- 0,59	- 5,19	395	340
Oberhavel	9,67	9,49	9,30	9,07	7,92	7,47	6,98	- 0,49	- 4,58	329	148
Barnim	9,60	9,55	9,52	9,36	8,36	8,00	7,47	- 0,53	- 4,45	339	195
Weimarer Land	9,49	9,46	9,29	9,03	7,98	7,58	7,27	- 0,31	- 4,43	332	177
Teltow-Fläming	10,63	10,54	10,34	10,01	8,91	8,45	7,80	- 0,65	- 4,41	346	226
Märkisch-Oderland	9,87	9,84	9,69	9,44	8,48	8,15	7,56	- 0,59	- 4,17	335	203
Rostock, Stadt	10,79	10,64	10,64	10,44	9,55	9,00	8,47	- 0,52	- 4,06	353	264
Braunschweig, Stadt	9,61	9,67	9,60	9,42	8,03	7,67	7,41	- 0,25	- 4,05	327	187

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Fünf Städte / fünf Landkreise (Oberhavel; Barnim; Weimarer Land; Teltow-Fläming; Märkisch-Oderland).

Tab. 32.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2023

Stadt / Stadtkreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	22 / 23	04 / 23	2004	2023
Herne, Stadt	17,85	18,06	18,26	18,21	16,82	16,44	15,63	- 0,81	+ 2,88	359	395
Gelsenkirchen, Stadt	17,76	17,88	17,97	18,05	16,94	16,94	16,62	- 0,32	+ 2,51	381	398
Neumünster, Stadt	17,80	18,09	18,65	18,75	16,95	16,60	16,02	- 0,58	+ 1,70	384	397
Pforzheim, Stadtkreis	14,66	14,80	15,09	15,09	14,05	13,16	12,55	- 0,60	+ 1,69	300	378
Hagen, Stadt	15,86	16,34	16,69	16,66	15,55	15,41	14,98	- 0,42	+ 1,52	372	394
Solingen, Klingenstein	14,57	14,85	15,30	15,52	14,42	13,56	13,71	+ 0,15	+ 1,51	345	387
Duisburg, Stadt	17,08	17,20	17,52	17,53	16,16	15,87	15,89	+ 0,02	+ 1,33	388	396
Osnabrück, Stadt	11,06	11,16	11,71	11,72	11,08	11,11	10,50	- 0,60	+ 1,29	187	351
Bremerhaven, Stadt	20,79	21,22	21,67	21,78	19,96	19,70	19,02	- 0,68	+ 1,28	400	400
Recklinghausen	12,99	13,15	13,33	13,51	12,53	12,26	12,01	- 0,25	+ 0,84	313	370

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Acht Städte; ein Stadtkreis (Pforzheim), ein Kreis (Recklinghausen).

Tab. 33.: Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2023

Stadt	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	22 / 23	04 / 23	2004	2023
Duisburg	17,08	17,20	17,52	17,53	16,16	15,87	15,89	+ 0,02	+ 1,33	388	396
Essen	13,76	13,96	14,23	14,17	12,94	12,45	12,52	+ 0,06	+ 0,27	347	377
Dortmund	14,44	14,44	14,33	14,04	12,73	12,44	12,15	- 0,29	- 0,61	361	372
Bremen	12,60	12,51	12,53	12,44	11,40	11,03	10,62	- 0,41	- 1,79	351	356
Leipzig	13,43	13,17	12,81	12,45	11,32	10,65	10,07	- 0,59	- 2,57	358	339
Berlin	12,63	12,42	12,31	12,02	10,81	10,47	10,04	- 0,42	- 3,98	379	338
Nürnberg	11,93	12,01	11,85	11,51	10,56	9,98	9,87	- 0,11	- 0,49	267	336
Düsseldorf	12,12	12,09	12,09	11,85	10,49	9,90	9,60	- 0,30	- 3,33	366	330
Köln	11,78	11,67	11,62	11,44	10,20	9,81	9,50	- 0,31	- 2,86	349	323
Frankfurt am Main	10,58	10,74	10,76	10,76	9,66	9,29	8,97	- 0,32	- 1,80	295	296

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

6.4 Quellen

Münkler, Herfried, 2023, Welt in Aufruhr, Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert

Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, September 2023, Herbstbelebung durch schwache Konjunktur gedämpft

DIW Berlin, 28.09.2023, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023: Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch

DIW-Konjunkturbarometer Oktober 2023: Erholung der deutschen Wirtschaft verzögert sich weiter

GfK-Konsumklima, Oktober 2023: Erholung des Konsumklimas lässt weiter auf sich warten

IAB-Arbeitsmarktbarometer Oktober 2023: IAB-Arbeitsmarktbarometer fällt weiter in den negativen Bereich

ifo Konjunkturprognose, Sommer 2023, 21.06.2023: Inflation flaut langsam ab – aber Konjunktur lahmt noch

IMK Konjunkturindikator, Oktober 2023, Rezessionswahrscheinlichkeit nahezu unverändert auf hohem Niveau

IMK Policy Brief Nr. 151, Juni 2023, Nettoeinkommen der Arbeitnehmenden: Spürbare Kaufkraftlücke trotz kräftiger staatlicher Entlastung

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 078, 01.03.2023: Reallöhne im Jahr 2022 um 3,1 Prozent gegenüber 2021 gesunken

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 254, 29.06.2023: Überschuldete 2022: Schulden betragen im Durchschnitt das 26-Fache des monatlichen Nettoeinkommens

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 420, 30.10.2023: Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2023 um 0,1 Prozent niedriger als im Vorquartal, Deutsche Wirtschaft startet mit leichtem Rückgang in die zweite Jahreshälfte

6.5 Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch, Telefon: (02131) 109-172

Hammfelddamm 13, D-41460 Neuss

Redaktion: Dr. Rainer Bovelet, Aachen.

Datenmaterial und Karten:

Creditreform Boniversum GmbH

Hammfelddamm 13, D-41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-501

microm

Micromarketing-Systeme und Consult GmbH

Hammfelddamm 13, D-41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-701

Alle Rechte vorbehalten

© 2023, Verband der Vereine Creditreform e.V.

Hammfelddamm 13, D-41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 15. November 2023

6.6 Anmerkungen

- ¹ Vgl. [co2online.de](https://www.co2online.de), 09.10.2023, Pressemitteilung, Deutsche Haushalte haben 2022 kaum Heizenergie gespart. Laut „Wärmemonitor 2022“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sparten private Haushalte 2022 allerdings fünf Prozent Heizenergie und CO₂-Emissionen ein. Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 39/2023, Wärmemonitor 2022: Private Haushalte sparen fünf Prozent Heizenergie und CO₂-Emissionen ein, S. 529-539.
- ² Der IMK Inflationsmonitor stellt in seiner Oktober-Analyse fest: „Inflationsrate fällt im September 2023 auf 4,5 Prozent – Tendenz sinkend, Inflationsrate für alle Haushaltstypen deutlich gesunken“: „Ärmere Haushalte waren bislang in der aktuellen Teuerungswelle besonders stark durch die Inflation belastet, weil sie einen großen Teil ihres schmalen Budgets für Nahrungsmittel und Haushaltsenergie ausgeben müssen. Diese Güter des Grundbedarfs sind nach wie vor die stärksten Preistreiber. Im Laufe der letzten Monate hat die Preisdynamik dort aber nachgelassen, so dass die einkommensspezifischen Differenzen seit Monaten rückläufig sind und deutlich niedriger als auf dem Höhepunkt im Oktober 2022. Damals hatten Familien mit niedrigen Einkommen die höchste Inflationsrate im Haushaltsvergleich mit 11,0 Prozent. Dagegen waren es bei Alleinlebenden mit sehr hohen Einkommen 7,9 Prozent. Doch auch wenn sich die Inflationsraten stark angenähert haben, wird das Problem vor allem für Haushalte mit niedrigen Einkommen dadurch verschärft, dass viele nur geringe finanzielle Rücklagen haben und die Alltagsgüter, die sie vor allem kaufen, kaum zu ersetzen sind.“ Vgl. IMK Inflationsmonitor (10-2023): Inflationsrate fällt im September 2023 auf 4,5 Prozent – Tendenz sinkend, IMK Policy Brief Nr. 159. Vgl. auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 421, 30.10.2023: Inflationsrate im Oktober 2023 voraussichtlich + 3,8 Prozent
- ³ Dies auch, da die Bevölkerung durch Zuwanderung nochmals zugenommen hat. Zum Jahresende 2022 lebten rund 84,4 Millionen Personen in Deutschland. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 235, 20.06.2023: Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2022 um 1,3 Prozent gewachsen; Deutlicher Anstieg der Nettozuwanderung vor dem Hintergrund der Fluchtbewegungen aus der Ukraine; Weiterhin steigender Überschuss der Sterbefälle über die Zahl der Geburten; Bevölkerungsgruppe der unter 20-Jährigen wächst um 2,8 Prozent. Zudem: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 026, 19.01.2023: Bevölkerung im Jahr 2022 auf 84,3 Millionen gewachsen; Nettozuwanderung auf Rekordniveau sorgt für Höchststand der Bevölkerungszahl.
- ⁴ Mit der Frage der Speicherdauer beschäftigen sich aktuell der Europäische Gerichtshof (EuGH) und der Bundesgerichtshof (BGH). Der BGH möchte eine Klärung durch den EuGH abwarten. Es soll geklärt werden, ob die Speicherdauer nun drei Jahre oder nur sechs Monate betragen soll. Creditreform hat dem Verfahren Rechnung getragen und die Speicherdauer proaktiv auf sechs Monate verringert, da eine derartige Regelung erwartet wird und der seit Mai 2018 geltenden europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) entspricht. Die Restschuldbefreiung solle es den Überschuldeten ermöglichen, sich erneut am Wirtschaftsleben zu beteiligen – durch eine lange Speicherung werde das jedoch vereitelt.
- ⁵ Zudem ist es für viele Verbraucher schwieriger geworden, Geld zur Seite zu legen: „Nur noch 29 Prozent der Befragten sparen feste monatliche Beträge, jeder Fünfte kann gar nicht sparen. Das ist eine bedenkliche Entwicklung: Seit 2021 ist der Anteil der Nichtsparerinnen und Nichtsparer kontinuierlich von 15 auf nunmehr 20 Prozent gestiegen.“ Vgl. Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Vermögensbarometer 2023, Die Deutschen und ihr Geld, 24.10.2023. Das Vermögensbarometer wird seit 2005 erhoben. In der Zeit vom 27. Juni bis zum 17. Juli 2023 wurden bundesweit mehr als 4.800 Menschen ab 14 Jahren online befragt.
- ⁶ „Im Jahr 2022 haben die privaten Haushalte in Deutschland 11,1 Prozent ihres Einkommens im Jahr 2022 gespart – eine hohe Quote im Vergleich zu anderen Industriestaaten. So haben nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die privaten Haushalte in Italien mit 2,1 Prozent, in den USA mit 3,7 Prozent, in Japan mit 5,4 Prozent und in Österreich mit 8,8 Prozent im letzten Jahr deutlich geringere Anteile ihres verfügbaren Einkommens auf die Seite gelegt. [...] nur wenige Staaten [wiesen] höhere Sparquoten als in Deutschland auf, dazu gehören die Schweiz mit 18,4 Prozent und die Niederlande mit 12,7 Prozent.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Zahl der Woche, 24.10.2023: Sparquote in Deutschland im internationalen Vergleich mit gut 11 Prozent überdurchschnittlich.
- ⁷ Zum Hintergrund: „Eine überschuldete Person, die im Jahr 2022 die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch genommen hat, hatte durchschnittlich 30.940 Euro Schulden. Das war das 26-Fache des durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens aller durch Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen beratenen Personen in Deutschland (1.189 Euro).“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 254, 29.06.2023: Überschuldete 2022: Schulden betragen im Durchschnitt das 26-Fache des monatlichen Nettoeinkommens, Belastung im Saarland mit dem 31-Fachen des Monatseinkommens am höchsten.
- ⁸ So bewerten aktuell nur noch 34 Prozent der Befragten im „Vermögensbarometer 2023“ ihre finanzielle Situation als „gut“ oder „sehr gut“ (2022: 38 Prozent; 2021: 43 Prozent). Zudem stufen nun 26 Prozent ihre finanzielle Lage als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ ein (2022 / 2021: jeweils 22 Prozent). Dabei „leiden untere Einkommensgruppen besonders“. Sie werden durch die hohen Preissteigerungen für Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Bedarfs besonders belastet: „Bei einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro beurteilen derzeit 62 Prozent der Befragten ihre finanzielle Situation als sehr schlecht oder schlecht.“ Im Einkommensbereich zwischen 1.000 und 2.000 Euro sind es immerhin noch 40 Prozent. Dagegen beträgt dieser Wert bei den Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3.000 und 4.000 Euro nur noch 12 Prozent. Vgl. Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Vermögensbarometer 2023, Die Deutschen und ihr Geld, 24.10.2023.
- ⁹ 28 Prozent der rund 575.000 Personen, die im Jahr 2021 Hilfe bei einer Schuldnerberatungsstelle suchten, hatten Schulden bei Online- und Versandhändlern. Der Anteil ist in den vergangenen fünf Jahren um drei Prozentpunkte gestiegen. Im Jahr 2016 hatte er noch bei 25 Prozent von insgesamt rund 617.000 beratenen Personen gelegen. Dabei sind besonders jüngere Überschuldete von offenen Verbindlichkeiten bei Online- und Versandhändlern betroffen. Im Jahr 2021 waren 38 Prozent der beratenen 20- bis 24-Jährigen bei Firmen dieser Branche verschuldet. Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil kontinuierlich ab: Während bei den 25- bis 34-Jährigen noch 34 Prozent entsprechende Zahlungsrückstände aufwiesen, lag der Anteil bei den 55- bis 64-Jährigen bei 21 Prozent. Zudem haben überschuldete Frauen in der Regel häufiger und höhere Schulden bei Online- und Versandhändlern. Im Jahr 2021 hatten knapp 35 Prozent der Frauen, die die Hilfe einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch

- nahmen, Zahlungsrückstände bei Online- und Versandhändlern. Bei den Männern betrug der Anteil 23 Prozent. Auch die durchschnittliche Schuldenlast bei Online- und Versandhändlern lag bei Frauen (779 Euro) deutlich höher als bei Männern (425 Euro). Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N 001, 12.01.2023: 28 Prozent der Überschuldeten hatten 2021 Schulden bei Onlinehändlern; Der Anteil ist in den vergangenen fünf Jahren um 3 Prozentpunkte gestiegen; Überschuldete Frauen und jüngere Menschen sind anteilig stärker betroffen.
- 10 Die mittlere Schuldenhöhe der in der Überschuldungsstatistik erfassten bzw. beratenen Personen betrug im Jahr 2022 rund 30.940 Euro. Der Wert hat sich im Vergleich zum Jahr 2021 um rund 150 Euro verringert (- 0,5 Prozent). Im Vergleich zum letzten Jahr vor Corona (2020 bis 2022), vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine (24.2.2022) und daraus resultierenden Energiepreiskrise (ab März 2022) stieg die mittlere Schuldenhöhe allerdings um rund 10 Prozent oder 2.700 Euro an. Größter Einzelposten in einer Aufstellung der mittleren Schuldenhöhe nach Gläubiger-/Schuldnerarten sind Ratenkredite mit rund 8.480 Euro. Ihr Anteil war zwischen 2019 und 2022 kontinuierlich um rund 1.070 Euro gestiegen (+ 14 Prozent). Die höchsten Steigerungsraten zeigten zwischen 2019 und 2022 die Gläubiger-/Schuldnerarten Versicherungen (+ 40 Prozent; + 320 Euro), Gewerbetreibende (+ 37 Prozent; + 420 Euro) sowie Zahlungen aus Unterhaltsverpflichtungen (+ 36 Prozent; + 160 Euro) und unerlaubten Handlungen (+ 35 Prozent; + 90 Euro). Vgl. Statistisches Bundesamt, Suchbereich Überschuldungsstatistik (www-genesis.destatis.de), 2015 bis 2022 bzw. Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2009 bis 2022 (letzte Veröffentlichung 2021: 25.05.2022).
 - 11 Die Spanne reicht nach aktuellen Angaben der Zeitschrift Finanztest der Stiftung Warentest bei den 176 ausgewerteten Banken und Sparkassen derzeit von 3,54 Prozent bis 15,57 Prozent. Auch die unabhängige FMH-Finanzberatung stellt einen deutlichen Anstieg fest. Demnach müssen Verbraucher im Mittel 11,89 Prozent Zinsen für einen Dispokredit zahlen (Stand: 6. Oktober). Die Spanne bei 80 untersuchten Geldhäusern reicht von 3,62 Prozent bis 15,49 Prozent. Im Vorjahr lag der durchschnittliche Dispozins noch bei 10,07 Prozent. 2021 waren es noch 9,99 Prozent. Der Zins für die Überziehung des Disporahmens beträgt 12,39 Prozent (2021: 12,29 Prozent). Dies zeigt eine Sonderauswertung der Süddeutschen Zeitung Mitte Oktober 2022. Vgl. Süddeutsche Zeitung, 25.10.2022, Höhere Zinsen: „Der Dispokredit ist der Einstieg in die Schuldenfalle“.
 - 12 Die Erklärungsmuster für die unterschiedlichen Überschuldungsquoten von Männern und Frauen sind weiterhin stabil: Männer verfügen im Schnitt über höhere Einkommen und sind häufiger „Haushaltsvorstand“ und Hauptverdiener. Männer sind auch bei Finanzentscheidungen risikobereiter als Frauen, die beispielsweise bei der Inanspruchnahme von Krediten mäßigenden Einfluss auf die Höhe des Kredits nehmen. Zugleich übernehmen immer mehr Frauen gleichberechtigt die Verantwortung für Schulden als Einkommensbezieherinnen oder als Alleinerziehende, da sich die Rollenbilder verändert haben. Dabei gilt aber auch, dass Frauen weiterhin oft schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen. Die Daten der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass männliche Überschuldete eine höhere mittlere Schuldenhöhe (Hochrechnung für 2023: 35.550 Euro; - 100 Euro; - 0,3 Prozent) aufweisen als weibliche Überschuldete (25.460 Euro; - 10 Euro; ±0,0 Prozent). Der entsprechende Wert ist im Langzeitvergleich bei Frauen (- 8.950 Euro zu 2006; - 26,0 Prozent) zudem deutlich stärker gesunken als bei männlichen Überschuldeten (- 3.750 Euro zu 2006; - 9,5 Prozent).
 - 13 Altersarmut ist eine besonders schwerwiegende Form der Armut. Dabei sind die Folgen von Armut und Überschuldung für die Betroffenen oft ähnlich: Arme leiden unter einem erhöhten Überschuldungsrisiko, Überschuldete unter einem erhöhten Verarmungsrisiko. Während jüngere Menschen Armut meist als vorübergehende Lebensphase begreifen und über eine Perspektive verfügen, sich aus der Einkommensarmut herauszuarbeiten, ist das bei älteren Menschen häufig nicht der Fall. Mit dem Eintritt in den Ruhestand sinken die Chancen älterer Menschen drastisch, ihre ökonomische Lage zu verbessern. Gleiches gilt für das Phänomen der Altersüberschuldung.
 - 14 Vgl. hierzu auch IT.NRW, Pressemitteilung Nr. 110/2023, 17.04.2023: NRW: Zahl der Menschen im Rentenalter steigt bis zum Jahr 2030 um rund zehn Prozent; Im Jahr 2030 werden voraussichtlich 350.000 mehr Menschen im Alter von 67 Jahren oder mehr in NRW leben als Anfang 2024 (+ 10,1 Prozent). Die Kreise sind davon deutlich stärker betroffen als die kreisfreien Städte sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 275, 30.06.2022: Immer mehr Rentenleistungen sind einkommensteuerpflichtig; Durchschnittlicher Besteuerungsanteil seit 2015 um 9,7 Prozentpunkte gestiegen; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N 061, 29.09.2022: Mehr als ein Viertel der Rentnerinnen und Rentner haben ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro.
 - 15 Die Anzahl der Gläubiger und die Höhe des Schuldenvolumens liegen deutlich niedriger als bei älteren Überschuldeten. Überschuldete Personen im höheren Alter konnten vor dem Hintergrund meist höherer Einkommen häufig höhere Verbindlichkeiten eingehen und befinden sich länger in einem Überschuldungsprozess. Allerdings ist die durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall seit Jahren rückläufig.
 - 16 Typische Verbindlichkeiten sind Miet- und Energiekosten, Telekommunikationskosten, Konsumkosten (Ratenkäufe, Kreditkarten), Unterhaltsverpflichtungen, Finanzamt, Schadensersatzforderungen, private Verbindlichkeiten, Strafen und Bußgelder (beispielsweise für „Schwarzfahren“ bei überwiegend jungen Menschen, meist in urbanen Zentren).
 - 17 Die Hochrechnungen basieren auf den Angaben des Statistischen Bundesamtes in der letzten Überschuldungsstatistik von Ende Mai 2022 für das Jahr 2021. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass die Daten auf einer Hoch- und Umrechnung der Angaben des Statistischen Bundesamtes der Überschuldungsstatistik für die Jahre 2009 bis 2021 basieren. Sie können in dieser Form nur als Trendindikator interpretiert werden. Der Grund: Die Altersgruppenzuordnungen sind nicht identisch und um rund 5 Jahre versetzt (Beispiel Creditreform: unter 30 Jahre / Destatis: unter 25 Jahre).
 - 18 Der zwischenzeitliche Anstieg der Verbraucherinsolvenzen stand 2020 / 2021 im Zusammenhang mit dem Gesetz zur schrittweisen Verkürzung von Restschuldbefreiungsverfahren von sechs auf drei Jahre. Die Neuregelung galt für ab dem 1. Oktober 2020 beantragte Verbraucherinsolvenzverfahren. Dabei hielten viele überschuldete Privatpersonen offensichtlich ihren Insolvenzantrag zunächst zurück, um von der Neuregelung zu profitieren. Dieser „Run“ ist aber bereits wieder zu Ende.
 - 19 Bei der Betrachtung werden besonders die mittelbaren Folgekosten der Finanz- und Wirtschaftskrise (2007 bis 2009) sowie der Corona-Pandemie 2020 bis 2022 berücksichtigt. Letztere geht allerdings fast nahtlos in die Energiepreis-Krise über, die durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine (24.02.2022) ausgelöst respektive nochmals verstärkt wurde.

Bezug: Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis 2010 – Quelle: Dullien, Sebastian, Hardenberg, Christiane von (2011), Der Staat bezahlt die Krisenzeche, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2011, in: Böckler Impuls 10/2011: Bei der Untersuchung wurden zwei Modellrechnungen und drei volkswirtschaftliche Sektoren berücksichtigt: „Staat. Auf die direkten Kosten für die Bankenrettungen entfallen lediglich 22 Milliarden Euro. Selbst im günstigsten Fall hat die Krise jedoch indirekte Kosten von insgesamt rund 248 Milliarden Euro verursacht. Im ungünstigsten Szenario steigt dieser Wert auf 777 Milliarden Euro. Bereits jetzt hat der Staat für die Krisenbekämpfung enorm hohe Schulden aufgenommen.“

Bezug: Corona-Krise 2020 bis 2022 – Quelle: Aufstellung des Bundesfinanzministeriums für den Haushaltsausschuss des Bundestags, veröffentlicht in Welt am Sonntag sowie in Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 22.04.2023, Die Pandemie kostete den Bund mehr als 440 Milliarden Euro: „Eingerechnet in die insgesamt 439,7 Milliarden Euro sind dem Bericht zufolge nicht nur Ausgaben für die direkte Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und den Gesundheitssektor: Auch Zuweisungen an den Klima- und Transformationsfonds (KTF) tauchen demnach in der Rechnung auf. Nach 26,2 Milliarden Euro im Jahr 2020 seien 2021 noch einmal 60 Milliarden Euro in den KTF verschoben worden.“

Bezug: Energiepreiskrise ab 2022 – Quelle: ifo Schnelldienst 11 / 2022, Entlastungspakete, Tankrabbatt, Übergewinnabschöpfung: Wie weit kann der Staat uns in Krisen schützen?, 09.11.2022, S. 3-9 (Autoren: Max Lay, Andreas Peichl). Budgetwirkungen der drei Entlastungspakete für die Jahre 2022 bis 2024 (2022: 33,4 Mrd. Euro; 2023: 49,0 Mrd. Euro, 2024: 52,2 Mrd. Euro). Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine kostet nach Angaben des DIHK (Februar 2023) jeden Verbraucher*innen über 18 Jahre in Deutschland bis Ende 2023 im Schnitt rund 2.300 Euro an Wohlstand, da in Summe rund 160 Milliarden Euro weniger erwirtschaftet werden. DIW-Präsident Marcel Fratzscher geht davon aus, dass der Ukraine-Krieg und die damit verbundene Explosion der Energiekosten Deutschland bereits „im Jahr 2022 knapp 2,5 Prozent oder 100 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung gekostet“ hat (Rheinische Post, 20.02.2023).

- 20 Der Kieler Subventionsbericht 2023 schreibt u.a. unter der Überschrift „Bundesfinanzhilfen auf Expansionskurs: Die Bundeshaushalte der Jahre 2022 und 2023 sind geprägt von dem Bemühen, Probleme zu bewältigen, die der Ukraine-Krieg und die daraus folgende Energiekrise mit sich gebracht haben. Es ist zu unterscheiden, welche der Mehrausgaben eher der klassischen Staatsaufgabe „Bereitstellung öffentlicher Güter“ dienen und welche Mehrausgaben eher Subventionscharakter haben. Zu den Subventionen zählen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. [...] Vor allem das neue Sondervermögen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds ist mit wenigen Ausnahmen ein reiner Subventionshaushalt. Dessen größten Posten sind die Zuschüsse zur Finanzierung der Gaspreisbremse (40,3 Mrd. Euro) und der Strompreisbremse (43 Mrd. Euro). [...] Wenn man die autonomen Finanzhilfen der Länder und die Steuervergünstigungen für 2023 schätzt, ergibt sich für das Jahr 2022 ein gesamtes Subventionsvolumen in Deutschland von über 252 Mrd. Euro. Aufgrund der Einführung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds steigen die gesamten Subventionen im Jahr 2023 auf voraussichtlich 362 Mrd. Euro. [...]“ Vgl. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Nr. 44, Oktober 2023, Kieler Subventionsbericht 2023: Subventionen des Bundes in Zeiten von Ukrainekrieg und Energiekrise.
- 21 „Psychische Gesundheit gewinnt in der öffentlichen Diskussion zunehmend an Aufmerksamkeit. [Es zeigt sich,] dass sich die durchschnittliche psychische Gesundheit in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich verbessert hat – ähnlich zur wirtschaftlichen Entwicklung. Mit der Finanzkrise 2009 und der Corona-Pandemie ab 2020 büßte sie je-doch deutlich ein. Sie unterscheidet sich klar nach Geschlecht: Die psychische Gesundheit von Frauen liegt erheblich unter jener von Männern, näherte sich aber vor der Pandemie dem Level der Männer leicht an. Im Vergleich von Ost- und Westdeutschland hingegen zeigte sich in den letzten zwei Jahrzehnten ein Aufholttrend – relativ zu Westdeutschland verbesserte sich die psychische Gesundheit in Ostdeutschland stärker. Allerdings bleiben nach wie vor Unterschiede bestehen. Die Analysen zeigen, dass sich ökonomische Ungleichheiten häufig auch in der psychischen Gesundheit widerspiegeln. Der Aspekt psychischer Gesundheit sollte daher stärker in der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.“ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 40/2023, Psychische Gesundheit: Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland wird kleiner, S. 545-552.
- 22 Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte hat sich in diesem Jahr von 401 auf 400 verringert. Die bisher kreisfreie Stadt Eisenach gehört seit 1. Juli 2021 zum Wartburgkreis. Zunächst galt die 2019 vom Thüringer Landtag beschlossene Fusion aber nur juristisch. Erst zum 1. Januar 2022 gingen die Aufgaben an den Landkreis über. Zuletzt 2017 hatte sich die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte 402 auf 401 verringert.
- 23 Hierzu werden folgende Räume gerechnet: Region Hannover – Städteregion Aachen – Stadtkreis Stuttgart – Stadtkreis Heilbronn – Stadtkreis Baden-Baden – Stadtkreis Karlsruhe – Stadtkreis Heidelberg – Stadtkreis Mannheim – Stadtkreis Pforzheim – Stadtkreis Freiburg im Breisgau – Stadtkreis Ulm – Regionalverband Saarbrücken.
- 24 Dies ist umso erstaunlicher, da in Ostdeutschland Niedriglöhne nach Angaben des Statistischen Bundesamtes noch verbreiteter sind als im Westen. Den höchsten bundesweiten Anteil von Beschäftigungsverhältnissen unter 14 Euro brutto Stundenlohn hat demnach Mecklenburg-Vorpommern (30 Prozent). Dann folgen Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit je 28 Prozent. Die niedrigsten Werte haben Hamburg mit 18 Prozent sowie Baden-Württemberg und Berlin mit jeweils 20 Prozent. Gut 23 Prozent oder knapp 9,3 Millionen Menschen arbeiten demnach für einen Stundenlohn unter 14 Euro. Alle fünf ostdeutschen Länder haben jeweils anteilig einen größeren Niedriglohnsektor als die westdeutschen Länder und Berlin. Vgl. auch Süddeutsche.de, 27.07.2023, Niedriglohnsektor im Osten anteilig größer als im Westen.
- 25 Generell gilt: Die Überschuldungsentwicklung bzw. die Höhe der Überschuldungsquote wird durchgängig durch die Bevölkerungsentwicklung beeinflusst. Im Osten hat sich die Einwohnerzahl seit 2004 fast durchgehend verringert (- 7,4 Prozent; - 837.000 Personen über 18 Jahre), während sie sich im Westen Deutschlands kontinuierlich erhöht hat (+ 5,5 Prozent; + 3,1 Millionen Personen über 18 Jahre). Die Überschuldungsquote sinkt in Folge im Westen stärker. Die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland geht stärker zurück als in den westlichen Bundesländern und verhindert einen noch stärkeren Rückgang der Überschuldungsquote. Allerdings zeigt sich mittlerweile ein „ähnliches Bevölkerungswachstum“ in Ost und West. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 235, 20.06.2023: Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2022 um 1,3 Prozent gewachsen. Zudem: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N052, 29.09.2023: Bevölkerung im Erwerbsalter wird in Ostdeutschland in den nächsten 20 Jahren um 0,6 bis 1,2 Millionen Menschen abnehmen.

- ²⁶ Der aktuelle Positivtrend spiegelt sich 2023 in neun der elf Städte und Kreise des Ruhrgebiets (Vorjahr in zehn Städten; Abweichungen in Prozentpunkten): Stadt Duisburg (15,89 Prozent; Abw. 2022/23: + 0,02 Punkte; 2004/23: + 1,33 Punkte) – Stadt Essen (12,52 Prozent; + 0,07; + 0,27) – Stadt Mülheim an der Ruhr (10,33 Prozent; - 0,16; + 0,31) – Stadt Oberhausen (12,87 Prozent; - 0,41; - 0,16) – Kreis Wesel (8,54 Prozent; - 0,24; - 1,10) – Stadt Bottrop (9,59 Prozent; - 0,42; - 0,76) – Stadt Gelsenkirchen (16,62 Prozent; - 0,32; + 2,51) – Kreis Recklinghausen (12,01 Prozent; - 0,25; + 0,84) – Stadt Bochum (10,97 Prozent; - 0,31; + 0,84) – Stadt Dortmund (12,15 Prozent; - 0,29; - 0,61) – Stadt Hagen (14,98 Prozent; - 0,42; + 1,52) – Stadt Hamm (12,35 Prozent; - 0,40; + 0,42) – Stadt Herne (15,63 Prozent; - 0,81; + 2,88) – Ennepe-Ruhr-Kreis (9,41 Prozent; - 0,36; - 0,26) – Kreis Unna (9,69 Prozent; - 0,35; - 0,30).
- ²⁷ Auffällig: Der für die Überschuldungsgefährdung besonders relevante Teilindikator „Anschaffungsneigung“ setzt seine stagnierende Entwicklung, die bereits seit über einem Jahr anhält, auch im Oktober 2023 fort: „Der Indikator zeigt sich gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert und weist - 16,3 Punkte auf. Damit bleibt auch sein Niveau überaus niedrig. Ein geringerer Wert für die Konsumneigung wurde zuletzt während der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahre 2008 gemessen. Seit etwa einem Jahr verharrt die Konsumneigung auf diesem niedrigen Niveau und lässt nach wie vor keinerlei Anzeichen einer Besserung erkennen.“ Vgl. GfK-Konsumklima, Oktober 2023: Erholung des Konsumklimas lässt weiter auf sich warten; GfK-Konsumklima, September 2023: Keine Erholung in Sicht für 2023 sowie HDE-Konsumbarometer, November 2023: Verbraucherstimmung wird schlechter – Sparneigung steigt.
- ²⁸ Die aktuelle DIHK-Konjunkturumfrage, Herbst 2023, zeigt: „Deutsche Konjunktur wandert Richtung Rezession“. Vgl. DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2023, Unsichere Rahmenbedingungen bremsen deutsche Wirtschaft. Zudem: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 420, 30.10.2023: Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2023 um 0,1 Prozent niedriger als im Vorquartal, Deutsche Wirtschaft startet mit leichtem Rückgang in die zweite Jahreshälfte.
- ²⁹ In der Unterbeschäftigung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsförderung oder kurzfristig erkrankt sind.
- ³⁰ Vgl. IAB-Arbeitsmarktbarometer, September 2023: IAB-Arbeitsmarktbarometer fällt unter 100 sowie IAB-Arbeitsmarktbarometer, Oktober 2023: IAB-Arbeitsmarktbarometer fällt weiter in den negativen Bereich.
- ³¹ Das Statistische Bundesamt fasst die Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte unter drei Überschriften zusammen: „Private Haushalte geben nach der Corona-Krise anteilig weiterhin viel für Nahrungsmittel aus: Im Jahr 2022 konsumierten private Haushalte 4,4 Prozent weniger Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke als im Vorjahr, gaben hierfür jedoch 7,8 Prozent mehr Geld aus. An den gesamten Konsumausgaben betrug der Ausgabenanteil für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke 11,5 Prozent.“ – „Höhere Ausgaben auch für Strom und Gas trotz niedrigerem Verbrauch: Infolge der stark gestiegenen Energiepreise sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte in jeweiligen Preisen für Energie im Jahr 2022 stark gestiegen. Die Konsumausgaben stiegen für Strom um 19,3 Prozent, für Gas um 13,9 Prozent. Die preisbereinigten Konsumausgaben für Strom sanken dagegen um 0,5 Prozent und für Gas um 26,4 Prozent. Aufgrund von wärmeren Witterungsverhältnissen und Einsparmaßnahmen verbrauchten private Haushalte damit deutlich weniger Gas als im Vorjahr. Die Konsumausgaben für Kraftstoffe stiegen in jeweiligen Preisen um 29,8 Prozent und preisbereinigt um 1,4 Prozent.“ – „Sparquote der privaten Haushalte normalisiert sich: Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich im Jahr 2022 in jeweiligen Preisen um 7,0 Prozent und somit weniger stark als die Konsumausgaben der privaten Haushalte. In der Folge sank die Sparquote gegenüber dem Vorjahr um knapp 4 Prozentpunkte auf 11,4 Prozent. Nach dem Wegfall der Corona-Beschränkungen hat sich die Sparquote der privaten Haushalte im Jahr 2022 damit wieder dem Vorkrisenniveau angenähert. Sie lag im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 bei 10,9 Prozent.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 106, 15.03.2023: Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen im Jahr 2022 um 3,4 Prozent.
- ³² Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 078, 01.03.2023: Reallöhne im Jahr 2022 um 3,1 Prozent gegenüber 2021 gesunken; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 166, 27.04.2023: Nach Revision: Reallöhne im Jahr 2022 um 4,0 Prozent gegenüber 2021 gesunken; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 340, 29.08.2023: Reallöhne im 2. Quartal 2023 um 0,1 Prozent höher als im Vorjahresquartal, Nominallohne steigen im selben Zeitraum um 6,6 Prozent, Höchster Nominallohnanstieg seit Beginn der Zeitreihe 2008, Erstmals leichter Anstieg der Reallöhne seit dem 2. Quartal 2021.
- ³³ Unter letzterem werden die unterschiedlichen Forderungsgründe und Überschuldungsanlässe als Motiv- bzw. Ursachendimension der individuellen Überschuldungsprozesse verstanden. Die Typologie kann somit präzise und umfassend qualitative Informationen zur Überschuldungslage der Verbraucher bereitstellen. Die Übergänge zwischen den acht verschiedenen Typen sind dabei „fließend“, da auch die Übergänge von Verschuldung, über Zahlungsstörungen bis hin zu einer harten Überschuldung, von einer (temporären) Verschuldungskrise hin zu einer nachhaltig-dauerhaften Überschuldung (bisweilen in beide Richtungen) gleitend sind.
- ³⁴ Zwar stiegen die Preise für Haushaltsenergie, die Strom, Gas und andere Brennstoffe umfasst, zuletzt weniger stark, sie waren aber nach wie vor deutlich höher als 2020: „Über die letzten drei Jahre betrachtet war Haushaltsenergie ein wesentlicher Treiber für die Inflationsrate. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2020 sind die Verbraucherpreise für alle Haushaltsenergieprodukte, die zum Heizen verwendet werden, deutlich gestiegen. So lag etwa die Preiserhöhung bei Erdgas im September 2023 im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2020 bei + 94,0 Prozent. Die Preise für leichtes Heizöl haben sich sogar mehr als verdoppelt (+ 124,7 Prozent), Fernwärme wurde um 39,0 Prozent teurer. Die Strompreise erhöhten sich um mehr als ein Drittel (+ 35,4 Prozent).“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, N 058, 27.10.2023: Haushaltsenergie: Preise trotz Rückgängen weiterhin deutlich höher als 2020 sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 421, 30.10.2023: Inflationsrate im Oktober 2023 voraussichtlich + 3,8 Prozent.